Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 5
Landtag, 7. Wahlperiode: 1967-71

05.12.1969 - 34. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft (Landtag)

7. Wahlperiode

Drucksachenabteilung V — Verhandlungsberichte

34. Sitzung

am Freitag, dem 5. Dezember 1969

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Boljahn, Wenke.

INHALT

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 28. Oktober 1969:
Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen 1970 und 1971 (Drucksachenabteilung I Nr. 84)
1. Lesung

04 Wohlfahrt, Jugend und Sport — Allgemeine Aussprache

Abg. Marta Kruse (NPD) 1913
Abg. Gertrud Maaß (SPD) 1915
Abg. Ostendorff (FDP) 1917
Abg. Bugla (SPD) 1919
Abg. Friedrichs (CDU) 1920
Bürgermeister Annemarie Mevissen, Senator für Wohlfahrt und Jugend. 1921
Abg. Brouwer (NPD) 1923
Abg. Marta Kruse (NPD) 1923
Abg. Bugla (SPD) 1924

04 Wohlfahrt, Jugend und Sport — Einzelberatung

0402/685 Zuschüsse an Körperschaften, Verbände usw.

Änderungsanträge Nr. 302 und Nr. 303
Abg. Stern (NPD) 1926
Abg. Böhrnsen zur Geschäftsordnung . . . 1927
Abg. Ehlers (CDU) 1927
Abg. Ostendorff (FDP) 1928
Abg. Brouwer (NPD) 1928
Abg. Bugla (SPD) 1929
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats 1929
Abg. Stern (NPD) 1930
Abg. Brouwer (NPD) zur Geschäftsordnung 1931

0402/984 Zuweisungen für die Familienerholung

Änderungsanträge Nr. 304 und Nr. 305
Abg. Ehlers (CDU) 1932
Abg. Bugla (SPD) 1932

0403/685 Förderung des Leistungssports

Änderungsantrag Nr. 306
Abg. Kähler (SPD) 1932
Abg. Gassdorf (CDU) 1933

05 Gesundheitswesen — Einzelberatung

0501 Gesundheitsvorsorge und gesundheitsaufklärende Maßnahmen

Änderungsantrag Nr. 309
Abg. Hartjen (SPD) 1934
Abg. Marianne Hänecke (CDU) 1935

Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen Jantzen 1937
Abg. Brouwer (NPD) 1938

Änderungsantrag Nr. 310

Abg. Brouwer (NPD) 1938
Abg. Dr. Lienhoop (FDP) 1939
Abg. Schelter (SPD) 1939
Abg. Marianne Hänecke (CDU) 1940
Abg. Brouwer (NPD) 1938
Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen Jantzen 1941
Abg. Menke (CDU) 1941
Abg. Dr. Lienhoop (FDP) 1942

06 Bauwesen — Allgemeine Aussprache

Abg. Iversen (CDU) 1942
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats 1943
Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr, Dr. Borttscheller 1948
Abg. Dr. Lienhoop (FDP) 1949
Abg. Ramke (CDU) 1950
Abg. Dr. Sieling (CDU) 1952
Senator für Inneres Löbert 1953
Abg. Ströh (SPD) 1955
Abg. Ernst (FDP) 1955
Abg. Dr. Schäfer (CDU) 1956
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats 1956
Abg. Koschek (CDU) 1958
Abg. John (FDP) 1959

07 Wirtschaft — Allgemeine Aussprache

Abg. Dr. Franke (SPD) 1960
Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr Dr. Borttscheller 1962
Abg. Oltmanns (FDP) 1964

Präsidium

Präsident **Engel** Vizepräsident **Dr. Zander**

Schriftführer **Hardegen,** Ella **Müller**

Am Senatstisch

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats

Bürgermeister Annemarie **Mevissen** (SPD), Senator für Wohlfahrt und Jugend

Senator für Wirtschaft und Außenhandel **Eggers** (SPD)

Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr **Dr. Borttscheller** (FDP)

Senator für das Bildungswesen **Thape** (SPD)

Senator für die Finanzen **Speckmann** (FDP)

Senator für Inneres **Löbert** (SPD)

Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen **Jantzen** (SPD)

Präsident des Rechnungshofs **Hartmann**

Senatsdirektor **Dr. Koch** (Senator für das Gesundheitswesen)

Senatsdirektor **Kreuser** (Senator für das Bildungswesen)

Senatsdirektor **Dr. Rosenberg** (Senator für das Bauwesen)

Senatsdirektor **Stahl** (Senator für Wohlfahrt und Jugend)

Leitender Regierungsdirektor **Quantmeyer** (Senator für die Finanzen)

Leitender Regierungsdirektor **Petry** (Senatskommission für das Personalwesen)

Oberregierungsrat **Hagdorn** (Senator für die Finanzen)

Oberregierungsrat **Raedeker** (Senator für die Finanzen)

Präsident Engel eröffnet die Sitzung um 10.02 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Eingänge liegen nicht vor.

An unserer heutigen Vormittagssitzung nehmen unter anderen teil fünf Klassen der Verwaltungsschule Bremen.

Ich darf die Damen und Herren recht herzlich in unserer Mitte begrüßen.

(Beifall)

Vom Senat begrüße ich Herrn Bürgermeister Koschnick, Frau Bürgermeister Mevissen, Herrn Senator Thape, Herrn Senator Speckmann, Herrn Senator Jantzen.

Außerdem den Präsidenten des Rechnungshofs, Herrn Hartmann, Herrn Senatsdirektor Stahl und Herrn Senatsdirektor Kreuser.

Weiterhin begrüße ich Herrn Leitenden Regierungsdirektor Petry, Herrn Leitenden Regierungsdirektor Quantmeyer, Herrn Oberregierungsrat Hagdorn und Herrn Oberregierungsrat Raedeker.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 28. Oktober 1969:
Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen 1970 und 1971 (Drucksachenabteilung I Nr. 84)
1. Lesung
2. Lesung

Dazu Herr Senator Speckmann und die ihm beigeordneten Herren.

Wir setzen die Einzelberatung des Haushalts fort.

Ich rufe auf den Einzelplan

04 Wohlfahrt, Jugend und Sport.

Interfraktionell ist zu diesem Abschnitt eine allgemeine Aussprache vereinbart worden. Ich rufe die gestrigen Vereinbarungen in Ihre Erinnerung zurück, daß wir versuchen werden, in der allgemeinen Aussprache eine gewisse Gruppierung vorzunehmen.

Die

allgemeine Aussprache

ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kruse.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Sozialpolitik ist im Grunde genommen eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Je mehr wir uns vom fürsorgerischen Denken entfernen und die Sozialpolitik im Rahmen der Gesellschaftspolitik ansehen, je selbstverständlicher werden die Forderungen sein, die im Falle Krankheit, Alter und sonstiger Vorsorgemaßnahmen notwendig sind. Im Laufe der letzten Jahre hat die NPD-Fraktion immer wieder Anträge gestellt, die es irgendeiner Personengruppe leichter machen sollten. Ob es sich um unseren Antrag betreffs Pflegekinder in den Familien oder um die alten Menschen in Heimen, um Erhöhung der Sozialhilferichtsätze oder darum handelte, die Familienerholungszuschüsse nicht im fürsorgerischen, sondern im gesellschaftspolitischen Sinne zu handhaben, sei es wie es sei, Sie kennen all diese Vorgänge, die bei uns aus der Sorge um den Menschen entstanden sind.

Die Sorgen scheinen nicht unberechtigt zu sein, denn gerade die letzten Monate konfrontierten uns sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene fortlaufend mit Erhöhungen irgendwelcher Art: Erhöhung der Weihnachtszuwendungen für Beamte, Erhöhung der Kriegsbeschädigtenrente, Erhöhung der Regelsätze für Sozialhilfeempfänger. Diese Reihenfolge könnte man noch fortsetzen. Die Aufgaben, die die Länder und das Land Bremen zu erfüllen haben, sind nur denkbar in Zusammenarbeit mit dem Bund, und weil Bundesmittel in den Haushalt mit einfließen, sollten wir hier auch unter Umständen Themen ansprechen, die von Bremen aus im Bundesrat zur Sprache kommen könnten. Die Aufgaben, die von den Ländern erfüllt werden und die Hilfen, die geleistet werden, sind im Rahmen der Länderstruktur, ihrer Gegebenheiten und Notwendigkeiten zu sehen.

Notwendig zum Beispiel fand die NPD-Fraktion ihren Antrag für Weihnachtszuwendungen für Sozialhilfeempfänger. Bei der letzten Bürgerschaftssitzung drückte ich hier meine Enttäuschung aus, daß sich hier im Parlament keine Mehrheit für unseren Antrag fand. Heute, meine Damen und Herren, will ich hier den Deputationen unseren Dank aussprechen, danken für den Entschluß, Weihachtsbeihilfe einem zusätzlichem Kreis gewährt zu haben. Wir sind gewiß, daß sich dieser Personenkreis nicht verwirrt vorkam, weil er zusätzlich Geld erhielt.

Die NPD-Fraktion bedauert es außerordentlich, daß die Deputation sich seinerzeit nicht entschließen konnte, die Regelsätze für Sozialhilfeempfänger um mindestens 10 Prozent zu erhöhen, wie unser damaliger Antrag lautete. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß der Bedarfs- beziehungsweise Warenkorb, der bei der Berechnung der Sozialhilfesätze zugrunde gelegt wird, noch ausreiche. Stimmt es, was ich zwar auch erst seit 14 Tagen weiß, daß dieser Warenkorb Anno 1950 zugrunde gelegt worden ist? Selbst wenn man zugesteht, daß gewisse Angleichungen erfolgten, im Prinzip ist er jedoch 1950 zusammengestellt! Seitdem haben sich ja wohl die Lebensverhältnisse grundlegend geändert. Es wäre uns unverständlich, daß man uns über diese Tatsache im unklaren gelassen hätte. Ich würde mich

freuen, darüber Auskunft zu bekommen. Aus diesem Grunde erheben wir erneut die Forderung, die Regelsätze sobald wie möglich einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen, vor allen Dingen im Hinblick auf die Verteuerung, die auf uns zukommt, und einen Warenkorb zugrunde zu legen, der dem Jahr 1969 und nicht — wie es scheinbar der Fall ist — 1950 entspricht.

In weiten Kreisen der Bevölkerung hat die damalige Erklärung von Ihnen, Frau Bürgermeister Mevissen, wie gut sich im Durchschnitt die Sozialhilfeempfänger stehen, Überraschung ausgelöst. Natürlich gibt es Familien, die aufgrund beonderer Verhältnisse „Hilfe in besonderen Lebenslagen" erhalten, aber das ist doch wohl nicht die Regel. Die Regel sind doch wohl die beschlossenen Richtsätze, und die Menschen, die damit auskommen müssen, stehen ganz gewiß nicht auf der Sonnenseite des Lebens.

Bei der letzten Bürgerschaftssitzung betreffend Weihnachtsbeihilfen gab ich Ihnen den Brief einer Mutter von fünf Kindern zur Kenntnis. Ihr Mann ist arbeitsunfähig erkrankt, ein Kind durch Unfall körperlich behindert.Wir hätten angenommen, diese Familie bekäme „Hilfe in besonderen Lebenslagen." Diese Familie bekommt aber die normalen Regelsätze. Wir wollen hier ganz gewiß keine Schwarz-Weiß-Malerei machen, aber mit demselben Recht, mit dem uns hier die Schokoladenseiten immer veranschaulicht werden, geben wir Ihnen Kenntnis von den Fällen, an denen die Schokolade nicht mehr dran ist.

Aufmerksam machen möchten wir noch auf den Kreis, dem zusätzlich Krankenhilfe gewährt wird. Unter dem Begriff „Krankenhilfe" werden die Diätzulagen auch mit erfaßt. Die Beihilfen betragen je nach Schwere der Erkrankung 21,— 30,— 38,— und 50,— DM monatlich. Die 50,— DM werden in ganz schweren Fällen gezahlt. Wir bitten die Deputation zu überprüfen, ob diese Beträge den tatsächlichen erhöhten, notwendigen Bedarf noch decken.

Hier vor diesem Hohen Hause hat die NPD-Fraktion schon häufig ihre Sorge um den alten Menschen erwähnt. Im Stadthaushalt werden wir noch den Antrag begründen, der sich mit den alten Menschen beschäftigt. Tatsache ist, daß sich viele Ältere überflüssig vorkommen, und, weil sie keine Aufgabe mehr haben, vereinsamen. Die Beschäftigungstherapie weist ganz eindeutige Wege auf, um diesen Depressionen vorzubeugen. Man sollte die Betroffenen anregen, sich ein Hobby zu wählen, um manuelle Dinge durchzuführen, die sie noch leisten können. Sie erhalten dadurch das Gefühl der Daseinsberechtigung. Ähnlich wie in Jugendfreizeitheimen sollte man in Altentagesstätten beziehungsweise -heimen Hobbyräume oder -einrichtungen oder Altenwerkräume schaffen, die diese Möglichkeiten bieten.

Die Frühinvalidität der Frauen ist im Verhältnis zu den Männern sehr hoch. Erklärlich, weil sie durch die Doppelbelastung des Berufs, des Haushalts und teilweise als Erzieher der Kinder überlastet sind. Mütter mit mehreren, nicht schulpflichtigen Kindern sollten aus finanziellen Gründen nicht zusätzlich arbeiten müssen.

In Rußland gibt man heute den Müttern, die bis zum 6. Lebensjahr ihrer Kinder zu Hause bleiben, eine staatliche Beihilfe. Ähnlich ist es in Frankreich. Nach den Erfahrungen der früheren Jahre kann Rußland sehr wohl beurteilen, warum ihm die Mutter im Haus mehr wert ist als im Berufsleben.

Solange der Familienlastenausgleich von Bundesebene her zum Tauziehen zwischen den Parteien gemacht wird, werden die Familien die Leidtragenden sein. In den Ländern jedoch sollte man Möglichkeiten schaffen, die Frauen — und damit die Familien — zu entlasten. Dem Prozentsatz der Frühinvalidität der Frauen und den dadurch entstehenden Kosten könnte begegnet werden.

In diesem Zusammenhang erinnert die NPD-Fraktion an ihre Vorschläge, bei den Kindertagesstätten gleichzeitig immer Kindergärten mit einzurichten, um die kinderreichen Mütter morgens zu entlasten. Im Stadthaushalt kommt noch ein NPD-Antrag zur Sprache mit dem Ziel, den Besuch von Kindergärten kostenlos zu gestalten.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß man in den entsprechenden Gremien unter anderem Vorschläge ausarbeiten sollte, wie man den Gedanken der Hausfrauenrente in die Tat umsetzen kann. Nach dem Motto „soziale Gerechtigkeit für alle" sollten die Renten der Frau bei deren Todesfall dem Witwer zugute kommen, genau wie umgekehrt den Frauen eine Rente gewährt wird, auf die sie durch die Arbeitsleistung ihres Mannes Anspruch haben.

Die Rentenversicherungen sollten auch den freien Berufen geöffnet werden. Wir denken da zum Beispiel an die Menschen, die aufgrund ihres erwählten Berufs kein Arbeitsverhältnis benötigen, und somit niemals irgendwelche Sozialversicherungsbeiträge zahlen brauchten. Soziale Ungerechtigkeit sollte seitens des Staates so weit wie möglich vermieden werden. Ohne alle Frage wird man aus gesellschaftspolitischen Gründen in Zukunft einer tragbaren, allgemein zufriedenstellenden Rentenregelung Rechnung tragen müssen.

Als eine soziale Ungerechtigkeit sehen wir als NPD-Fraktion es zum Beispiel an, daß von der Ausgleichsrente eines Kriegsbeschädigten prozentual zusätzliches Einkommen in Form einer anderen Rente, auf die er einen Anspruch erworben hat, in Abzug gebracht wird. Demgegenüber kann ein Beamter mit Recht soviel zu seiner Pension hinzuverdienen, wie er will.

Auch bei der Beamtenbesoldung, zum Beispiel bei den Lehrern, ist es eine soziale Ungerechtigkeit — deshalb spreche ich das Thema hier mit an —, wenn Absolventen, die Studienrat werden wollen, während ihrer Referendar- und übrigen Ausbildungszeit ihre Gehälter nur in Form von Erziehungsbeihilfe bekommen.

(Abg. John [FDP]: Unterhaltsbeihilfe, erzogen sind die Herrschaften bereits!)

— Unterhaltshilfe, danke —, die wesentlich niedriger ist als die Gehälter der Hauptschullehrer. Ein Studienrat zum Beispiel muß viele Jahre arbeiten, bis er den Vorsprung, den ein Hauptschullehrer gehaltlich hat, erreicht. Es ist immerhin die stattliche Summe von zirka 65 000 DM bis 70 000 DM — Sie können auch ein Familienhaus dagegen setzen, ich kann Ihnen die Errechnung genau vorlegen —, die sich aus diesen unterschiedlichen Bezügen ergibt.

Die Förderung des Sports soll in jeglicher Beziehung ausgeweitet werden. Körperliche Ertüchtigung von Jugend an beeinflußt die Gesundheit außerordentlich. Mit Sorge haben bekannte Ärzte und Sozialpolitiker auf die ungenügende körperliche Ertüchtigung unseres Volkes hingewiesen. Untersuchungen haben ergeben, daß sich nur 20 Prozent aller Jugendlichen sportlich betätigen. Schon in diesem Alter kann durch Unterentwicklung der Muskulatur des Herzens und der Atmungsorgane der Grundstein für viele Gesundheitsstörungen gelegt werden. Vegetative Fehlsteuerungen und Fehler der Wirbelsäule, wesentlich auf eine Haltungsschwäche zurückzuführen, haben bei steter Verschlechterung schon in jungen Jahren oft Dauerschäden im späteren Alter zur Folge, deren Rehabilitation äußerst schwierig ist.

Die Sorge um eine gesundheitlich aktive, dem späteren Lebenskampf und den Anforderungen des Berufs gewachsene Jugend erfordert geeignete Maßnahmen der Deputation für Jugend und Sport. Sportförderung macht sich dadurch bezahlt, daß Frühschäden, die im Zuge der Rehablitation geregelt werden müssen, möglichst vermieden werden.

Im vergangenen Jahr sprach ich über die Rehabilitationsschäden und den Zeitraum, bis die Betroffenen zur Umschulung beziehungsweise Ausbildung einberufen werden. Die NPD-Fraktion steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Zeit zwischen Berufsaufgabe und Lehrgängen zwecks Umschulung zeitlich einfach zu lange auseinanderliegt. Die meisten Fälle können erst nach zirka zwei Jahren in den Ausbildungsstätten aufgenommen werden, weil die Nachfrage zu groß ist und Plätze in genügendem Maße nicht zur Verfügung stehen.

Erfolge in der Rehabilitation können erfahrungsgemäß nur erzielt werden, wenn die Maßnahmen der medizinischen, beruflichen und sozialen Rehabilitation als Einheit im Rahmen eines individuellen, koordinierten und kontinuierlichen Rehabilitationsprozesses gesehen werden. Die Rehabilitation umfaßt die medizinische Wiederherstellung, die berufliche Ertüchtigung und die soziale Wiedereingliederung.

Wie weit könnten wir hier in Bremen bestehende Einrichtungen so koppeln, um in frühzeitig erkannten Fällen sofort zu helfen? Das hätte den Vorteil, den Behinderten nicht von der Familie zu trennen, ihn durch langes Warten nicht zu zermürben, und die Kosten für die Ausbildung würden sich vielleicht verringern. Es müßte auf jeden Fall mit allen Mitteln versucht werden, den Zeitraum zwischen Berufsaufgabe und Ausbildung beziehungsweise Umschulung soweit wie möglich zu verkürzen.

Wir haben unsere Ausführungen bewußt in diesem Rahmen gehalten, um Hinweise zu geben in der Hoffnung, daß die zuständigen Deputationen sich dieser Probleme annehmen. Wir haben nur wenig Änderungsanträge gestellt, um der Gefahr der Ablehnung zu begegnen, denn die Personengruppen, denen wir helfen möchten, wären dann nur die Leidtragenden. —Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Frau Kruse, wenn ich gewußt hätte, daß Sie Ihr Konzept wortwörtlich verlesen, wäre ich nicht so großzügig gewesen.

(Abg. Marta Kruse [NPD]: Ich danke Ihnen trozdem, Herr Präsident!)

Das Wort hat nunmehr die Abgeordnete Frau Maaß.

Abg. Gertrud **Maaß** (SPD): Herr Präsident, ich möchte bitten, zur Richtigstellung meine Aussage in der Bürgerschaftssitzung verlesen zu dürfen, als der Antrag der NPD zur Weihnachtsbeihilfe hier behandelt wurde, weil Frau Kruse hier etwas geäußert hat, was nicht in meinem Konzept gestanden hat.

Präsident Engel: Diese Berichtigung wird Ihnen gern gestattet.

Abg. Gertrud **Maaß** (SPD): Danke schön! — Herr Präsident, meine Herren und Damen! Ich möchte als erstes doch noch einmal den Wortlaut hier vortragen, den ich in der letzten Bürgerschaftssitzung gebracht habe, damit nicht das „wer ist verwirrt" im Raum steht. Es ging mir nicht darum zu sagen, daß diejenigen, die jetzt zusätzlich Weihnachtsbeihilfe erhalten würden, verwirrt sein würden, sondern daß die Sozialhilfeempfänger, die so oder so die Weihnachtsbeihilfe erhalten hätten, verwirrt würden, weil die neuen Sätze erst zum 1. 1. 1970 in Kraft treten, die für diesen neu hinzugezogenen Kreis vorher in Kraft getreten wären.

Und jetzt darf ich nochmals den wörtlichen Wortlaut zitieren. — Ich habe damals gesagt: „Dieser Antrag bedeutet, daß wir den Kreis der Weihnachtsbeihilfen ausweiten, und zwar, wenn ich von einer Vier-Personen-Familie ausgehe, die Einkommensgruppe über 800,— DM, also von Fällen, in denen von einer dringenden Bedürftigkeit kaum noch gesprochen werden kann. Auf diesem Hintergrund scheint es besonders bedenklich zu sein, die Regelsätze, wenn auch nur als Berechnungsfaktor, vor ihrem festgesetzten Inkrafttreten anzuwenden. Dieses rechtliche Bedenken, das auch bei einer freiwilligen Leistung zu beachten sein dürfte, muß überdies im Zusammenhang mit der nicht auszuschließenden Verwirrung der Sozialhilfeempfänger gesehen werden".

Ich bitte also, das vollkommen klar zu verstehen und nicht zu unterstellen, daß man hier etwas ganz anderes gesagt hat.

(Abg. Fischer [CDU]: Die hätten es aber gern entgegengenommen! — Abg. Fichtner [NPD]: Da haben wir es doch!)

Ich möchte auf die Ausführungen von Frau Kruse eingehen. Frau Kruse sagte, daß der Regelsatz der Sozialhilfe erhöht werden müßte.

(Vizepräsident Dr. Zander übernimmt den Vorsitz)

Die Deputation hatte sich im Oktober 1968 mit der Frage befaßt und überprüft, in welchem Rahmen die geltenden Sätze noch dem Bedarf entsprechen. Damals im Jahr 1968 hatten wir also noch ein solch großes Polster in diesem Regelsatz, daß wir in sehr guten Schuhen gingen. Wir haben dann aber immer im Auge gehabt, daß dieser Regelsatz neu überprüft werden sollte. Das ist in diesem Sommer auch geschehen. Wir warteten, und es ist, wenn ich mich richtig erinnere, im April dieses Jahres gewesen, daß hier im Hause davon gesprochen wurde, daß wir auf die Neufestsetzung des sogenannten Warenkorbs warteten. Dieses Bedarfsdeckungsschema, das vom Deutschen Verein neu festgesetzt werden sollte, hat nun leider längere Zeit in Anspruch genommen, und wir sind deshalb erst dazu gekommen, zum 1. 1. 1970 die neuen Sozialhilferegelsätze in Kraft zu setzen.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Frau Abgeordnete Maaß, sind Sie bereit, eine Frage der Abgeordneten Frau Kruse zu beantworten?

Abg. Gertrud **Maaß** (SPD): Gern!

Vizepräsident Dr. Zander: Bitte, Frau Kruse!

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Vielen Dank, Frau Maaß! Frau Maaß, ich hatte um Beantwortung der Frage gebeten, ob es stimme, daß dieser Warenkorb vom Deutschen Verein 1950 zusammengestellt wurde. Es würd.e mich interessieren.

Abg. Gertrud **Maaß** (SPD): Frau Kruse, man muß auch im Parlament ein kleines bißchen Geduld haben, wenn man hier vorn steht und jetzt die Dinge behandeln soll. Ich wäre dazu gekommen, und ich darf Ihnen jetzt gleich darauf antworten, daß dieser Warenkorb 1960 zuletzt festgesetzt worden ist.

(Bürgermeister Annemarie Mevissen: Als Schema!)

Als Bedarfsdeckungsschema. Daß dieser neue, jetzt zu erstellende Warenkorb sehr verändert wird, darüber sind wir uns im klaren, und wir haben in der Wohlfahrtsdeputation darüber gesprochen, daß die neuen Sätze nicht wieder zwei Jahre gelten können, denn wir erwarten Anfang des Jahres ein neues Bedarfsdeckungsschema, also einen neu zusammengestellten Warenkorb, und wir wissen, daß wir im Laufe des Jahres 1970 daraufhin zu einer weiteren Sozialhilferegelsatzänderung kommen müssen.

Ich möchte zu Ihrem Antrag Weihnachtsbeihilfe noch einige Worte sagen.

Der Antrag, den Sie gestellt haben, erreichte leider nur einen kleinen Kreis von Sozialrentnern, nämlich die Sozialrentner, die durch die Rentenanpassung 1969 herausgewachsen sind, die als Grenzfälle Weihnachtsbeihilfen bekommen haben. Wir sind deshalb in der Deputation diesem Antrag nicht gefolgt, sondern haben die Weihnachtsbeihilferegelung ausgeweitet, und zwar dahin, daß wir nicht mehr den 10 Prozent übersteigenden Bedarfssatz nehmen, sondern jetzt 20 Prozent. Somit kommen jetzt auf jeden Fall alle diejenigen, die 1968 eine Weihnachtsbeihilfe — —

(Abg. Fichtner [NPD]: Ohne unseren Antrag hätten Sie wahrscheinlich gar nichts gemacht!)

Herr Fichtner, ich möchte auf Ihre Zwischenrufe gar nicht antworten.

(Abg. Fichtner [NPD]: Die Verwaltung war doch gar nicht in der Lage! — Glocke)

Was die Verwaltung sagt, steht hier jetzt gar nicht zur Debatte.

Vizepräsident Dr. Zander: Keine Zwischenunterhaltungen! Wenn Sie an die Rednerin eine Frage zu richten haben, dann bitte ich Sie, Herr Abgeordneter Fichtner, sich des Mikrophons zu bedienen.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Sehr richtig! — Abg. Fichtner [NPD]: Zwischenrufe dürfen wir machen, Herr Präsident!)

Das war mehr als ein Zwischenruf, Herr Fichtner, das war eine Unterhaltung, und die ist nicht zulässig.

Abg. Gertrud **Maaß** (SPD): Ich muß hier also sagen, daß diese Frage in der Deputation damals nicht angestanden hat und wir jetzt dazu gekommen sind, diesen Kreis so auszuweiten, daß alle diejenigen, die 1968 eine Weihachtsbeihilfe erhalten haben, auch in diesem Jahr wieder hinzugezogen werden. Das kann allerdings auch nur als Ausnahme in diesem Jahr gelten, denn ich bin der Meinung, daß Arbeitseinkommen und Überbrückungsgeld der öffentlichen Bediensteten anders zu bewerten sind als Weihnachtsbeihilfe oder Sozialhilferegelsätze. Diese werden nach dem Bedürftigkeitsprinzip verteilt, Arbeitseinkommen ist aber etwas anderes.

Frau Kruse sprach von Werkräumen in den Altentagesstätten. Frau Kruse, vielleicht sollten Sie sich einmal mehr Altentagesstätten ansehen und sich ein bißchen mehr mit diesen Fragen

befassen. Werkstätten sind in sehr vielen Altentagesstätten.

(Abg. Fichtner [NPD]: Das verhindern Sie ja!)

Wenn Sie allerdings Werkstätten meinen, wie sie in verschiedenen Städten vorhanden sind, wo eine ausgesprochene Arbeit geleistet wird, die auch bezahlt wird, dann muß ich allerdings sagen, haben wir in Bremen das Bedürfnis dafür noch nicht festgestellt. Bisher haben die Leute in den Altentagesstätten solch eine Arbeit generell abgelehnt. Unsere Arbeit in den Altentagesstätten ist sehr individuell, sie wird immer dem Kreis angepaßt, der in den Altentagesstätten vorhanden ist. Unsere alten Mitbürger haben Ältestenräte, die immer Vorschläge machen können. Es wird ständig auf diese Vorschläge eingegangen.

Ich möchte aber im Grundsatz sagen, daß wir alle irgendwelche Idealvorstellungen auf irgendeinem Gebiet haben. Wenn wir die alle verwirklichen wollen, müßten die Finanzen des Haushalts dreimal so groß sein. Selbst dann würden wir sie wahrscheinlich noch nicht erfüllen können. Wir alle müssen einen kleinen Pflock zurückstecken.

Wir haben aber in der Sozialarbeit, besonders in der Wohlfahrtsdeputation, ganz besondere Schwerpunkte gesetzt. Diese Schwerpunkte sind in den letzten Jahren gewesen: Erstens der Ausbau des Martinshofs, etwas für die geistig Behinderten zu tun. Ich darf sagen, daß wir 1964 zirka 200 Arbeitsplätze im Martinshof hatten, daß wir zur Zeit zirka 350 bis 360 Arbeitsplätze dort haben, und daß wir nach dem vollendeten Ausbau zirka 450 Plätze haben werden. Ich glaube, gerade für diesen Kreis unserer Mitbürger etwas zu tun, ist eine große Verantwortung und so notwendig, daß wir diese Familien, die einen Behinderten in ihrem Kreis haben, auch stützen und entsprechende Hilfe geben.

Wenn wir diese Hilfe nämlich nicht geben, dann fallen uns später diese Behinderten mit ganz anderen Kosten zur Last, denn dann müssen wir sie in Heimen unterbringen und ganz versorgen. Wenn wir diese Einrichtungen jedoch weiter ausbauen, machen wir die Behinderten in ihrem Rahmen, nach ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten lebensfähig.

Wir haben dann auch ganz besonders den Schwerpunkt in der Altenhilfe gesetzt. Wir haben die Einrichtungen der Altenheime und Altenpflegeheime ganz besonders gefördert. Wenn Sie unseren Haushalt lesen, kommt es dort ganz besonders zum Ausdruck.

Wir haben ganz besonders die Arbeit der Altenpflegerinnen gefördert. Es hat die Bremer Heimstiftung — wir sind dafür sehr dankbar, daß sie diese Arbeit in Angriff genommen hat — einen Kursus durchgeführt, in dem 17 Teilnehmerinnen mit Abschlußprüfung den Beruf der Altenpflegerin gewählt haben und jetzt den Heimen und Verbänden zur Verfügung stehen. Ein weiterer Kursus mit 20 Teilnehmern ist jetzt wieder angelaufen. Da wir wissen, daß diese Arbeit von der Bevölkerung nicht sehr gefragt ist insofern, daß man sie tun will, aber der Bedarf sehr groß ist, da die Zahl der älteren Mitbürger immer weiter zunimmt, ist es notwendig, daß noch mehr solche Kurse in Angriff genommen werden müssen.

Wir haben weiterhin den Mahlzeitendienst „Mahlzeiten auf Rädern" gefördert, weil wir glauben, daß wir, je mehr ambulante Hilfen wir geben können, mehr Heimplätze sparen können. Ich darf sagen, daß dieses alles in einer guten Verbindung mit den freien Verbänden geschehen ist. Hierfür herzlichen Dank!

Wir haben auch weiterhin, und das zeigt auch dieser Haushalt, die Einrichtung für Plätze für — —

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Frau Maaß, Ihre Redezeit ist an sich abgelaufen. Ich gebe anheim, sich noch einmal zum Wort zu melden.

Abg. Gertrud **Maaß** (SPD): Herr Präsident, wenn ich noch einen Satz sagen darf?

Vizepräsident Dr. Zander: Bitte!

Abg. Gertrud **Maaß** (SPD): Danke schön! — Es ist also notwendig, auch die schwer geistig Behinderten und die mehrfach Behinderten in Heimen beziehungsweise in Institutionen unterzubringen. Ich bin dankbar, daß wir uns hier am Evangelischen Hospital Lilienthal beteiligen können. Dort stellen wir sehr viele Mittel zur Verfügung, um dort die Plätze in Anspruch nehmen zu können, so daß die Behinderten auch in der Nähe der Familien bleiben können. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Ostendorff.

Abg. **Ostendorff** (FDP): Herr Präsident, meine verehrten Damen, meine Herren! Bei seiner Haushaltsrede hat der Sprecher der Finanzdeputation, der Abgeordnete Götze, gemeint, er weigere sich mit Stangen im Nebel herumzurühren, um die Haushaltspositionen zu finden. Dieses Beispiel kam mir etwas in den Sinn, als ich den großen Katalog der Kollegin Kruse hier hörte. Ich will nicht sagen, es war nebelhaft, es war aber so vielseitig, daß daraus allein schon die Unmöglichkeit herrührt, sich mit allen Punkten zu beschäftigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Freien Demokraten haben sich in dieser Regierungskoalition in Bremen immer sehr für die Sozialpolitik eingesetzt. Daß sie dabei mitunter in Nuancen anders formulierten und auch anders handeln wollten als ihr Koalitionspartner, liegt auf der Hand. Aber wir haben die Erkenntnis, daß die Gesellschaftspolitik der entscheidende Punkt der Sozialpolitik ist, immer beherzigt: Es gibt nicht nur Mitglieder der Bevölkerung, die Sozialhilfe bekommen,

sondern es gibt auch Mitglieder dieser Freien Stadt, die die Lasten aufbringen müssen.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Sehr gut!)

Das ist ein Punkt, den man nicht vergessen darf.

(Abg. Filzen [CDU]: Das wird meistens vergessen!)

Ich glaube, es ist zwei Jahre her, daß ich sagte, wir müssen bei allen unseren Überlegungen eingedenk sein, daß wir den Teil, der die Soziallasten aufbringt, nicht so belasten, daß er darunter zusammenbricht. Das wäre der schlechteste Weg der Sozialpolitik.

Nun steht nach Artikel 6 Grundgesetz und Artikel 21 unserer Landesverfassung Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Ich nehme an, daß es diese beiden Artikel waren, auf die Frau Maaß hinwies, wobei sie gleich soweit ging, daß wir praktisch der Mutter, die zu Hause bleibt, nun noch ein staatliches Erziehungsgeld geben.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Das war Frau Kruse, nicht Frau Maaß! — Abg. Ella Müller [SPD]: Sie haben gesagt, Frau Maaß, aber das hat Frau Kruse gesagt!)

Entschuldigen Sie, das war ein Lapsus linguae. Ich möchte mich bei beiden Damen entschuldigen, daß ich sie miteinander vertauscht habe.

(Heiterkeit)

Es ist sonst eigentlich nicht meine Art, aber ich konnte eben kein Maaß halten.

(Erneute Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sicherlich ist das ein wünschenswerter Zustand, ich kann nur sagen, das ist aber für die nächsten Jahre und Jahrzehnte eine humane Utopie. Einen anderen Ausdruck gibt es dafür nicht. Wünschenswert sicherlich! Andererseits erlauben Sie mir einen liberalen Gedanken: Wenn wir anfangen, die Mutter dafür zu bezahlen, daß sie sich um ihre Kinder kümmert, sind wir meiner Meinung nach nicht mehr ganz auf dem richtigen Weg.

Nun hat uns infolge der Weihnachtszeit Frau Kruse auch die Schokoladenseite unseres Haushalts vor Augen halten wollen. Ich darf sie höflichst bitten, sich den Haushaltsquerschnitt der Freien Hansestadt Bremen und der Stadtgemeinde anzusehen und dort festzustellen, wieviel Schokoladenplätzchen darin auf sozialem Gebiet versteckt sind. Sicherlich brauchen wir viel mehr, sicherlich sind wir in Kindertagesstätten und Kinderspielplätzen und Altenheimplätzen noch lange nicht an dem Punkt, den wir erreichen wollen. Aber, wo soll's herkommen? Und ich verweise auf meine Ausführungen am Anfang!

Die Debatte ist eine allgemeine Debatte. Wenn der Herr Präsident auch gemeint hat, wir sollten die einzelnen Dinge trennen, ist es ja durch die bisherigen Ausführungen so gekommen, daß alles durcheinander läuft, und nun darf ich gleich wieder einmal auf mein Hobby kommen:

Wir meinen, daß die Betreuung der Kinder in Kindertagesstätten und auf Kinderspielplätzen noch erweitert werden sollte. Wir meinen, daß dieses ein Weg ist, den man mit relativ billigen Mitteln, was die Kinderspielplätze angeht, und leider mit ziemlich teuren Mitteln, was die Kindertagesstätten angeht, beschreiten kann, der dazu beiträgt, der arbeitenden Frau und Mutter die Möglichkeit zu geben, ihrer Arbeit nachzugehen und ihr Kind dort in dem Heim unterzubringen oder in der Freizeit sich mit ihm auf dem Kinderspielplatz aufzuhalten.

Nun bekenne ich ganz offen, die Frage der Unterbringung eines Kindes im Kindergarten kann immer nur ein Ersatz sein für das Verbleiben des Kindes in der Familie. Das möchte ich bei dieser Debatte einmal ganz klar sagen. So wünschenswert und so notwendig und aus sozialpolitischen und auch arbeitspolitischen Gründen Kindergärten unabdingbar sind, die Freien Demokraten sind nach wie vor der Meinung, der Idealfall wäre, wenn jedes Kind in der Familie erzogen werden könnte.

(Beifall bei der CDU)

Die von Frau Kruse — ich muß jetzt höllisch aufpassen — angekündigten und angesprochenen Anträge werden wir in einem Punkt bestimmt ablehnen, und das ist der Punkt der Freistellung der Eltern von den Gebühren, die sie für die Inanspruchnahme eines Kindergartenplatzes zahlen müssen. Es wäre sicherlich wünschenswert, wenn wir das könnten, andererseits muß ich für die Freien Demokraten ganz deutlich sagen, der gegenwärtige Zustand ist doch der, daß wir leider nicht ausreichende Plätze haben, und wir müssen von dem Elternpaar, das an zwei Stellen Geld verdient, auch erwarten können, einen gewissen Teil davon aufzubringen, um das Kind in der Kindertagesstätte zu belassen. Das Endziel ist sicherlich ein anderes. Im Augenblick sehe ich aber keinen anderen Weg, und wir werden deshalb diesem Antrag nicht zustimmen.

Ich möchte zu den anderen Anträgen, die sich hauptsächlich im Stadthaushalt bewegen, hier noch nicht sprechen. Es wird bei der Begründung der Anträge ja die Möglichkeit sein, noch dagegen zu sprechen.

Erlauben Sie mir ein Wort noch zum Schluß: Die Freien Demokraten in diesem Hause wissen sehr wohl, wieviel noch zu tun ist. Sie haben aber — und ich wiederhole mich absichtlich — immer im Auge, daß Soziallasten nicht nur verteilt, sondern auch

aufgebracht werden müssen. Nach dieser Maxime werden die Freien Demokraten handeln.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat nun der Abgeordnete Bugla.

Abg. **Bugla** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf, um die Worte von Herrn Ostendorff zu benutzen, sagen, daß die Grundsatzaussprache von Frau Kruse ein Streifzug quer durch das gesamte Gebiet war, und daß es darüber hinaus nicht nur ein Streifzug durch das gesamte Gebiet der Landes- und Kommunalpolitik war, sondern der Bundespolitik gleichzeitig.

(Abg. Marta K r u s e [NPD]: Sollte auch!)

Sie hat allerdings darauf hingewiesen — und das will ich gleich mit anmerken der Gerechtigkeit halber —, daß es sich dabei um eine Verklammerung der Politik des Landes, der Gemeinde und des Bundes handelt und hat auch gefordert, daß die Vertreter Bremens im Bundesrat entsprechende Aktivitäten entfalten, um in dem Konzept, das sie hier entwickelt hat, nun entsprechend vollständig zu werden und die Dinge voranzutreiben.

Frau Kruse, ich kann Sie beruhigen, wir brauchen keine Anstöße der NPD-Fraktion für diese Aktivitäten, die im Bundesrat erforderlich sind,

(Beifall bei der SPD)

und die Sozialdemokraten im Bund und im Land haben gezeigt, daß sie sehr wohl für die Bevölkerung da sind und auch insbesondere für die Ärmsten der Armen. Dazu brauchen wir ihre Aufforderung ganz gewiß nicht.

(Beifall bei der SPD — Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Herr Abgeordneter Bugla, sind Sie bereit, eine Frage, die der Abgeordnete Brouwer an Sie zu richten beabsichtigt, zu beantworten?

Abg. **Bugla** (SPD): Bitte schön!

Vizepräsident Dr. Zander: Bitte, Herr Brouwer!

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Kollege Bugla, sind Sie nicht auch der Meinung, daß jeder Abgeordnete dieses Hohen Hauses durchaus das Recht hat, seine Ansichten und seine Anregungen diesem Hohen Hause zu unterbreiten?

(Beifall bei der NPD)

Abg. **Bugla** (SPD): Herr Kollege Brouwer, das wird absolut nicht bestritten. Die Anregung und das Vorantreiben ist aber nur dann sinnvoll, wenn es von der Seite, an die es gerichtet wird, unterlassen worden ist. Das ist doch einfach nicht der Fall. Es müssen hier einige Fakten richtiggestellt werden, da Frau Kruse einen Querschnitt aufgezeigt hat, der zum Teil an Realitäten, an der Wirklichkeit und an der rechtlichen Situation vorbeigeht. Ich will einige Punkte aufzählen. Vollständig werden sie nicht sein, denn dann würde ich mit meiner Redezeit gar nicht auskommen.

Frau Kruse schneidet hier die besonders hohe Zahl von F r ü h i n v a l i d e n unter den weiblichen beschäftigten Arbeitnehmern aufgrund der Situation der Doppelbelastung durch Beruf und Haushalt an. Das ist sachlich richtig. Sie muß dann nur konsequenterweise weitergehen. Sie muß auf die gesetzlichen Situationen hinweisen, sie muß sich einmal der Mühe unterziehen, die Reichsversicherungsordnung zur Hand zu nehmen und § 48 RVO Absatz 3 zu lesen oder § 25 Absatz 3 AVG, um dann die Sachinformation zu haben, daß dieser Tatbestand, durch Gesetzgebungsakt auf Bundesebene der Bund zuständig ist, Berücksichtigung gefunden hat.

(Abg. F i c h t n e r [NPD]: Das haben Sie ja wunderbar ergänzt!)

Ich bin gewohnt, daß Ihre Zwischenrufe nicht einzuordnen sind, um ein sachliches Gespräch heraufzubeschwören.

(Abg. B r o u w e r [NPD]: Sachlich?

Und dann, Frau Kruse, müssen Sie sich auch einmal mit der Rechtsprechung über diesen Fragenkomplex auseinandersetzen und müssen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts 1963 einmal nachlesen. Ich empfehle Ihnen diese Lektüre, denn dann würden Sie mit derartigen Dingen nicht kommen, weil Sie einfach neben der Sache liegen.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Frau Kruse möchte auch eine Frage an Sie richten. Sind Sie bereit, sie zu beantworten?

Abg. **Bugla** (SPD): Aber selbstverständlich, Herr Präsident!

Vizepräsident Dr. Zander: Bitte, Frau Kruse.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Herr Bugla, stehen Sie nicht trotzdem auf dem Standpunkt, daß der Frühinvalidität der Frauen möglichst entgegengewirkt werden muß?

Abg. **Bugla** (SPD): Frau Kruse, ich bin ja die ganze Zeit dabei,zu erklären, daß das Gesetz eine Reihe von Möglichkeiten konzipiert hat. Ich bin der letzte, der behaupten würde, daß es Gesetze überhaupt gibt und geben kann, die nicht irgendwo noch verbesserungsfähig sind. Nur, Sie tun doch so, als wenn die NPD-Fraktion das Soziale allein gepachtet hätte. Das ist doch einfach falsch.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es wurde dann im Zusammenhang mit den Rentnern davon gesprochen,

daß auf der Bundesebene einiges zu tun sei und nicht getan werde. Frau Kruse, ich frage Sie einmal, was in dem Zusammenhang mit der Erhaltung der dynamischen Rente auf Bundesebene geschehen ist, oder ich frage Sie einmal, ob Sie wissen, was mit der Frage der Abschaffung des KVR-Beitrages, das heißt also des Krankenversicherungsbeitrags für Rentner, geschehen ist, ob das Fakten sind, die Sie nicht kennen oder Sie hier nicht zur Kenntnis nehmen wollen!

(Abg. Filzen [CDU]: Das steht nicht in der NPD-Broschüre!)

Und nun, Frau Kruse, ein anderes Wort. Sie sprachen von der Rehabilitation. Auch da rennen Sie bei uns offene Türen ein. Nur frage ich Sie, haben Sie nicht zur Kenntnis genommen, daß wir ganz taufrisch ein Gesetz haben noch aus diesem Jahr, das Arbeitsförderungsgesetz, das gerade diese Arbeit maßgeblich beeinflußt und nach modernen Gesichtspunkten nach vorn treibt? Oder ist es Ihnen entgeangen, daß wir in der Bundesrepublik — ich bin gern bereit, Ihnen den Katalog zur Verfügung zu stellen — weit über 100 Rehabilitationsstätten in Betrieb haben? Nehmen Sie das alles nicht zur Kenntnis, und wollen Sie das hier — obwohl Sie das Gegenteil in Ihrer Rede behauptet haben — in Schwarz-Weiß-Malerei nach unten ziehen?

(Widerspruch bei der NPD — Abg. Brouwer [NPD]: Das machen wir doch gar nicht, Herr Bugla!)

Ich habe das Gefühl, daß Sie das tun. Die Ausführungen laufen doch in diese Richtung. Sie tun so, als wenn wir hier in Bremen keinerlei Leistungen zu erbringen haben.

Ich möchte einmal auf die Frage des Sozialaufwands eingehen. Nur zwei Zahlen möchte ich in dieser Debatte herausstellen: Wenn wir unseren Sozialaufwand einmal pro Einwohner, verglichen mit einer großen Schwesterstadt, die noch dazu die gleiche Konstitution hat, nämlich ein Bundesland zu sein, nämlich Hamburg, gegenüberstellen, dann beträgt der Sozialaufwand pro Einwohner in Hamburg im Jahr 58,94 DM und in Bremen je Einwohner 66,41 DM.

(Abg. Brinkmann [SPD]: Hört, hört!)

Aber ich will Ihnen noch eine andere Zahl nennen: Unser Leistungsaufwand im Bereich Wohlfahrt — ohne Jugend ohne Sport, damit da kein Zweifel aufkommt — ist im Jahr 1969, also in dem zur Zeit gefahrenen Haushalt, 65 Millionen DM, ich nenne glatte Beträge, im Anschlag 1970 über 75 Millionen DM und im Jahr 1971 über 82 Millionen DM. Wenn das keine Leistungen in Bremen sind, mit denen Bremen sich sehen lassen kann, dann weiß ich nicht!

Aber in dieser Form, wie es hier von Frau Kruse dargestellt wird, querbeet fordern und die andere Frage, wie das im Haushalt abzudecken ist, außer Betracht zu lassen, so geht es nicht!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Friedrichs.

Abg. **Friedrichs** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Freunde der CDU in den Deputationen bemühen sich, mit Ernst und Sorgfalt und Kleinarbeit das Los dort zu verbessern, wo Möglichkeiten gegeben sind.

(Zurufe von der SPD)

Ich will das hier nur betonen, wir brauchen darüber ja keine großen Ausführungen zu machen.

Ich möchte aber zu der Arbeit in den Deputationen, die wir von der Opposition leisten, eine Bitte äußern, und die von der Regierungskoalition in anderer Form aufgenommen werden und in die Maßnahmen einfließen sollte. Ich darf hier zu den Regelsätzen etwas sagen, weil dieses Thema vorhin auch von Frau Kruse angesprochen wurde. Wir hatten in der Deputationssitzung, wie ich glaube, einen sehr realistischen Vorschlag zur Anhebung der Regelsätze gemacht. Ich bin dadurch bestärkt worden, daß gleichzeitig, ohne daß wir überhaupt miteinander darüber gesprochen haben oder etwas davon wußten, auch der Beirat zu derselben Erhöhung gekommen war. Leider ist unser Antrag nicht durchgekommen. Wir haben zwar erreichen können, daß noch über das vorgesehene Maß der Eckregelsatzerhöhung eine gewisse Erhöhung hereingekommen ist. Aber leider ist einem höheren Satz nicht entsprochen worden. Ich glaube, nach der ganzen Entwicklung des zweiten Halbjahres 1969 wäre es zweckmäßig gewesen. Man war aber nicht gewillt — bitte, das ist eine Entscheidung —, über die Eckregelsätze anderer Länder, die allerdings schon im Frühsommer beschlossen waren, als diese Entwicklung noch nicht so abzusehen war, hinauszugehen.

Meine Bitte geht dahin, Frau Bürgermeister, soweit es unsere Deputation betrifft, Anträge und Vorschläge, auch wenn sie von der Opposition kommen, doch nun wirklich mit in die Arbeit hineinzunehmen. Ich möchte hier nicht in alten Wunden rühren, Frau Bürgermeister, aber ich glaube, wenn unser Antrag zur Weihnachtsbeihilfe aufgenommen worden wäre, wäre hier der Regierungskoalition manche peinliche Situation erspart geblieben.

(Beifall bei CDU und NPD)

Dasselbe gilt für unseren seinerzeitigen Antrag im Frühjahr dieses Jahres, als wir forderten, die Frage der Erhöhung der Eckregelsätze zur weiteren Bearbeitung in die Deputation zu verweisen. Ich glaube, dann wäre nicht der Vorwurf gekommen, daß man in der Deputation geschlafen hätte. Wir hätten dann Zeit gehabt, dieses in Ruhe den ganzen

Sommer und Herbst zur Zufriedenheit zu erledigen. — Ich danke Ihnen!

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat nunmehr Frau Bürgermeister Mevissen.

Bürgermeister Annemarie Mevissen, Senator für Wohlfahrt und Jugend: Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin für jede Anregung im Sinne der gemeinsamen Sorge um den Menschen dankbar. Ich bin für jede Grundsatzdebatte, die auf dem Gesamtsektor Sozialhilfe, Jugend und Sport Klärungen bringt, dankbar. Ich glaube, daß dieses Haus gezeigt hat, daß es bemüht gewesen ist, in den vergangenen Jahren Leistungen aufzuweisen, die der Stadt durchaus angemessen sind in ihrem sozialen Gehalt und auch in der Bemühung um den Menschen, der in Not ist oder in Not zu geraten droht.

Ich glaube nur, daß man sämtliche Positionen, um die es in den Einzeldebatten geht, nicht als solche einzeln diskutieren sollte und dürfte und Idealvorstellungen herausarbeiten darf, sondern daß man den Sozialhaushalt im Zusammenhang sehen muß, sowohl im Zusammenhang der einzelnen Positionen innerhalb des Haushalts „Soziales", als auch die Relation zu sehen hat zwischen dem Sozialhaushalt einerseits und dem Gesamthaushalt andererseits. Es ist zwar wunderbar, Idealvorstellungen aufzustellen, und Sie werden überall Freunde für bestimmte Forderungen finden, die möglicherweise in unserem Haushalt noch nicht den Standard erreicht haben, den wir uns wünschen. Wir dürfen dabei aber nicht vergessen, daß die Verwirklichung bestimmter Einzelprojekte in der Form von Idealvorstellungen andererseits zwangsläufig nach sich zieht, daß die Balance eines solchen Haushalts im Rahmen des Gesamtvolumens in Gefahr gerät. Ich glaube, nach diesem Grundsatz ist der Versuch des Ausbalancierens aller Maßnahmen im Rahmen der Deputationsarbeit und auch im Rahmen der Bemühungen dieses Hauses in den vergangenen Jahren durchaus gelungen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, neben den einzelnen Forderungen, die hier diskutiert worden sind und auf die ich gern auch zurückkommen möchte, einiges an Grundsatzüberlegungen herausarbeiten zu sollen, die wir in den Deputationen immer wieder einander gegenübergestellt haben in der Bemühung, Gerechtigkeit zu gewähren in den Fällen, in denen es um das Wohl unserer Mitbürger geht. Normalerweise — und hier komme ich auf den schwierigen Komplex der Zuordnung von Landes- und Kommunalpolitik zur Bundesgesetzgebung — sollte die materielle Sicherheit jedes Bürgers dieses Landes abgesichert sein durch Versicherung und Versorgung. Sie können von der jetzigen Bundesregierung nicht erwarten, daß diese Idee, die seit Jahren von der SPD im Bund vertreten worden ist, innnerhalb weniger Wochen realisiert wird. Das ist also bisher faktisch nicht der Fall, sondern die Sozialhilfe ist in die nicht sehr glückliche Rolle gerückt, Ausfallbürge zu sein dort, wo die Versicherungs- und Versorgungsleistungen für den einzelnen Bürger nicht ausreichen.

Betroffen von diesen Bemühungen, geringfügige Renten- und Versorgungsleistungen aufgestockt zu erhalten, ist — wir können es nicht genau fixieren — ein Personenkreis von etwa 6000 bis 8000 Menschen in unserem Land. Und die Summe, die dafür zur Verfügung gestellt wird im Rahmen der Sozialregelsätze, ist ein Betrag, den das Land Bremen, Kommune und Land Bremen, von 11 Millionen DM in etwa, weil die Kompliziertheit dieser Einzelpositionen mit gesehen werden muß, aufzubringen hat.

Eine zweite Gruppe innerhalb des Sozial- und Jugendressorts betrifft diejenigen, die ein Schicksal tragen, das sie im Grunde selbst nicht zu verantworten haben, das durch Geschichte und Vergangenheit ihnen auferlegt worden ist. Dabei meine ich nicht nur die Flüchtlinge, Vertriebenen, die Kriegsopfer et cetera, sondern ich meine auch jene Gruppe, die sich aus eigener Kraft als Gruppe nicht zu helfen vermag. Das sind auf der einen Seite — um Beispiele zu nennen — die behinderten Menschen schlechthin, geistig, körperlich Behinderte. Auf der anderen Seite sind es die alten Menschen. Von ihnen ist hier oft gesprochen worden als Schwerpunkt unserer Arbeit. Sie stehen in der Gefahr, an den Rand der Gesellschaft gerückt zu werden. Und gerade diese Generation — das wissen wir alle — trägt ein besonders hartes Schicksal durch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte.

Einbezogen in diese Gruppierung — dieser zweiten Schwerpunktarbeit — sind unsere Kinder. Hier — Herr Ostendorff, so ungern ich Ihnen widerspreche — würde ich meinen, die frühkindliche Erziehung im Kindergarten mit der sozialpädagogischen Bemühung um Hilfen für unsere Kinder ist kein Ersatz, ist eine Ergänzung der Familie. In früheren Generationen haben wir die Familie als ein Übungsfeld für die Gesellschaft gekannt, und wir wußten um diese schwerpunktmäßige Erziehung des Kindes in der Familie. Heute ist die moderne Familie im allgemeinen dem umfassenden Erziehungsanspruch des Kindes nicht mehr gewachsen, das heißt wir müssen hier helfen, und zwar helfen durch die Einrichtung von Kindertagesstätten und Kindergärten. Daß hier ein Schwerpunkt liegt, brauche ich dem Hause nicht zu erklären, Sie wissen, daß ein Sonderprogramm dazu beiträgt, daß wir innerhalb dieser Legislaturperiode die Platzzahl für unsere Kinder verdoppeln — auch mit Hilfe der freien Träger —, um insbesondere den fünfjährigen Kindern den Übergang zur Schule durch eine intensive sozialpädagogische Arbeit zu erleichtern.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Frau Bürgermeister, würden Sie eine Frage des Abgeordneten Ostendorff beantworten?

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Herzlich gern!

Vizepräsident Dr. Zander: Bitte, Herr Ostendorff!

Abg. **Ostendorff** (FDP): Frau Bürgermeister, sind Sie bereit, von mir zur Kenntnis zu nehmen, daß ich, mit dem Wort „Ergänzung" einverstanden bin?

(Heiterkeit)

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Herzlichen Dank! Da sind wir wieder einmal einer Meinung. Vielen Dank!

Aber, meine Damen und Herren, Sie werden verstehen, vielleicht ist es wirklich nur eine Wortung, aber dieses Mißverständnis geht ja doch bei der Beurteilung der Kindertagesstätten durch die ganze Bundesrepublik. Wir sind immer der Meinung gewesen, wir müßten hier dem Kind diese ergänzenden Hilfen insbesondere in einer Großstadt gewähren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt nicht vergessen, die dritte Schwerpunktgruppe in unserem Gesamtkonzept zu erwähnen. Es geht ja hier um eine Grundsatzdebatte, mehr als um Einzelprobleme. Bei der Vielschichtigkeit von Einzelmaßnahmen lassen sich natürlich auch Pannen nachweisen, wie wir sie hier im Parlament zum Beispiel debattiert haben. Wenn wir nichts täten, sehr verehrter Herr Friedrichs, dann würden Sie uns keine Vorwürfe machen können. Aber wo gearbeitet wird, kommen auch hin und wieder Pannen vor. Nur das, was Ihr Herr Fraktionskollege uns dann bei Abschluß der Debatte, die auch für mich nicht sehr angenehm gewesen ist, erklärt hat: „Na ja, das ist eine Beerdigung Erster Klasse", ist nicht eingetreten. Das hätten Sie jetzt auch einmal herausstellen dürfen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Diese Deputation hat sich umgehend zusammengesetzt und sehr gründlich — sehr gründlich, Herr Friedrichs — beraten und beschlossen. Wir werden uns sehr überlegen müssen, ob solche Dringlichkeitsanträge über den Daumen gepeilt in Zukunft hier beschlossen werden sollten. Das nur als Zwischenbemerkung.

Ich meine, daß ich in der Grundsatzerklärung doch noch einiges herausstellen sollte, einen dritten Punkt.

(Abg. B r o u w e r [NPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Muß es sein, Herr Brouwer?

Vizepräsident Dr. Zander: Nein, es muß nicht sein!

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Ich bin gern bereit, aber lassen Sie mich den Gedankengang aus der Grundsatzüberlegung noch anfügen:

Die dritte Gruppe, die wir im Auge haben, läßt sich als Gruppe im Grunde nicht zusammenfassen. Das sind individuelle Fälle. Notstände, denen wir nur begegnen können mit den „Hilfen in besonderen Lebenslagen" auf so unterschiedlichen Gebieten und mit unterschiedlichen Methoden und Formen, die von Jahr zu Jahr wechselnde Schwerpunkte bringen. Diese Gruppe können wir nicht als einheitliche Gruppe feststellen. Es muß damit gerechnet werden, meine Damen und Herren, daß die Freiheit des einzelnen Bürgers uns auch dazu zwingt, mit unangepaßten Individuen und einzelnen problematischen Bürgern zurechtzukommen. Ich bin überzeugt, daß dieses Problem des Unangepaßtseins bestimmter einzelner für uns in der Zukunft ein noch viel stärkeres Gewicht bekommen wird, denn diese Gesellschaft produziert im Grunde selbst bestimmte Schwierigkeiten für unsere Gesellschaft.

Wie wir mit dem Protest bestimmter Jugendgruppen leben müssen, so werden wir auch leben müssen und lernen müssen zu leben mit dem Protest von einzelnen, die sich gegenüber dem Zusammenleben in einer Gemeinschaft ihren eigenen Weg suchen. Ihrer Freiheit entsprechend ist es, daß wir sie nicht unter den Zwang eines Arbeitshauses oder irgendeiner anderen Einrichtung stellen können, sondern daß wir Wege und Möglichkeiten suchen müssen, um das Vertrauen zu gewinnen, um ihnen helfen zu können.

Meine Damen und Herren, es ist längst bekannt, darüber brauche ich nicht zu sprechen, daß diese Verwaltung, insbesondere die Sozialverwaltung, aber nicht nur die Sozialverwaltung eine Leistungsverwaltung geworden ist, eine Leistungsverwaltung, die sehr viel stärker den Bezug auf den Bürger hin im Auge hat, als gießkannenprinzipmäßig materielle Zuschüsse zu gewähren. Eine Leistungsverwaltung, die im Grunde genommen fast den ganzen Personalapparat in diese Leistungen dem Bürger gegenüber umgesetzt hat. Das ist außerordentlich schwer für die Zukunft.

Ich brauche nur an einige Punkte zu erinnern, um Ihnen deutlich zu machen, daß sich dieses Arbeitsfeld immer mehr ausweiten und daß das, was zahlenmäßig etwa im Produktionsprozeß durch Rationalisierung, durch Automation und so weiter abgebaut werden kann, auf dem anderen Sektor „Freizeit" zahlenmäßig als neue Belastung auf uns zukommen wird. Wir werden in der Zukunft damit rechnen müssen, daß diese Frage weit mehr als bisher die Gesellschaft als Gemeinschaft verpflichten wird. Für uns ist Sozialpolitik Gesellschaftspolitik. Für uns ist diese Arbeit eine Arbeit am Menschen, und für uns gestaltet sich das, was wir tun, in einem Rahmen, in dem wir zwar Idealen nachstreben, Ideale anstreben, uns dabei aber keine utopischen Vorstellungen leisten.

Wenn ich darauf hinweisen darf, daß nicht nur die Sozialarbeit, sondern auch die Jugendarbeit und der Sport in diese Hilfe für den Menschen einbezogen sind, dann können Sie am einzelnen Projekt, das durchberaten und entwickelt wird, sicher Kritik üben. Diese Kritik wird durchaus in einzelnen Punkten berechtigt sein. Ich glaube, Sie werden es aber schwer haben, diesen Deputationen, und zwar drei Deputationen, nachzuweisen, daß sie dabei nicht immer zugleich bei der Beratung des einzelnen Projekts das gesamte Spektrum unseres Auftrags, den Sie uns als Bürgerschaft gegeben haben, beachteten.

Das Gesamtvolumen dieses Haushalts umfaßt 130 Millionen DM. Ich glaube, im Rahmen unseres Gesamthaushalts ist das kein geringer Betrag. Entscheidend aber ist meiner Meinung nach nicht die Höhe dieses Betrags, entscheidend sind die Schwerpunkte, die Sie hier mit uns gemeinsam gesetzt haben. Einiges von dem habe ich versucht, Ihnen darzustellen. Ich bitte es mir als solches auch abzunehmen.

Herr Präsident, habe ich meine Zeit überzogen oder darf ich noch weiterreden?

Vizepräsident Dr. Zander: Frau Bürgermeister, Sie sind an gar keine Zeit gebunden!

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Ich würde, wenn es mir noch gestattet ist — vielleicht erübrigt sich dann die Zwischenbemerkung —, auf folgenden Punkt hinweisen: Es sind die Regelsätze angesprochen worden, meine Damen und Herren. Wir sollten in diesem Fall nicht vergessen, daß der sogenannte Warenkorb, der 1960 entwickelt worden ist, nicht etwa die Höhe der Regelsätze festlegt. Die Höhe der Regelsätze entscheidet der Senat beziehungsweise der Magistrat Bremerhaven, aber als Leitlinie für die Festsetzung der Regelsätze dient der sogenannte Warenkorb, der von Wissenschaftlern zusammengestellt worden ist.

1967 ist vom Senat der Regelsatz festgelegt worden, der in seiner Höhe wesentlich über den Kosten für den Inhalt des Warenkorbs lag. Bremen hielt damit eine Spitzenstellung im Bund. Bremen berücksichtigte damals bereits, daß eine Umstellung des Regelsatzes Tausende von Aktenveränderungen ergibt und insofern dieser Regelsatz möglichst langfristig gehalten werden sollte.

Der Regelsatz, der für den 1. Januar 1970 beschlossen ist, wird nicht mit einem wesentlich über dem Bedarfsbetrag liegenden Polster versehen sein, sondern er wird Rücksicht nehmen auf die in Arbeit befindliche Neukonstruktion des Leitschemas des Warenkorbes, das gegenwärtig erarbeitet wird. Frau Maaß hat auf diesen Punkt mit Nachdruck hingewiesen.

Entgegen dem Beschluß 1967 wird die Deputation für das Wohlfahrtswesen unter keinen Umständen langfristig den Regelsatz halten können. Ich möchte mich nur sehr dagegen verwahren, daß wir etwa mit der Größenordnung dieser Regelsätze dem entsprechenden Anspruch des Sozialhilfeempfängers nicht gerecht geworden sind. Ich darf darauf hinweisen, daß wir sowohl im Eckregelsatz als auch in dem Satz, der für den zweiten Ehepartner gilt, über der Summe, die Hamburg beschlossen hat, liegen. Ich glaube, daß das nicht ganz übersehen werden sollte.

Im übrigen, meine Damen und Herren, ist es im Grunde erfreulich zu sehen, in welcher Gemeinsamkeit hier die Fachdeputationen an der Umstrukturierung der gesamten Arbeit beteiligt sind und zu erfahren, daß auf diesem Sektor selbst die sogenannten sechs Eisheiligen, nämlich der Haushaltsausschuß, den Weg dieser Bemühungen — darf ich das sagen, ich glaube, das ist ein allgemein üblicher Begriff geworden — nicht als Eisheilige, sondern mit Verständnis die Bemühung einer Veränderung der gesamten Struktur der Arbeit verfolgen und nicht überall den Rotstift ansetzen, wo Neuerungen, wo insbesondere ambulante Hilfen statt Heimeinweisung neue Schwerpunkte auf unserem Gebiet setzen. — Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte einige wenige Worte in Beantwortung der Ausführungen des Kollegen Bugla hier an das Hohe Haus richten. Ich meine, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe es bereits in meiner Zwischenfrage angedeutet, daß jedem Abgeordneten dieses Hohen Hauses die Möglichkeit gegeben sein muß, seine Wünsche und seine Anregungen hier zu unterbreiten. Ich möchte in aller Klarheit darstellen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Überlegungen hinsichtlich der sozialen Hilfe für unsere Mitbürger nicht von irgendeiner Partei von sich gepachtet sein können, sondern Allgemeingut sämtlicher Parteien sind.

(Beifall bei der NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, wir sind nicht in den Deputationen tätig. Das ist nicht unsere Schuld.

(Abg. Brinkmann [SPD]: Doch!)

Wir haben deshalb wohl das Recht, Ihnen hier in dem Hohen Hause den Katalog unserer Wünsche zu unterbreiten. Sie mögen daraus die Anregungen nehmen oder Sie mögen sie verwerfen, aber Sie sollen nicht — meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, in dieser Beziehung fair zu sein — uns vorwerfen, als wenn wir quasi aus dem Fenster herausreden wollten. Dieselben Belange, die Sie, meine Damen und Herren von der SPD, in jeder Beziehung — ich unterstelle das — bewegen, bewegen uns genauso. Wir möchten Sie gern, genauso wie Sie, in diesem Hohen Hause ansprechen dürfen.

(Beifall bei der NPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat nunmehr Frau Abgeordnete Kruse.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Herren und Damen! Ich möchte nochmals auf die Erwiderungen der Kollegen eingehen. Frau Maaß sprach über die Erarbeitung der Sozialhilferichtsätze. Das war ja unser Wunsch, daß man sich diese Sozialhilferichtsätze im Laufe des nächsten Jahres nochmal vornehmen sollte. In bezug auf die Ausführungen von Frau Bürgermeister Mevissen, daß wir in den Sozialhilferichtsätzen über Hamburg liegen: Es handelt sich gerade um den

Betrag von einer Mark, das wissen Sie, und zwar ist hier vorher den Sozialhilfeempfängern eine Mark zusätzlich gegeben worden für Straßenbahngeld, das Sie jetzt der Sozialhilfesatz-Summe zugeschlagen haben.

Ich stehe nicht an, die sozialen Leistungen, die hier in Bremen erbracht werden, absolut anzuerkennen. Und Sie werden in meinen Ausführungen nicht ein Wort gefunden haben, wo wir sie nicht anerkannten oder herabgewürdigt hätten. Absolut nicht! Wir haben uns nur Gedanken gemacht, welche Probleme wir überhaupt im allgemeinen ansprechen, und ich habe ausdrücklich gesagt, daß diese Ausführungen Anregungen sein sollten. Wie die Deputationen ihre Schwerpunktprogramme machen, ist uns nicht gegeben und können wir auch nicht in dem Maße übersehen. Das ist dann Ihre Sache.

Aber ich meine auf der anderen Seite, Herr Bugla, Sie haben doch wohl nicht das Recht zu glauben, daß wir uns überhaupt keine Gedanken machen dürfen, weil wir NPD sind. Wir haben genau dasselbe Recht wie Sie, hier unsere Vorstellungen zu entwickeln.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Jawohl!)

Abgesehen davon, daß Ihre Antworten gar nicht sachlich waren! Die dynamische Rente hat mit der Kriegsbeschädigtenrente — und die habe ich angesprochen — überhaupt nichts zu tun. Die dynamische Rente liegt auf einem völlig anderen Sektor. Das Arbeitsförderungsgesetz ist da, natürlich ist es da! Trotzdem ist die Zeit, bis diejenigen, die arbeitsunfähig geworden sind, um in die Einrichtungen, die auf Bundesebene vorhanden sind, hineinkommen, eine Zeit von oft zwei Jahren. Und das ist es ja, was ich angesprochen habe, daß man versuchen sollte, diese Zeit zwischen der Ausbildung und der Berufsaufgabe zu verkürzen.

Auf all die anderen Dinge von Herrn Bugla möchte ich nicht mehr eingehen. Es hat mir leid getan, daß er sich so erregt hat. Das war nicht unsere Absicht.

(Lachen bei der SPD — Beifall bei der NPD)

In bezug auf Herrn Ostendorff: Herr Ostendorff, wir haben nicht gemeint, daß die Mütter hier bezahlt werden sollten. Ich habe als Beispiel angegeben, daß man in Rußland neuerdings den Müttern Geld gibt und daß in Frankreich ähnliche Einrichtungen sind. Ob man das hier kann oder nicht kann, das stand hier nicht zur Debatte. Ich habe nur gesagt, was man in Frankreich und in Rußland auf diesem Gebiet macht. Und in bezug auf die „Schokoladenseite", die hier so oft nochmal zitiert worden ist, habe ich nicht den Sozialhaushalt allgemein angesprochen, sondern habe mich in diesem Fall speziell auf die Beispiele bezogen, die seinerzeit, als wir unseren Antrag im April stellten, die Sozialhilferichtsätze um 10 Prozent zu erhöhen, dargestellt wurden, wie hoch die Sozialhilfeempfänger ihre Bezüge bekommen, die fast alles Beispiele der Berechnung „Hilfe in besonderen Lebenslagen" waren. Das wollte ich noch dazu sagen. — Danke schön!

(Beifall bei der NPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Bugla.

Abg. **Bugla** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich verspreche Ihnen, mich sehr kurz zu fassen. Um zu Herrn Brouwer zu kommen, muß ich sagen, daß er zum Sachproblem nichts ausgesagt hat, so daß es insofern keiner Ausführungen bedarf. Er hat lediglich gesagt, es würden von der NPD-Fraktion keine Schaufensterreden gehalten. Meine Damen und Herren, das überlasse ich Ihrer Beurteilung, ich glaube, da ist die Antwort schon drin.

Frau Kruse hat noch ein Sachproblem angesprochen, auf das ich nochmals eingehen möchte, denn es ist wert, daß man sich darüber unterhält. Sie hat die Frage der Rehabilitation angesprochen. Sie hat zugegeben, daß dieses Arbeitsförderungsgesetz erweiterte Möglichkeiten gegenüber der bisherigen Gesetzgebung eröffnet. Sie hat nicht bestritten, daß es in der Bundesrepublik eine ganze Anzahl von solchen Rehabilitationsstätten gibt. Sie hat dann gesagt, sie mache darauf aufmerksam, daß, wenn Arbeitsunfähigkeit eingetreten ist, es oft zwei Jahre dauert, bis die Rehabilitation dann tatsächlich einsetzt. Ich glaube, ich habe Sie richtig verstanden, Frau Kollegin Kruse.

(Abg. Marta Kruse [NPD]: Ja, genau!)

Nun muß ich Ihnen allerdings dazu folgendes sagen: Dann müßten wir einmal miteinander anfangen — und ich weiß nicht, ob das hier der richtige Ort ist —, abzugrenzen die Begriffe der Arbeitsunfähigkeit, der Berufsunfähigkeit, der Erwerbsunfähigkeit, damit wir überhaupt von gleichen Gesichtspunkten ausgehen und diskutieren können. Die Arbeitsunfähigkeit in einem Atemzug mit der Rehabilitation zu nennen, das sind doch zwei völlig verschiedene Paar Stiefel!

Und nun noch etwas, und ich unterstelle, daß Sie das meinen, was wirklich unter diesem Begriff zu verstehen ist, wobei die Ursache für eine solche Rehabilitation sein kann eine Berufsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit oder das drohende Schicksal in dieser Richtung. Frau Kruse, dann müssen Sie sich auch einmal überlegen, daß Sie einem solchen Menschen, der von einem solchen Schicksal betroffen wird, nicht von heute auf morgen einfach in eine Rehabilitationsstätte schicken können, sondern daß Sie sehr oft gezwungen sind, diesen Menschen durch entsprechende Maßnahmen überhaupt erst fähig zu solcher Rehabilitation zu machen. Das sind doch verschiedene Dinge, die man sehen muß.

Im übrigen — und da werden wir keinen Streit miteinander bekommen — bin ich der Meinung und sind meine politischen Freunde der Meinung, und ich glaube, ist die Mehrheit dieses Hauses der Meinung, daß man auf diesem Gebiet sicherlich niemals zuviel

tun kann. Da können wir einen gemeinsamen Nenner finden.

Noch etwas, Frau Kruse! Sie haben die Frage der Regelsätze noch einmal angesprochen in Erwiderung auf das, was meine Kollegin Frau Maaß gesagt hat. Nun wollen wir auch da die Fakten richtig setzen: Die Mitglieder der Wohlfahrtsdeputation, und zwar alle Mitglieder einstimmig, haben beschlossen, sich über die Erhöhung der Regelsätze zu unterhalten, als ein NPD-Antrag Weihnachtsgeld in dieser Richtung überhaupt noch nicht existent und nicht bekannt war, ja, als Ihnen wahrscheinlich selbst noch nicht bekannt war, daß Sie einen solchen Antrag einmal stellen wollten. Auch diese Fakten müssen wir einmal richtig sehen. Die Wohlfahrtsdeputation als die zuständige Deputation hat die Dinge durchaus im richtigen Moment angepackt und hat einen solchen Beschluß gefaßt, als von ihrem Antrag überhaupt noch nicht die Rede war. — Ich danke schön!

(Abg. Marta Kruse [NPD]: Der war im April gestellt!)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat nunmehr zum dritten und damit auch zum letzten Mal im Rahmen dieser allgemeinen Aussprache die Abgeordnete Frau Kruse.

(Abg. Marta Kruse [NPD]: Ich ziehe zurück!)

Sie zieht zurück.

Dann ist damit die allgemeine Aussprache zu dem Einzelplan 04 beendet.

Bevor wir in die Beratung der Einzelanträge hineingehen, möchte ich Herrn Senator Eggers sowie Herrn Senatsdirektor Dr. Koch begrüßen. Ich sah eben auch Herrn Senatsdirektor Dr. Rosenberg, er scheint uns aber wieder verlassen zu haben.

(Bürgermeister Koschnick: Der kämpft um den Bauhof!)

Weiter war auch Herr Senator Löbert hier.

Wir kommen jetzt zur

Einzelberatung.

0402/685 Zuschüsse an Körperschaften, Verbände usw.

Ich rufe auf den Änderungsantrag 302 und den zur selben Haushaltsstelle gestellten Änderungsantrag Nummer 303.

Änderungsantrag Nr. 302

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

0402/685 73-5 Wohlfahrt, Jugend und Sport/ Allgemeine Bewilligungen für Jugendwohlfahrt/Zuschüsse an Körperschaften, Verbände, Vereine usw.

1. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1970 wird von 119 000 DM um 25 000 DM auf 94 000 DM vermindert.
2. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1971 wird von 120 000 DM um 25 000 DM auf 95 000 DM vermindert.
3. Die Erläuterungen zu dieser Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Zu 685 73-5)

Die Ansätze wurden wie folgt ermittelt:

	1971 DM	1970 DM
Zuschüsse für zentrale Führungsaufgaben	60 000	60 000
Zuschuß an den Jugendhof Steinkimmen	20 000	20 000
Zuschuß an den Touristenverein „Die Naturfreunde"	9 000	9 000
Zuschuß an den Ring politischer Jugend	6 000	5 000
zusammen	95 000	94 000

Brouwer und NPD-Fraktion

Änderungsantrag Nr. 303

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

0402/685 73-5 Wohlfahrt, Jugend und Sport/Allgemeine Bewilligungen für Jugendwohlfahrt/Zuschüsse an Körperschaften, Verbände, Vereine usw.

1. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1970 wird von 119 000 DM um 15 000 DM auf 134 000 DM erhöht.
2. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1971 wird von 120 000 DM um 15 000 DM auf 135 000 DM erhöht.
3. Die Erläuterungen zu dieser Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Zu 685 73-5)

Die Ansätze wurden wie folgt ermittelt:

	1971 DM	1970 DM
Zuschüsse für zentrale Führungsaufgaben	67 500	67 500
Zuschuß für den Einsatz eines Jugendbildungsreferenten	25 000	25 000
Zuschuß an den Jugendhof Steinkimmen	20 000	20 000
Zuschuß an den Touristenverein „Die Naturfreunde"	9 000	9 000
Zuschuß an den Ring politischer Jugend	13 500	12 500
zusammen	135 000	134 000

Böhrnsen und SPD-Fraktion
John und FDP-Fraktion
Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Die beiden Änderungsanträge unterscheiden sich durch zweierlei. Einmal, der Änderungsantrag Nummer 303 hat die größere Summe zum Gegenstand. Außerdem unterscheidet sich der Änderungsantrag Nummer 302 von dem Änderungsantrag Nummer 303 dadurch, daß in dem Änderungsantrag Nummer 303 ein Zuschuß für den Einsatz eines Jugendbildungsreferenten eingesetzt worden ist. Der Änderungsantrag Nummer 302 ist am 20. November eingegangen, der Änderungsantrag Nummer 303 am 26. November.

Wer will den Änderungsantrag Nummer 302 begründen?

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Stern.

Abg. **Stern** (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 1. 6. dieses Jahres wurde vom Landesjugendring ein sogenannter Bildungsreferent eingesetzt, wobei die Mittel hierfür von der Deputation für Jugend und Wohlfahrt bewilligt worden sind. An sich wäre hierzu nichts zu sagen gewesen. Als jetzt aber hier in diesen Haushalten 1970 und 1971 je 25 000 DM für dieses Referat eingesetzt worden waren, hatten wir inzwischen erfahren, wie sich dieser Bildungsreferent in seiner Tätigkeit als politischer Bildungsreferent betätigt hatte. Wir sind nun einmal der Meinung, daß ein solcher Mann erstens überparteilich zu sein hat, zwar unabhängig, aber überparteilich, und daß er zum anderen nicht Referate hält, Bildungsvorträge politischer Art hält, die beinahe in die Anarchie gehen.

Er hat sein Amt angetreten einen Tag nachdem die Apo ihren Marsch auf unser Parteibüro, auf unser Fraktionsbüro antrat und dieses Büro dann verwüstet hat, und hat sich dann drei Wochen danach im Konsul-Hackfeld-Haus zu diesen Dingen geäußert. Ich glaube, es ist auch einmal für Sie hier interessant, die Sie es zwar damals schon gelesen haben, hier noch einmal Zeitungsberichte zu zitieren über einige Auslassungen dieses Bildungsreferenten mit Namen Runze.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Das ist nicht neu!)

Im übrigen, Herr Präsident, darf ich hier kurz einmal zitieren:

Am 20. 6. hat Herr Runze unter anderem im Konsul-Hackfeld-Haus folgendes von sich gegeben: Er meinte, die NPD sei neofaschistisch nationalistisch und versuche im zweiten Anlauf zu erreichen, was die Nazis nicht geschafft hätten. Nun fing es an, interessant zu werden, denn nun ging es an sich über den Rahmen der NPD hinaus in der unterschwelligen Meinungsbildung des Herrn Runze. Dagegen müsse Widerstand geleistet werden. Die Alternative Gewalt oder Gewaltlosigkeit sei falsch, weil die friedliche Auseinandersetzung die Herrschenden und die Rechten unterstütze, die ihrerseits bereits Gewalt angewandt hätten. Wer heute allerdings gewalttätig gegen die NPD handle, helfe nicht nur dieser in ihrer Propaganda, sondern gebe auch den Herrschenden die Möglichkeit, nach links zu schlagen. Das Ziel: Schalthebel der Macht durch die Hände der Werktätigen, Schüler und Studenten zu ersetzen.

Das, meine Damen und Herren, ist nicht fortschrittlich gedacht, auch nicht im linken Sinne, sondern das ist meines Erachtens rückschrittlich gedacht, und zwar im Sinne der Jahre 1918, 1919, 1920, als man Arbeiter- und Soldatenräte gebildet hatte. Es ist nach unserer Meinung ein sehr gefährliches Unterfangen, wenn ein solcher Mann die sich so politisch engagiert habende Jugend bilden will, gleich, aus welchen Parteien und Richtungen sie kommt.

Herr Runze hat dann unabhängig von der NPD am 14. 10. sich in Bremerhaven vorgestellt und hat da wiederum seine Meinung zur politischen Bildung kundgetan. Das sieht dann so aus: Politische Bildung ist nach seiner Auffassung der Versuch, die bisher überlieferten starren Formen der sogenannten Moral zu verunsichern, und zwar durch intensivere Informationen und Mechanismen die funktionierende Gesellschaft kritisch an sich zu nehmen. In diesem Falle meinte er die sogenannte Moral der älteren Generation, nur spricht er hier nicht vom Sex, sondern er spricht wohl von der Moral, die mit Gesetzestreue und mit den Dingen zu tun haben, die zum anderen auch die Staatstreue beinhalten, und er spricht dann wohl davon und möchte dieser Jugend beibringen, was die gewaltvolle Apo in Berlin und auch hier in Bremen, in Frankfurt und überall in Deutschland schon getan hat, möchte ihr beibringen, daß man diese Gesellschaft, die Herrschenden dieser Gesellschaft, das sind ja hier in Bremen zum Beispiel die Koalitionsparteien SPD und FDP, soweit verunsichern möge, daß man eines Tages dazu kommt, daß Politik nicht mehr hier in diesem Parlament gemacht wird, sondern die Politik dann von der Straße her gemacht wird.

(Zuruf des Abg. Ströh [SPD]

Da können Sie noch so viel zwischenrufen, Herr Ströh, das, was sich hier während der Straßenbahnunruhen 1968 manifestierte und wo unser Bürgermeister damals gesagt hat, er würde dem Druck der Straße nicht stattgeben — er hat ihm stattgeben müssen leider Gottes —, führte in direkter Folge zu teach-ins im Kaminsaal des Rathauses. Auch das, Herr Bürgermeister,

(Bürgermeister Koschnick: Werfen Sie mir vor!)

halte ich für etwas unglücklich, wenn man dann im Bild sieht, wie Sie am Mikrophon stehen und vor Ihnen im Kreis sitzend die Jugendlichen — im altehrwürdigen Rathaus — und stellen Ihnen Fragen, und die Presse berichtet dann entsprechend.

(Abg. Kähler [SPD]: Brechen Sie sich nur nicht Verzierungen ab, Herr Stern! — Abg. Fröhlich [SPD]: Was soll denn das!)

Ich bin der Meinung, daß ein solcher Mann nicht der richtige Mann ist, der hier Jugend — ich möchte das noch einmal betonen —, gleich, aus welcher Richtung sie kommt, zu bilden hat. Deshalb haben wir diesen Änderungsantrag gestellt auf Streichung der Mittel für diesen Herrn Runze. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der NPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Ehlers.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Zur Geschäftsordnung!)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD): Darf ich das verehrte Präsidium darauf aufmerksam machen, daß dieser Änderungsantrag geschäftsordnungsmäßig gar nicht hätte behandelt werden dürfen. Der Änderungsantrag der drei anderen Fraktionen ist sehr viel weitgehender und hätte als erster zur Verhandlung gestellt werden müssen.

Vizepräsident Dr. Zander: Herr Böhrnsen, dieser Änderungsantrag wird als erster zur Abstimmung gestellt.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Nein, das geht nicht, dann hätten Sie ihn auch zuerst zur Verhandlung stellen müssen.)

Beide Änderungsanträge sind ja zur Verhandlung gestellt worden. Ich habe nur in der zeitlichen Reihenfolge den NPD-Antrag zuerst zur Verhandlung gestellt.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Nein, das geht nach der Höhe!)

Bitte, Herr Abgeordneter Ehlers.

Abg. **Ehlers** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich muß offen gestehen, daß ich, als ich diesen Antrag zum ersten Mal gesehen hatte, leicht schmunzeln mußte, und zwar schmunzeln mußte deshalb

(Abg. Götze [SPD]: Runzeln!)

— schmunzeln, nicht runzeln! —, weil er so ein wenig aussieht nach „Rache des Verlierers".

(Abg. Brouwer [NPD]: Oh!)

Herr Brouwer, es ist ja kein Geheimnis, daß die junge Generation sich in dem hinter uns liegenden Bundestagswahlkampf stärker als bisher engagierte,

(Beifall bei der SPD)

und daß die Stoßrichtung dabei nicht nur, aber in erster Linie gegen die NPD ging. Ein solcher Antrag nach einer solch verlorenen Bundestagswahl — aus Ihrer Sicht —

(Abg. Fichtner [NPD]: Sie haben sie ja auch nicht gerade gewonnen! — Heiterkeit)

ist deshalb auch kein Ausdruck echter demokratischer Gesinnung.

Ich mache keinen Hehl daraus, daß auch wir gewisse Bedenken gegen Tendenzen haben, die sich hier und da gelegentlich zeigen. Tendenzen, die eine, wie ich meine, gefährliche Ideologisierung der Jugend fördern können. Eine Ideologisierung, die wir — die Generation, zu der ich gehöre — glaubten, endlich überwunden zu haben, vielleicht mit Ausnahme des Herrn Kollegen Horst-Werner Franke, der sich in dieser Rolle immer gut gefällt.

Meine Damen und Herren, aber trotz dieser Bedenken sind wir gegen diesen Streichungsantrag, weil sich nach unserer Überzeugung diese Demokratie selbst ein Armutszeugnis ausstellen würde, wenn sie sich in solchen Situationen für einen Mittelentzug aussprechen würde.

(Abg. John [FDP]: Sehr richtig!)

Ich bin persönlich auch kein Anhänger eines Parteienverbots. Das lehne ich für mich genauso ab. Ein demokratisches Gemeinwesen, ein demokratischer Staat muß seinen Bürgern einen breiten Spannungsbogen an Freiheit, an Meinungsfreiheit garantieren, um mit Recht das Prädikat „demokratisch" für sich in Anspruch nehmen zu können.

Meine Damen und Herren, wenn wir eine Aufgabe nach dieser etwas unruhigen Phase haben, dann ist es doch die Aufgabe, daß wir uns um ein neues Vertrauensverhältnis zur jungen Generation bemühen. Das kann man nicht mit solchen Anträgen.

(Beifall bei der SPD)

Ich warne auch davor, jeden Kritiker gleich als Gegner der Demokratie oder als Staatsfeind abzustempeln. Wir sollten hier mehr differenzieren. Die Zitate, die Herr Stern hier vorgetragen hat, hat er sehr einseitig ausgewählt. Ich kenne auch andere von Herrn Runze.

Im übrigen, meine Damen und Herren, unsachliche Kritik und unsachliche Reformvorschläge disqualifizieren sich nach meiner Meinung selbst. Es hat schon so manchen gegeben, der mit seinem gerade eben erworbenen Schulwissen manches gesagt hat, an das er später nicht erinnert werden möchte.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Das ist richtig!)

Insofern meine ich: Jugend schießt gelegentlich übers Ziel, auch wenn sie studiert hat. Wir sollten das nicht alles so tragisch nehmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Aber von all dem abgesehen, bin ich der Meinung, daß man sich, wie ich es hier für meine Fraktion eine ganze Reihe von Jahren getan habe, wenn ich mich für die Unabhängigkeit der freien Jugendarbeit gegenüber dem Staat eingesetzt habe, zu dieser Unabhängigkeit auch dann bekennen muß, wenn einmal eine Entscheidung in diesem freien Bereich gefällt wird, die uns nicht so ganz schmeckt.

(Bürgermeister Koschnick: Sehr richtig!)

Sonst wird man unglaubwürdig.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Ich kann der NPD-Fraktion nur empfehlen, ihren Antrag zurückzuziehen und mit besseren Vorsätzen ins neue Jahr zu gehen.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Ostendorff.

Abg. **Ostendorff** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich kann es ganz kurz machen: Der geschätzte Kollege Stern war mit diesem Antrag wirklich auf dem falschen Dampfer! Ich kann doch unmöglich, wenn mir ein Lehrer nicht gefällt, deshalb die Schule abschaffen. Darum geht es doch hier: Ihm gefällt die Person des derzeitigen Referenten beim Landesjugendring nicht, und deshalb will er ihn töten, indem er die Mittel streicht. Das halte ich für falsch.

Der Landesjugendring ist eine Einrichtung, die ihre Beschlüsse einstimmig faßt. Sie haben sich einstimmig diesen Referenten ausgesucht. Ob sie ihn auf die Dauer werden halten können oder nicht, steht ja gar nicht zur Debatte. Es steht auch gar nicht zur Debatte, ob er gut ist oder ob er Äußerungen gemacht hat, die schlecht sind, sondern hier steht zur Debatte der Betrag, aus dem irgendein Referent bezahlt wird. Und weil der derzeitige Referent was Häßliches gesagt hat, kann ich nicht die Mittel streichen.

(Abg. Uhde [SPD]: Wer weiß, ob er es gesagt hat!)

Oder gesagt haben soll!

Ich will gar nicht auf die Person eingehen, sondern ich will nur für meine Freunde und mich klarmachen, daß dieser Antrag an der Sache völlig vorbei geht, und ich möchte für die Freien Demokraten sagen, wir werden diesem Streichungsantrag unter keinen Umständen zustimmen, wobei ich ausdrücklich erkläre: Damit ist kein Votum für oder gegen den derzeitigen Stelleninhaber, der aus den Mitteln dotiert wird, gegeben. Ich betone: Der Geldbetrag soll bleiben, aber damit ist kein Votum für oder gegen eine Person gegeben. Das wär's!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Worum geht diese Debatte überhaupt? Diese Debatte geht nicht in erster Linie gegen die Einsetzung des Betrags von 25 000 DM, sondern die geht tatsächlich, wie Herr Kollege Ostendorff schon andeutete, gegen die Person des Politologen, der ja letzten Endes als Angestellter der Behörde untersteht.

(Abg. Ostendorff [FDP]: Nein! — Bürgermeister Annemarie Mevissen: Nein, kein Arbeitsvertrag!)

Ja zumindest aber unter dem Schutz der Behörde.

(Zurufe von SPD und FDP: Nein, nein! — Abg. Fichtner [NPD]: Zu Lasten der Behörde!)

Ich stehe persönlich auf dem Standpunkt, wenn ein Politologe hier öffentlich erklärt, daß die Schalthebel der Macht durch die Hände der werktätigen Schüler und Studenten ersetzt werden sollen, dies eine glatte Aufforderung zu Unruhestiftung und letzten Endes, wenn man ganz weit gehen will, zur Revolution ist. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir von vornherein hier in diesem Hohen Hause eine entsprechende Erklärung aus dem Munde von Frau Bürgermeister Mevissen als wohl Dienstvorgesetzte hierzu gehört hätten, wären wir nie auf den Gedanken gekommen, einen entsprechenden Antrag einzureichen, wenn wir gewußt hätten, daß, ich möchte sagen, diese Einstellung im Jugendring von uns kritisiert und abgelehnt wird. Aber diese Bemerkung ist gefallen, ohne daß irgendwie hierzu Stellung genommen worden ist. Darum dreht es sich!

Wir wollen nicht die 25 000 DM im Grunde genommen gestrichen haben,

(Abg. Ostendorff [FDP]: In dem Antrag steht es aber drin!)

wenn der Betreffende umgeschult — —

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD)

Ich sehe bei Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß diese Einstellung, die Herr Runze hier bekanntgegeben hat, scheinbar auch Allgemeingut oder Gedankengut von einer Reihe von Abgeordneten hier ist, und das erschreckt mich, meine sehr geehrte Damen und Herren, auf das Höchste. Wenn das so ist, dann ist allerdings unser Antrag völlig sinnlos.

Abg. Schnakenberg [SPD]: Sicher!)

Wir glaubten, diese Debatte hier durchführen zu müssen, um eine einheitliche Meinung dieses Hohen Hauses gegen einen solchen Hinweis hier im Hause zu bekommen.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Herr Brouwer, sind Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten Franke zu beantworten?

Abg. **Brouwer** (NPD): Ja, gern!

Vizepräsident Dr. Zander: Bitte, Herr Franke!

Abg. **Franke** (SPD): Herr Kollege Brouwer, ist nicht denkbar und wünschenswert, daß der Wunsch von Schülern und Studenten, an die Schalthebel der Macht zu gelangen, sich etwa so abspielen könnte, daß sie verstärkt sich in politischen Parteien engagieren, um die politischen Parteien als legitime Sachwalter der Machtausübung mit neuen Ideen zu erfüllen?

Abg. **Brouwer** (NPD): Ich weiß nicht, Herr Kollege Franke, ob diese Ihre Äußerungen nun insofern mich überzeugen können, weil letzten Endes der Aufruf zur Gewaltanwendung in der Politik ja wohl das ist, wogegen sich jeder Abgeordnete in diesem Hohen

Hause wenden sollte. Und ich meine deshalb, daß es unsere Aufgabe wäre, gegen solche Erklärungen hier ganz energisch Stellung zu nehmen.

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Bugla.

Abg. **Bugla** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem ich die Diskussionsbeiträge der Vertreter der NPD-Fraktion zu dem hier in Rede stehenden Antrag gehört habe, stellt sich für mich unwillkürlich und ohne Böswilligkeit die Frage, ob das nicht eine Mißachtung des gesamten Parlaments ist. Hier wird ein Antrag eingebracht, in dem dann in der Begründung selber gesagt wird, wir wollen das gar nicht, wir wollen nur eine Person treffen, und nicht etwa den Haushalt und die Kürzung, die wir hier beantragt haben.

Meine Damen und Herren, wenn wir nur Anträge stellen, um etwas ganz anderes zu erreichen, um eine Debatte zu erreichen, die auch hätte hineinkommen können in die Grundsatzaussprache — dazu hätte es eines solchen Scheinantrags überhaupt nicht bedurft —, dann kommt es mir jedenfalls so vor, als wenn das eine Mißachtung des Parlaments wäre.

Nun, meine Damen und Herren, gebe ich bei diesem Antrag doch folgendes zu überlegen: Ohne Rücksicht auf die Frage, wie der eine oder andere zu der Person, die ja hier ganz deutlich von den Vertretern der NPD angesprochen worden ist, ohne Rücksicht darauf, wie man zu dieser Person steht, stelle ich die Frage, ob dieses Parlament und ob die zuständige Deputation sich in die Rolle begeben will, daß sie Personalentscheidungen von Verbänden, die irgendwelche Zuschüsse bekommen, persönlich beeinflussen will. Ich kann nur vor diesem Weg warnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe vielleicht sogar ein bißchen Verständnis für die NPD, daß sie sich gegen eine solche Person wendet, weil der Zorn der Jugend sich gegen diese rechtsextremen Kräfte gewandt hat. Ich unterstreiche wortwörtlich, was Herr Runze in diesen Passagen zur NPD gesagt hat. Das ist auch meine Meinung.

(Abg. Marta K r u s e [NPD]: Was heißt extrem?)

Ich bin nicht bereit, meine Damen und Herren, solchen Anträgen im Negativen zu folgen oder positive Anträge, das heißt Erhöhung von Mitteln für Verbände — und hier Ausgaben für den Landesjugendring, für den Ring politischer Jugend —, davon abhängig zu machen, ob diese Jugend sich wohlverhält und ob sie uns mit ihren Aussagen immer paßt. Meine Damen und Herren, wenn wir das täten, wenn das der Maßstab der Leistung von Zuschüssen für bestimmte Aufgaben wäre, dann würden wir uns immer wieder in diesem Haus in Diskussionen finden mit unterschiedlichen Auffassungen. Diese Gruppen und diese Jugend werden oft etwas sagen, was uns im einzelnen nicht paßt, aber vielleicht einmal ganz heilvoll für den einzelnen ist, um über die Situation nachzudenken. Wenn die Jugend nur das damit erreicht, dann hat es schon seinen Sinn gehabt.

Meine Damen und Herren, ich muß mich sehr wundern, daß solche Anträge hier gestellt werden dürfen, bei denen dann gleich erklärt wird, das wollen wir gar nicht, denn dann müßte konsequenterweise diese NPD-Fraktion diesen Antrag gleich selbst wieder zurückziehen.

Aber darf ich in dem Zusammenhang — und ich glaube, ich habe den Herrn Präsidenten richtig verstanden — auch zu dem Änderungsantrag 303 etwas sagen:

Die drei Fraktionen SPD, FDP und CDU haben entgegengesetzt gesagt, wir sind der Auffassung, daß eine Reihe und Fülle von Aufgaben auf diese Verbände, auf diese Jugendorganisationen, sei es der Ring politischer Jugend mit seinen angeschlossenen Organisationen, zukommt, zum Beispiel, wenn ich an das Gebiet denke, das sich durch Herabsetzung des Wahlalters für den Bundestag und das auch für Bremen, so hoffe ich, in ganz kurzer Zeit ergibt.

Diese drei Fraktionen haben gesagt, genau den umgekehrten Weg müssen wir gehen, wir müssen diese Verbände instandsetzen, dieser Jugend die entsprechenden Hilfen zu geben, damit sie politisch mitdenken und mitentscheiden kann, und sie soll ja auch in kürzester Zeit mit 18 Jahren politisch mitverantworten, zum Beispiel durch Vornahme einer Wahlhandlung. Diese drei Fraktionen sind entgegen der NPD zu der Auffassung gekommen, den in Frage stehenden Haushaltstitel um 15 000 DM im Landeshaushalt aufzustocken, und ich bitte, meine Damen und Herren, diesem Änderungsantrag Nummer 303 Ihre Zustimmung zu geben. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Nunmehr hat Herr Bürgermeister Koschnick das Wort.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es sind einige konkrete Fragen gestellt worden, meistens vom Herrn Abgeordneten Brouwer, zum Beispiel ob das Parlament — Hohe Haus darf ich ja nicht mehr sagen — etwa die Gedanken des angesprochenen R e f e r e n t e n d e s L a n d e s j u g e n d r i n g e s als Allgemeingut übernehmen und sie bejahen würde.

Nun lassen Sie mich noch einen kurzen Ausflug in die Bundestagswahl machen. Da hatte Herr Abgeordneter Brouwer in einem „Offenen Brief" mich aufgefordert, zurückzutreten: „Wenn ich Sie wäre, würde ich zurücktreten, Herr Koschnick!" Das gleiche hat mit ähnlichen Worten Herr Runze gesagt. Beiden Herren bin ich nicht gefolgt.

(Heiterkeit)

Auch meine ich, daß man nicht sagen muß, wenn einer eine andere Meinung hat als ich oder Sie, so müsse er umgeschult werden nach dem Motto: Den-

ken macht frei. Diese Umschulungslager haben wir hinter uns.

(Abg. Filzen [CDU]: Gott sei Dank!)

Ich möchte mich in eine kritische Auseinandersetzung begeben und damit gar nicht sagen, daß ich alles gern unterschreiben möchte, was dieser Politologe über diesen Staat und diese Gesellschaft sagt. Ich bin in vielen Dingen völlig anderer Meinung. Aber, verzeihen Sie, ich war auch einmal Mitglied des Landesjugendringes in Bremen und habe damals auch an Resolutionen und Beschlüssen mitgewirkt, die ich heute auch nicht mehr voll unterschreiben würde.

(Heiterkeit — Abg. Filzen [CDU]: Das ist der Lauf der Welt!)

Ich glaube einfach, man muß diese kritische Auseinandersetzung in der Sachargumentation führen, und nicht um den Geldbeutel.

Und dabei, Herr Stern, darf ich mich an Sie wenden und darf mich bei diesem Parlament noch einmal herzlich dafür bedanken, daß es mehr Mittel für politische Bildung zur Verfügung gestellt hat. Denn die Erklärung, die Arbeiter- und Soldatenräte 1918 bis 1921 wären rückschrittlich und reaktionär gewesen, zeigt einfach auch, wie wenig Kenntnisse vorhanden sind. Erstens gab es im Jahr 1920/21 keine Arbeiter- und Soldatenräte mehr, zweitens haben die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte in freier Entscheidung den Weg der Sowjetunion nicht mitgemacht, sondern den Weg zu Weimar bestimmt. Das sollte man in aller Eindeutigkeit hier einmal sagen.

(Beifall bei der SPD)

Es waren diese Räte, die verhindert haben, das, was damals der Spartakusbund und die KPD wollte, mitzumachen. Und ich meine, wenn wir schon geschichtliche Faktoren hier aufzeigen, dann sollten wir die Wahrheit sagen oder, wenn man es nicht weiß, nachlesen. Auch hier werden Kurse mit zur Verfügung stehen.

(Heiterkeit)

Das letzte, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das teach-in beim Bürgermeister. Im ehrwürdigen Kaminsaal haben doch tatsächlich mehr oder weniger gutgewaschene junge Leute sich hingesetzt, um mit mir zu diskutieren, und da habe ich hinter dem Mikrophon gestanden. Ja, ich muß Ihnen persönlich sagen, ich diskutiere wirklich lieber im Kaminsaal mit ihnen als auf dem Domshof. Und wenn Wünsche da sind, mit uns zu sprechen, wollen wir uns stellen, so meine ich. Das haben wir doch nicht nur als platonische Erklärung gesagt. Und wenn die Jungen unangenehme Fragen stellen, müssen wir doch Manns genug sein, darauf eine Antwort zu geben. Ob sie akzeptiert wird, ist eine andere Frage. Ob mir alles gefällt, was als Meinung vorgetragen wird, ist meine Frage.

Aber wenn wir uns versagen in diesen Auseinandersetzungen, wenn wir Hallen und Gebäude unter Denkmalschutz stellen, in denen man dann mit jungen Menschen, insbesondere, wenn sie so kritisch sind, nicht argumentieren kann, dann können wir gleich nach Hause gehen. Diese Form von Autorität ist Gott sei Dank vorbei. Von mancher anderen wäre es mir sehr lieb, wir könnten sie noch retten. Etwa nicht Respekt vor dem Amt, aber gegebenenfalls Respekt vor der älteren Generation, und noch einige andere Fragen mehr. Aber das ist keine Frage, um die ich mit den jungen Vertretern gestritten habe. Da ging es um ganz handfeste politische Fragen. Ich weiß nicht, ob ich sie überzeugt habe, vielleicht habe ich sie nicht überzeugt.

Aber sie haben meine Antwort gehört, und ich habe ihre Fragen gehört, und umgekehrt hat das Parlament das gleiche getan. Ja, ist denn eigentlich dieses Parlamentsgebäude weniger wert als der Kaminsaal des Rathauses? Sind in diesen sechziger Jahren schon so große Meinungsverschiedenheiten und Differenzen zwischen uns aufgetaucht, das wir darüber noch streiten müßten? Meine Damen und Herren, was sind das eigentlich für Vorstellungen, und wie wollen wir dabei morgen in eine wirkliche kritische Auseinandersetzungen mit Jüngeren und mit Älteren eintreten? Das ist nicht einmal mehr Wilhelm! Das liegt vor Friedrich II.!

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Stern.

Abg. **Stern** (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin erfreut, daß der von mir hier eingebrachte Antrag soviel Resonanz gefunden hat.

(Lachen bei der SPD — Zuruf von Abg. Kähler [SPD])

Ich bin weiterhin erfreut, doch! Es ist da über ein Problem diskutiert worden, Herr Kollege Kähler, über das hier sonst kaum einmal diskutiert wird, es sei denn, mit vorgefaßten Meinungen. Wir sind hier weder, wie Herr Bugla meinte, böswillig in der Mißachtung des Parlaments noch wollten wir, wie Herr Kollege Ehlers sagte, die Rache des kleinen Mannes wegen einer verlorenen Wahl. Das stände uns nicht an — mein Kollege Brouwer hat das vorhin schon richtiggestellt —, das stände Ihnen eher an. Noch wollten wir hier irgendwelche Unabhängigkeit zerstören.

Wir wollen schon gar nicht, wie der Herr Bürgermeister eben meinte, uns, sagen wir einmal, dem Gespräch mit der Jugend entziehen oder verurteilen, daß diese Jugend anderes will — das ist in diesem Hause schon sehr oft besprochen worden — als Sie oder wir es wollen. Ich erinnere an ein Referat, das Frau Müller-Wolff einmal hier gehalten hat, in dem sie einmal feststellte oder feststellen wollte: Was will eigentlich diese Jugend noch von uns. Wir haben — ich glaube, ich zitiere Sie sinngemäß richtig, Frau

Kollegin — ihr doch alles gegeben, was man dieser Jugend geben kann.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Da zitieren Sie mich ganz falsch!)

Wir haben Lern- und Lehrmittelfreiheit, die Möglichkeit in der Zukunft, und so weiter. Sie haben darüber fast eine dreiviertel Stunde gesprochen.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Ich weiß doch, was ich gesagt habe, Herr Stern!)

Immer in dieser Fragestellung. Doch, das können wir im Protokoll nachlesen. Ich weiß genau, was ich gelesen und gehört habe.

Hier geht es doch einfach darum, daß der Mann, der hier heute diese 25 000 DM pro Jahr erhält, nicht an dem richtigen Platz sitzt. Es geht doch einfach darum, daß diese Art der politischen Bildung, wie dieser Mann sie hier betreibt — ich versuchte es ja, an Hand der kurzen Zitate aus der Zeitung klarzumachen —, einmal der Weg sein wird, der zur Gewalt führt.

Sie wissen, daß es zwei Gruppen von politisch engagierten Jugendlichen gibt, die zum Teil auch der Apo angehören.

(Abg. Bugla [SPD]: Begreifen Sie doch endlich, daß das nicht Aufgabe des Parlaments ist!)

Die eine ist diejenige, die sich geistig auseinandersetzen möchte. Das sind diejenigen, die sich wahrscheinlich bei Ihnen befunden haben. Und die anderen sind die, die auf die Straße gehen, die hier nicht demonstrieren, sondern die Aktionen haben wollen! Das sind diejenigen, die mit diesen Aktionen Dinge betreiben wollen, wie sie in Berlin jetzt passiert sind, indem man — auch das konnten Sie in den Zeitungen in den letzten Tagen nachlesen — heute Richter, Staatsanwälte und andere bedrohte, daß man Bombenpakete verschickt, weil dort ein Apo-Anhänger zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden ist.

(Abg. Stäcker [SPD]: Wollen Sie etwa diese Parallele ziehen?)

Diese Parallele ziehe ich sehr wohl, wenn das, was Herr Runze ausführte und was ich zitierte, eines Tages der Fall sein würde.

Darum nochmals unsere Meinung, daß dieser Mann fehl am Platze ist. Wie man ihn in dieser Hinsicht von seinem Posten bringt, ist eine andere Frage. Besser ist es doch immer, wenn man Mittel entzieht

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Natürlich, das ist immer besser!)

— Herr Bugla hat vor einem solchen Weg gewarnt —, als wenn man vielleicht, wie es Herr Runze später einmal haben möchte oder auch seine Nachfolger, mit Gewalt Leute von ihren Ämtern entfernt und sie dann vielleicht sogar in die Gefängnisse bringt. — Ich danke Ihnen!

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Brouwer zur Geschäftsordnung.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedaure, daß ich erst heute erfahre, und zwar durch Frau Bürgermeister Mevissen, daß die Einstellung des Politologen nur durch den Jugendring erfolgt. Ich muß Ihnen gestehen, daß ich geglaubt habe, daß die Einstellung dieses betreffenden Politologen durch den Senator für das Jugendwesen durchgeführt wird. Dadurch richtet sich unser Änderungsantrag an die falsche Adresse.

Ich ziehe aus diesem Grund, aber nur aus diesem Grund, den Änderungsantrag zurück.

Vizepräsident Dr. Zander: Der Änderungsantrag Nummer 302 ist zurückgezogen.

Ich stelle den Änderungsantrag Nummer 303 zur Abstimmung.

Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Ich danke Ihnen! Der Änderungsantrag ist angenommen.

(Dafür SPD, FDP und CDU)

0402/984 Zuweisungen für die Familienerholung

Hierzu liegen die Änderungsanträge Nummer 304 und 305 vor:

Änderungsantrag Nr. 304

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

0402/984 24-4 Wohlfahrt, Jugend und Sport/Allgemeine Bewilligungen für Jugendwohlfahrt/ An HSt. 3431/384 24-7, Zuweisungen für die Familienerholung

1. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1970 wird von 520 000 DM um 40 000 DM auf 560 000 DM erhöht.
2. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1971 wird von 520 000 DM um 60 000 DM auf 580 000 DM erhöht.

Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Änderungsantrag Nr. 305

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

0402/985 24-0 Wohlfahrt, Jugend und Sport/Allgemeine Bewilligungen für Jugendwohlfahrt/An Bremerhaven, Zuweisungen für die Familienerholung

1. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1970 wird von 130 000 DM um 10 000 DM auf 140 000 DM erhöht.
2. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1971 wird von 130 000 DM um 20 000 DM auf 150 000 DM erhöht.

Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Ehlers.

Abg. **Ehlers** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Das Thema „Mehr Mittel für die Familienerholung" beschäftigt dieses Haus nicht zum ersten Mal bei den Haushaltsberatungen. Ich denke immer noch an die Zeit zurück, als meine Fraktion ursprünglich die Anregung aufgriff, für die Familienerholung öffentliche Mittel bereitzustellen und die Koalition diesen Antrag seinerzeit mit der Begründung ablehnte — ich habe den Betrag nicht mehr im Kopf —, das sei ja alles viel zu wenig Geld, damit könne man nichts machen, da wolle man lieber ein Jahr warten und dann einen vernünftigen Betrag einsetzen.

Meine Damen und Herren, Sie haben heute Gelegenheit, sich für diesen vernünftigen Betrag einzusetzen, indem Sie unseren Antrag auf Erhöhung zustimmen.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Sie werden lachen, das tun wir sogar!)

Da der Herr Kollege Böhrnsen in seiner Haushaltsrede darauf hingewiesen hat, einer Reihe von CDU-Anträgen zustimmen zu wollen, darf ich vielleicht annehmen, daß diese beiden Anträge dazugehören.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Sie gehen recht in der Annahme!)

Aber noch einige wenige Worte. Wir haben für das Jahr 1969 für die Familienerholung in Bremen — Änderungsantrag Nummer 304 — einen Betrag von 30 000 DM nachbewilligen müssen. Wenn wir jetzt eine Erhöhung um 40 000 DM für 1970 und um 60 000 DM für 1971 vorschlagen, dann deswegen, weil wir eine Zuwachsrate einbauen möchten im Hinblick darauf, daß erstens die Zahl der Kinder — davon ist hier ja so oft die Rede im Zusammenhang mit dem „Kinderberg" — im Steigen ist, und man zweitens auch berücksichtigen soll, daß die Möglichkeit, für Famielienerholung öffentliche Mittel beantragen zu können, sich von Jahr zu Jahr in der Bevölkerung mehr herumspricht. Wir sollten hier gleich Nägel mit Köpfen machen und nicht nur den Fehlbetrag von 1969 einsetzen, sondern vorausschauend etwas mehr einwerben.

Aus dieser gleichen Begründung haben wir auch für Bremerhaven, obwohl die Mittel in 1969 dort ausgereicht haben, für 1970 10 000 DM und für 1971 20 000 DM mehr vorgesehen. Es ist also kein Show-Antrag, wir sind hier bei verhältnismäßig geringen Erhöhungen geblieben, wenn ich mir einmal andere Haushaltstitel ansehe. Wir glauben aber, daß diese Ansätze der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit entsprechen. Wir haben also die Möglichkeit, das jahrelange Katz-und-Maus-Spiel heute zu beenden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Bugla.

Abg. **Bugla** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Ehlers hat hier in so beredten Worten die Änderungsanträge Land 304 und den Parallelantrag Land Nummer 305 begründet. Ich darf mir gestatten, gleich darauf hinzuweisen, daß im Stadthaushalt korrespondierende Anträge sind.

Auch meine politischen Freunde und ich messen der Familienerholung ein erhebliches Gewicht bei. Es ist richtig, daß die Mittel für 1969 durch einen entsprechenden Antrag aufgestockt worden sind, weil wir davon ausgingen, daß möglicherweise im Rest des Jahres die Gefahr bestünde, daß wir Anträge nicht mehr entsprechend positiv bescheiden könnten. Das war also eine reine Vorsichtsmaßnahme. In Bremerhaven haben die Mittel ausgereicht, und in Bremen wird von dem nachbewilligten Betrag von 30 000 DM nur ein kleiner Teil benötigt werden. Aber das schadet nichts. Wir sind dieser Frage absolut offen gegenüber, und ich darf für meine politischen Freunde und mich persönlich erklären, daß wir diesen Anträgen und den korrespondierenden Anträgen der CDU im Stadthaushalt unsere Zustimmung geben werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle die beiden Änderungsanträge Nummer 304 und Nummer 305 zur Abstimmung.

Wer für die Annahme dieser Änderungsanträge ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Beide Änderungsanträge sind angenommen.

(Einstimmig)

0403/685 Förderung des Leistungssports

Dazu liegt der

Änderungsantrag Nr. 306

vor:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

0403/685 95-0 Wohlfahrt, Jugend und Sport / Allgemeine Bewilligungen für Leibesübungen/Förderung des Leistungssports

1. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1970 wird von 40.000 DM um 60.000 DM auf 100.000 DM erhöht.
2. Der Anschlag für das Haushaltsjahr 1971 wird von 40.000 DM um 90.000 DM auf 130.000 DM erhöht.

Böhrnsen und SPD-Fraktion
John und FDP-Fraktion
Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Kähler.

Abg. **Kähler** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Daß der Sport heute zu einem wesentlichen Faktor in unserer Gesellschaft geworden ist, dürfte allgemein anerkannt

und nicht mehr umstritten sein. Die körperliche Betätigung und die damit erreichte Förderung der Gesundheit hat dazu geführt, daß die Unterstützung des Sports und der sporttreibenden Organisationen allgemein anerkannt wird. Überwiegend wurde bisher im Land Bremen der sogenannte Breitensport gefördert. Neben dem Bau von allgemeinen Sportstätten wird seit 1965 die unentgeltliche Benutzung der Schulturnhallen und der Bäder im Land Bremen zu Übungszwecken ermöglicht. Über 120 Schulturnhallen stehen unseren Vereinen kostenlos zur Verfügung. Wie wir alle wissen, mit gewissen Einschränkungen, die bei Benutzung von Schulräumen eben gemacht werden müssen.

Als Zuschuß an die Vereine zur freien Benutzung der Hallenbäder stehen im Haushalt jährlich 280 000 DM bereit. Seit 1965 werden den Vereinen Mittel zur Verfügung gestellt, damit sie ihre Übungsleiter beschäftigen können. Dafür werden zur Zeit 180 000 DM im Haushalt des Senators für Jugend, Wohlfahrt und Sport bereitgestellt.

Im deutschen Sport gibt es aber nicht nur den sogenannten Breitensport, sondern wir kennen dort weiterhin noch den Leistungssport und den Hochleistungssport. Vom Hochleistungssport soll hier in diesem Antrag nicht gesprochen werden, sondern wir sind der Meinung, daß die Förderung des Hochleistungssports in Regional- beziehungsweise Bundesleistungszentren durchgeführt werden soll. Mit unserem Antrag möchten wir den Leistungssport hier im Land Bremen fördern, und zwar jene Gruppe von Sportlern, die aus der Basis, also vom Breitensport herkommend, bereit und in der Lage sind, mehr zu leisten. Bisher haben wir dem Leistungssport hier im Land Bremen nur aus Wettmitteln Zuschüsse für Beteiligung an Deutschen Meisterschaften beziehungsweise ähnlichen Veranstaltungen gegeben. In begründeten Ausnahmefällen haben wir versucht, weiterhin aus Wettmitteln den Leistungssport in Bremen zu fördern.

Nach der Tagung des Deutschen Sportbundes im Bremer Rathaus ist es allgemein anerkannt worden, daß es notwendig sein wird, den Leistungssport stärker zu fördern. Eine verstärkte Förderung des Leistungssports geht aber über die Finanzkraft der Sportverbände. In der Deputation für Leibesübungen bestand Übereinstimmung, hier helfend einzugreifen. Da aber bei den diesjährigen Haushaltsberatungen innerhalb der Deputation noch nicht die genaue Planung zur Förderung des Leistungssports des Landessportbundes vorlag, setzte die Deputation seinerzeit für jedes Haushaltsjahr, also für 1970 und 1971, je 40 000 DM ein.

In der Deputationssitzung im September dieses Jahres legte uns dann der Erste Vorsitzende des Landessportbundes das vom Landesausschuß zur Förderung des Leistungssports nach den Richtlinien des Deutschen Sportbundes erarbeitete Arbeitsprogramm vor und bat um die Unterstützung der Deputation für Leibesübungen. In diesem Programm sind enthalten die Anschaffung von Spezialsportgeräten, Ausbau der Sportschule, Lehrgangskosten und so weiter, vor allen Dingen aber die Position, die mit 112 000 DM veranschlagt ist, nämlich Mitfinanzierung der Landestrainer, hauptamtlichen Trainer und Honorartrainer.

Beim Einsetzen der Trainer wird es in einigen Sparten zu Schwierigkeiten kommen. Zur Zeit wird man noch die Schwierigkeit haben, einen hauptamtlichen Trainer im Schwimmsport anzusetzen, weil nach Meinung des Schwimmverbandes die bessere Trainingsmöglichkeit im Schwimmsport noch nicht gegeben ist. Zwischenzeitlich ist es aber zu einer Modifizierung der Nutzungsmöglichkeit der Bäder durch die Sportschwimmer gekommen. Und nicht zuletzt — ich glaube, ich kann sagen, auch gerade deshalb — wird die Deputation für Leibesübungen bis zur nächsten Badesaison drei weitere Schwimmbäder mit einer Erwärmungsanlage versehen. Die Deputation hat 220 000 DM als Nachbewilligungsanträge beschlossen, um damit das Schlosspark- und das Heidbergbad zu beheizen. Daneben steht die Beheizung des Freibades Blumenthal im Raume. Bekannt ist, daß das Kuratorium 42 000 DM zur Verfügung hat. Die Gesellschaft für öffentliche Bäder wird 30 000 DM einschießen, und der Bauausschuß der Deputation für Leibesübungen hat beschlossen, weitere 33 000 DM einfließen zu lassen, so daß damit das dritte Freibad bis zur nächsten Badesaison beheizt sein wird. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß dieser Beschluß des Bauausschusses einstimmig gefaßt wurde, also auch mit den Stimmen der CDU. Und gestatten Sie mir diese Randbemerkung: Von daher verstehe ich den Antrag im Stadthaushalt in Höhe von 60 000 DM nicht.

Ich darf abschließend sagen, daß es nicht möglich sein wird, gleich zu Beginn des Anlaufens des Programms alle hauptamtlichen Trainer zu beschäftigen. Wir werden zu Beginn unser Hauptaugenmerk darauf richten müssen, erst einmal die Voraussetzungen für den echten Leistungssport zu schaffen, und zwar Anschaffung der erforderlichen Geräte und dann zu helfen, die notwendigen Trainer zu beschäftigen. Ich darf dieses Haus bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. — Ich danke sehr!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Gassdorf.

Abg. **Gassdorf** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nun, Herr Kollege Kähler, ich habe gar nicht gewußt, was man bei geschickter Formulierung alles in einen Antrag hineinpacken kann, der sich ausschließlich auf die Förderung des Leistungssports bezieht.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Gelernt ist gelernt!)

Es war für mich eine große Bereicherung parlamentarischer Geschicklichkeit.

(Zurufe von der SPD)

Das ist klar, aber man nimmt ja solche Ratschläge erfahrener Parlamentarier gern an. Ich meinte, wir hätten über diese Angelegenheit am Montag zu beraten. Nun denn! Ich will heute nicht weiter darauf eingehen. Wir hatten vorhin über das Freibad gesprochen. Ich wollte nur sagen, daß an sich dieses Gespräch hier nicht hergehörte.

Wie dem auch sei, meine Damen und Herren, ich bin nur hierher gekommen, um einige Worte zu dem diesem Hause vorliegenden Änderungsantrag Nummer 307 zu sagen. Er trägt die Unterschrift der CDU-Fraktion und gibt mir Veranlassung zu folgenden Äußerungen:

Wir haben den Antrag des Landessportbundes, Mittel für die Förderung des Leistungssports zu veranschlagen, sehr begrüßt, und, ich gestehe, auch schon ein wenig erwartet. Fragen zur Förderung des Leistungssports sind besonders intensiv in dem fast hinter uns liegenden Jahr behandelt worden, in der Öffentlichkeit, im Deutschen Sportbund und auch auf der parlamentarisch-politischen Ebene. Ich erinnere an den außerordentlichen Bundestag hier in Bremen und auch an das öffentliche Sporthearing des Innenausschusses des Deutschen Bundestages unter Vorsitz Ihres Parteikollegen Schmitt-Vockenhausen vom 23. Januar dieses Jahres.

Anläßlich dieses öffentlichen Hearings machte Herr Bundesinnenminister Benda einige mir sehr interessant erscheinende Äußerungen. Er sagte nämlich, daß schon damals der Bund im Rahmen seiner zentralen Förderungsmaßnahmen jährlich 35 Bundestrainer bezuschußte, daß dies selbstverständlich im Hinblick auf die auf uns zukommende Olympiade 1972 nicht mehr ausreiche und daß es wünschenswert sei, wenn auch regionale Bezuschussungen von seiten der Länder erfolgen würden. Von daher ist also der heutige Antrag eine notwendige Folge auch der damals geführten Gespräche.

Die Anregung mußte vom Landessportbund kommen aufgrund der in unserer deutschen Sportbewegung vorhandenen Kompetenzen. Wir begrüßen diese Anregung, wir haben unsere Zustimmung gern gegeben, denn heute wie damals waren wir von der CDU der Ansicht, daß Breiten- und Spitzensport einander bedingen und nicht ausschließen, sondern gleichermaßen gefördert werden müssen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, kann ich den Änderungsantrag nunmehr zur Abstimmung stellen.

Wer für die Annahme des Änderungsantrags Nummer 306 ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

(Einstimmig)

Ich darf der Ordnung halber darauf hinweisen, daß der Änderungsantrag Nummer 307, der gleichlautend dem Änderungsantrag 306 war, zurückgezogen wurde.

Wir wenden uns nunmehr der Behandlung des Einzelplans

05 Gesundheitswesen

zu.

Eine allgemeine Aussprache ist hierzu interfraktionell nicht vereinbart worden. Wir können daher gleich zur Behandlung der vorliegenden Einzelanträge übergehen.

Wir kommen zur

Einzelberatung.

0501 Gesundheitsvorsorge

Da der Änderungsantrag Nummer 308 zurückgezogen worden ist, stelle ich nunmehr den

Änderungsantrag Nr. 309

zur Erörterung:

0501 (neuer Haushaltstitel) Gesundheitswesen / Allgemeine Bewilligungen/ Gesundheitsvorsorge und gesundheitsaufklärende Maßnahmen

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

1. Als Anschlag für das Haushaltsjahr 1970 wird ein Betrag von 50.000 DM eingesetzt.
2. Als Anschlag für das Haushaltsjahr 1971 wird ein Betrag von 50.000 DM eingesetzt.

Böhrnsen und SPD-Fraktion
John und FDP-Fraktion
Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Hartjen.

Abg. **Hartjen** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich bin der CDU-Fraktion dankbar, daß sie den Änderungsantrag Nummer 308 zurückgezogen hat und wir die gemeinsamen Unterschriften unter dem Änderungsantrag Nummer 309 haben, um so der Öffentlichkeit gegenüber die Schwergewichtigkeit unseres gemeinsamen Anliegens vertragen zu können.

(Abg. Filzen [CDU]: So war es gedacht, Herr Hartjen!)

Meine Damen und Herren, es geht um folgendes: Wir haben im Verlauf des Haushaltsjahrs 1969 von seiten der Deputation für das Gesundheitswesen eine Nachbewilligung beantragt in Höhe von 30 000 DM zur Durchführung einer Aktion der Gesundheitsverwaltung unter dem Motto: „Gesunde Mutter, gesunde Kinder, glückliche Familie!" Hier im Jahr 1969 bahnte sich im Gesundheitswesen — ich muß hier sagen, unter starker Inanspruchnahme unseres Senators für das Gesundheitswesen — das erste Mal in Bremen an, daß wir von seiten der Deputation und der Verwaltung bemüht sind, auf dem Sektor

der Gesundheitsvorsorge und der Gesundheitserziehung einiges zu tun.

Diese Ausstellung wurde, so darf ich hier feststellen, mit guten Erfolg in Bremen durchgeführt. Sie hat einen sehr großen Anklang in der Bevölkerung gefunden. Wir hatten uns dann in der Deputation gemeinsam vorgenommen, diese von mir eben zitierten Maßnahmen auch für die Haushaltsjahre 1970/1971 weiterhin durchzuführen und aus diesem Grund je Haushaltsjahr 50 000 DM zu beantragen. Leider, meine Damen und Herren, wissen Sie, daß wir durch Globalmaßnahmen nicht in der Lage waren, unseren gesundheitspolitischen Vorstellungen nachzukommen. Aus diesem Grund beantragen wir heute, diese Mittel je Haushaltsjahr bereitzustellen.

Nun werden Sie sicherlich fragen, wofür ist es. Meine Damen und Herren, ich darf auf die jüngsten Erklärungen der Ärztekammer hinweisen, die gestern in der bremischen Presse veröffentlicht worden sind, in denen es heißt, daß die Krebserkrankungen in einem Ausmaß zunehmen, daß wir im Jahr 2000 mit etwa 20 Prozent Todesfällen durch Krebserkrankungen zu rechnen haben, und daß es jetzt an uns liegt, auf dem Gebiet der Gesundheitserziehung und der Gesundheitsvorsorge die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, das heißt, dafür die notwendigen Mittel bereitzustellen. Ich kann Ihnen also sagen, daß wir uns auch in Bremen auf dieses Thema präpariert haben, nämlich vom 21. bis 27. 4. nächsten Jahres eine Ausstellung zu veranstalten, unter dem Motto: Krebs, eine Geißel der Menschheit.

Meine Damen, meine Herren, damit sind natürlich die 50 000 DM nicht verbraucht. Es kommt noch einiges hinzu, indem wir nämlich Aufklärungsfibeln für Schulkinder, differenziert nach den einzelnen Jahrgängen, für die allgemeinbildenden Schulen herausgeben, daß wir für ältere Menschen ernährungstechnische Fibeln herausgeben werden. Diese Fibeln tragen in etwa die Aufschrift: „Monika und Heiner sind glücklich" oder „Monika und Heiner fragen ihren Schularzt". Alle die Dinge, die in gesundheitserzieherischer Hinsicht eine wichtige Rolle im Leben eines Menschen spielen, sollen angesprochen werden.

Als Clou dieser ganzen Angelegenheit darf ich vielleicht feststellen, daß wir bemüht sind, im Raume unserer Kommune, etwa im Bremer Bürgerpark, eine Gesundheitspiste zu erstellen.

(Abg. Uhde [SPD]: Wie, Herr Hartjen?)

Diese Gesundheitspiste wird allen Bürgern — mit P, Herr Uhde, Piste — unserer Gemeinde die Möglichkeit geben, sich dort sportlich zu betätigen. Wenn ich dann feststelle, daß die Mitglieder unseres Haushaltsausschusses mit einem eleganten Schwung bei der zweiten Hürde feststellen, daß die Haushaltszuweisungen für das Gesundheitswesen erhöht werden müssen, dann bin ich ihnen sehr dankbar.

Hier ist aber festzustellen, daß wir ohne Aufsicht und ohne Unterweisung jedem Bürger unserer Stadt die Möglichkeit geben, sich hier in etwa sportlich zu betätigen und das Soll zu erfüllen, das zur Gesunderhaltung seines Körpers notwendig ist.

Meine Damen und Herren, es kommt noch einiges dazu: Diabetisfrüherkennung, Zucker also. Es kommt hinzu, daß wir auf die Suchtgefahr aufmerksam machen. Ich weiß, daß wir hier gesundheitspolitisch mit der Kripo ein wenig ins Geschirr kommen. Aber ich glaube, Aufklärung ist in diesem Fall notwendig. Auch hier werden wir Merkblätter herausgeben.

Ich glaube, der Antrag ist hiermit ausreichend begründet. Ich darf um Ihre Zustimmung bitten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hänecke.

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist hier schon zweimal gesagt worden, daß wir unseren Antrag zurückgezogen hätten. Ich möchte einmal sagen, warum wir ihn zurückgezogen und dann den der SPD/FDP mit unterschrieben haben.

(Abg. Hartjen [SPD]: Weil er falsch war!)

Die CDU war, wie so oft, der Zeit voraus. Wir hatten ihn schon unter der Ziffer 500 eingebracht, er mußte aber unter 501 eingebracht werden.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Dann waren Sie aber nicht der Zeit voraus, sondern Sie waren im falschen Kapitel! — Heiterkeit)

Seien Sie doch nicht so pingelig, Frau Müller-Wolff.

Ich möchte einiges dem hinzufügen, was Herr Hartjen hier gesagt hat. Wir gehen natürlich, wenn wir diese Maßnahmen treffen wollen, gemeinsam davon aus, daß jeder selbst für seine Gesundheit verantwortlich ist. Wir wollen niemandem etwas aufzwingen. Das Wort „Gesundheitserziehung" klingt ja schon manchmal so, als ob das der erste Schritt dazu sein könnte. So sehen wir es nicht. Wir sehen gerade diesen Fragenkomplex auch unter der Überschrift „Gesundheitsvorsorge".

(Abg. Hartjen [SPD]: Wir auch!)

Gemeinsam hatte ich gesagt, Herr Hartjen! Es ist ja so, daß der einzelne wohl gern mehr für seine Gesundheit tun möchte, manchmal dazu aber gar nicht in der Lage ist, da die Umweltfaktoren so sind, daß es tatsächlich schwierig ist, sich Gedanken darüber zu machen, was man mehr für seine Gesundheit tun kann. Da nützen manchmal noch so gute Gesetze und Einrichtungen nichts, wenn der Bürger nicht einmal weiß, wie und wann und wo er sie in Anspruch nehmen kann.

Wir hatten gedacht, daß wir aus diesem Titel auch Hinweise und Merkblätter — Herr Hartjen sagte es schon — herausgeben könnten, die eine Hilfe sein

können. Es müßte viel mehr auf die schon vorhandenen Beratungsstellen hingewiesen werden, auch auf die zwei Ernährungsberaterinnen, die wir in Bremen haben, eine Dame bei der Hauswirtschaftlichen Beratungsstelle und eine Dame in der Verbraucherzentrale. Dann haben wir nichtstaatliche Stellen, die mit einzubeziehen sind in die gesamte Gesundheitserziehung — Erziehung wieder in Anführungsstrichen — und Aufklärung, zum Beispiel der Kneipp-Verein, die Guttempler, die Anonymen Alkoholiker. Gerade in diesen Kreisen wird sehr viel gute Arbeit geleistet. Das sollten wir hier auch einmal anerkennen.

Es hat mich sehr gefreut, Herr Hartjen, daß Sie auf die Krebsvorsorgeaktion eingegangen sind. In diesem Zusammenhang wollte ich mir erlauben, dem Senat einen Vorschlag zu machen. Es haben sich meiner Beobachtung nach in letzter Zeit ganz eigenartige Dinge entwickelt. Herr Senator Jantzen hatte, so habe ich es der Presse entnommen, schon für den Herbst dieses Jahres eine Aktion geplant. Ich frage Sie, Herr Senator, wann beginnt für Sie der Herbst?

(Senator Jantzen: Später!)

Er beginnt anscheinend erst im Frühjahr, nach den Ausführungen von Herrn Hartjen zu schließen.

(Abg. Hartjen [SPD]: Im Juli, Frau Hänecke!)

Ich möchte noch folgendes sagen, was auch irgendwie mit der Gesundheitsvorsorge zusammenhängt. Anfang dieses Jahres hatten wir eine nette große Einwohnerversammlung der SPD in Borgfeld. Damals sagte Herr Senator Löbert, der Ausbau des Wanderweges in Borgfeld — wandern und Gesundheit gehören ja auch irgendwie zusammen — solle demnächst, also im Frühjahr, wenn der Frost aus dem Boden sei, begonnen werden. Na ja, ich hatte im Sommer und auch im Hochsommer keine Zeit zu kontrollieren, ob der Frost tatsächlich aus dem Boden war. Aber jetzt, wo er wieder drin ist, jetzt fängt man an, den Wanderweg auszubauen. Vielleicht überlegen wir uns einmal gemeinsam, ob wir zu einer Umbenennung der Jahreszeiten kommen, dann funktioniert das wahrscheinlich besser.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir müssen meiner Ansicht nach, wenn wir von Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsaufklärung sprechen, an erster Stelle versuchen, die Ärzte, die ja doch immer noch zu Recht das größte Vertrauen in unserer Bevölkerung genießen, mit in unsere Arbeit einzubeziehen, denn sie sind, so meine ich, auf diesem Sektor die überzeugendsten Meinungsbildner. Ergänzen müssen wir das dann durch Informationsmaterial, durch Aufklärungsmaterial und in Zusammenarbeit mit der Presse. Programmäßig sollten wir es so durchführen, wie es Herr Hartjen eben hier auch schon angesprochen hat.

Sehr wichtig ist natürlich bei dieser ganzen Arbeit eine Koordinierungsstelle. Wir sollten nämlich auf jeden Fall verhindern, daß es, wenn es mehrere Beratungsstellen gibt — auf anderen Sektoren haben wir damit nicht so sehr gute Erfahrungen gemacht —, zu Überschneidungen kommt, sondern hier muß wirklich an einem Strang gezogen werden.

Zu den Suchtgefahren möchte ich noch sagen — —

(Glocke)

Ist es schon so spät?

Präsident Engel: Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist! Ich bitte Sie, zum Schluß zu kommen.

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Danke schön, ich habe kein Lämpchen glühen sehen, sonst hätte ich aufgehört.

Präsident Engel: Nein, hat auch nicht geleuchtet. Ich möchte einmal etwas zu tun haben durch das Rühren der Glocke!

(Heiterkeit)

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Auf die Suchtgefahren möchte ich noch kurz eingehen, denn das war ein besonderes Anliegen meiner Fraktionskollegen, als wir das erste Mal in der Deputation über diese Haushaltsstelle gesprochen haben. Es sind ja durch die Suchtgefahren besonders die jungen Menschen gefährdet. Es gibt vielerlei Gründe, warum sie nun gerade besonders empfänglich dafür sind. Ein Teil ist zum Beispiel als „Gruppe" versucht, die Neugier zu stillen. Wir können als Gesetzgeber wenig tun. Das ist Aufgabe des Bundesgesetzgebers. Darum sollten wir sehr ernsthaft überlegen, was wir hier in Bremen tun können. Es muß allerdings überzeugend sein, was wir tun. Wenn ich mir vorstelle, daß wir den Jugendlichen immer wieder klarmachen wollen, wie gefährlich das Rauchen ist, und ihnen dann in den Schulen eine Raucherlaubnis erteilen und Rauchzimmer einrichten, dann wirkt das meiner Ansicht nach nicht sehr überzeugend.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine, gerade die Bekämpfung der Suchtgefahren und die Aufklärung darüber ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Ärzten, Eltern, Lehrern und Schulpsychologen. Und vielleicht, meine Damen und Herren, sollten wir in diesem Zusammenhang — ich bin gleich fertig, Herr Präsident —

(Heiterkeit)

auch einmal die Jugendorganisationen ansprechen. Denn was man so unter Alterskollegen —

(Abg. Dr. Klink [SPD]: Runze fragen!)

ja, das ist ein guter Vorschlag — bespricht, kommt ja häufig sehr viel besser an, als wenn irgend je-

mand in weiter Ferne mit drohend erhobenem Zeigefinger sagt: Du, du, das darfst du aber nicht!

(Heiterkeit und Beifall)

Ich meine — und das hat Herr Hartjen nicht gesagt —, daß wir unter Zuhilfenahme dieser Mittel auch auf die Gefahr der TBC hinzuweisen haben. Es besteht ja in der Bevölkerung allgemein die Meinung, daß die Tuberkulose eine Krankheit ist, die gar keine Gefahren mehr in sich birgt, daß sie nicht mehr in dem Maße vorhanden ist, daß man sich überhaupt noch darüber unterhalten muß. Ich möchte doch bitten, Herr Senator, daß auch die TBC mit einbezogen wird in diesen ganzen Aufgabenbereich.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Senator Jantzen.

Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen Jantzen: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich wollte eigentlich nur, Frau Hänecke, Ihnen auf die Frage eine Antwort geben, wann bei mir der Herbst beginnt. Ich hoffe, sehr spät, um mich noch sehr lange im Sommer halten zu können. Würde ich sagen, ich sei im Frühling, würde ich das für übertrieben halten.

Nachdem wir nun die Jahreszeiten einigermaßen wieder hingerückt haben, will ich mich dem Anliegen zuwenden, was wir, Frau Hänecke, damit beabsichtigen. Lassen Sie mich eins sagen: Ich glaube, daß in letzter Zeit „Aufklärung" in fälschlicher Form geleistet worden ist, indem in den Massenkommunikationsmitteln Dinge über Rauschgift dargestellt worden sind, was nicht dazu beiträgt, aufzuklären, sondern die Inanspruchnahme und den Reiz nur noch unnötigerweise zu erhöhen.

Wir werden in dieser Frage, meine Damen und Herren, eine sehr schwierige Stellung haben, Aufklärung zu leisten. Ich bin allerdings mit Ihnen der Meinung, daß hier das Institut für Sozialmedizin uns helfen kann, die Dinge zu kooperieren, auch in den Ländern. Mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, Frau Hänecke, werden wir sicherlich nicht all die Dinge sofort beginnen können, wir wollen uns aber bemühen, die Mittel, die vorhanden sind, sinnvoll anzusetzen. Dazu gehört auch die Frage TBC.

Nun darf ich Ihnen noch folgendes sagen zur Frage Krebsfrüherkennung und Vorsorge, um nun eigentlich auf den Herbst als Jahreszeit zu kommen, wann wir beginnen wollten. Leider ist bei einigen Krankenkassen, zeitlich gesehen, so wie Sie es genannt haben, immer noch Frühling. Wir haben lediglich mit dem Landesverband der Betriebskrankenkassen erreichen können, daß dieser Träger bereit ist, sich an dieser Aktion, an den Maßnahmen der Krebsfrüherkennung, zu beteiligen. Das Gespräch mit dem Landesverband der Ersatzkrankenkassen und mit dem Landesverband der AOK steht noch aus, ich hoffe aber, daß wir hier ebenfalls zu einer Übereinstimmung über die Kostenbeteiligung kommen.

Ich meine allerdings, daß wir nicht nur den Krankenversicherungsträger, sondern gleichzeitig auch die Rententräger, sprich Landesversicherungsanstalt und Bundesanstalt, einbeziehen sollten, weil diese Form der Früherkennung nach meinem Dafürhalten Gesundheitsökonomie bedeutet, nämlich Heilverfahren zu ersparen. Und hier sollten sich auch die, die die Beiträge der Versicherten entgegennehmen, an diesen Kosten mit beteiligen.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt, die Mitbeteiligung beinhaltet gleichzeitig, daß auch staatlicherseits etwas getan wird. Ich will mich zu dieser Frage nicht noch einmal tiefergehend äußern.

Wir haben in der Debatte damals, von der Frau Hänecke ja sprach, bereits gesagt, daß die Gesundheitsverwaltung von sich aus solange nicht initiativ wird aus institutionellen Gründen, bis erstens mit den Trägern abgeklärt ist — Krankenversicherung und Rentenversicherung —, welche Mittel sie zur Verfügung stellen, und zweitens auch mit der Ärztekammer darüber gesprochen werden soll, ob nicht die Ärzte sich in Form einer Laborpraxis zusammenschließen, um die Aufgabe der zytologischen Untersuchung in einem eigenen Labor zu übernehmen. Denn hier, meine ich, sollten wir sinnvoll auch diese Dinge kooperieren, um möglicherweise nur mit Investitionshilfen die Erstellung und Ausstattung solcher Dinge durchzuführen.

Ich möchte auf eins noch hinweisen: Es war die Rede davon, daß die Ärztekammer dem beitritt. Ich freue mich sehr darüber, daß die Ärztekammer gerade in ihrer Publikation jetzt darauf hingewiesen hat, wie notwendig es auch ihr erscheint. Das ist nicht neu. Auch die 72. Tagung der Bundesärztekammer hat darauf hingewiesen. Ich möchte auch nicht mit erschreckenden Zahlen kommen, denn ich glaube, das klärt nicht auf, sondern es schockiert nur. Wenn man allerdings davon ausgehen muß, daß die Entwicklung der Sterblichkeit bei Krebs in einem starken Umfang steigt, dann werden wir nicht nur mit Maßnahmen der Früherkennung, sondern auch auf allen Gebieten der Ernährungswissenschaft mehr als bisher unsere Bevölkerung aufzuklären haben, was sinnvollerweise als Ergänzung getan werden muß.

Ich will auf die von Herrn Hartjen zitierte Trainingsstrecke im Bürgerpark nicht näher eingehen. Ich weiß auch nicht, ob das Gedrängele der Abgeordneten und Parlamentarier und anderer dort so groß sein wird, obwohl in der bewegungsarmen Zeit manch einem das Gehen guttun würde. In dem Zusammenhang befinde ich mich mit Frau Hänecke in Übereinstimmung hinsichtlich des Wanderweges, nur, der unterliegt nicht meiner Zuständigkeit, sondern Herrn Senator Löbert. Aber insbesondere, und

das weiß ich aufgrund der Ortsschwierigkeiten beim Beirat in Oberneuland —

(Abg. Marianne Hänecke [CDU]: Was? Borgfeld!)

Borgfeld, Verzeihung —, die ja manchmal Vorstellungen haben, wenn so etwas geschehen soll. Ich hoffe, Frau Hänecke, daß wir da nicht mehr die Schwierigkeiten haben, die man hin und wieder dort draußen hat, wenn man Teile dieses Gebiets der Öffentlichkeit stärker als bisher erschließen möchte.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Vorredner haben zu diesem Antrag bereits die Frage der Suchtgefahren angeschnitten, die von uns in einem folgenden Antrag noch einmal besonders angesprochen wird. Darf ich mir erlauben, Herr Präsident, auch hier gleich darauf einzugehen?

Präsident Engel: Ich würde empfehlen, sich strikt an den Änderungsantrag Nummer 309 zu halten. Ihren Änderungsantrag Nummer 310 stelle ich im Anschluß hieran zur Verhandlung.

Abg. **Brouwer** (NPD): Unser Antrag würde nicht untergehen, wenn dieser Antrag angenommen würde?

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Herr Brouwer, ziehen Sie Ihren Antrag doch zurück!)

Nein, das kann ich nicht, weil damit etwas anderes bezweckt wird. Dann darf ich mich dann gleich wieder melden.

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wer dem Änderungsantrag Nummer 309 zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ich rufe auf

Änderungsantrag Nr. 310

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

0501 (neuer Haushaltstitel) Gesundheitswesen / Allgemeine Bewilligungen/ Maßnahmen zur Bekämpfung der Rauschgiftgefahren

1. Als Anschlag für das Haushaltsjahr 1970 wird ein Betrag von 20.000 DM eingesetzt.
2. Als Anschlag für das Haushaltsjahr 1971 wird ein Betrag von 20.000 DM eingesetzt.

Brouwer und NPD-Fraktion

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie ich eben schon sagte, ist die Suchtgefahr von meinen Vorrednern angesprochen worden. Ich habe mir schon in meiner Haushaltsrede erlaubt, auf diese Dinge hinzuweisen. Ich habe darauf hingewiesen, daß hinsichtlich der Gefährlichkeit der einzelnen Rauschgifte, namentlich genannt Haschisch, scheinbar noch sehr unvollkommene Vorstellungen bestehen. Wir sind der Meinung, daß wir diesen Dingen auf den Grund gehen müßten, daß wir auf der anderen Seite eine entsprechende Aufklärung nicht nur der Jugend, sondern auch der Eltern durchführen müßten. Aus diesem Grund haben wir diesen Betrag eingesetzt.

Wie unklar, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch die Ansichten über die Gefährlichkeit auch dieses Giftes sind, mag daraus hervorgehen — ich habe in meiner Haushaltsrede schon darauf hingewiesen —, daß Frau Minister Strobel im Bundestag erklärt hatte, daß hierüber scheinbar noch sehr vage Vorstellungen bei den Medizinern wären. In der Zwischenzeit habe ich hier einen Artikel aus der „Hamburger Abendpost" bekommen, in welchem zwei maßgebliche Professoren zu diesem Thema gesprochen haben. Ich darf vielleicht mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus diesem Artikel einige wenige Sätze vorlesen:

Die Professoren Gustav Wilhelm Schimmelpfenning und ebenfalls Professor Burchard haben folgendes erklärt: Beide Professoren hoben hervor, daß die Ärzteschaft den der Rauschgiftwelle verbundenen Problemen nicht gewachsen sei, unter anderem die in den Kliniken zur Verfügung stehenden Mittel der Therapie unzureichend seien. Die Forschung muß stärker in Gang kommen, vor allem zur Frage der Marihuana-Folgen. Der ärztliche Direktor des Krankenhauses Ochsenzoll, Professor Schimmelpfenning, wies noch einmal auf die Gefahren, die auch von Haschisch ausgehen können, hin. Diese aus dem indischen Hanf gewonnene Substanz hat — wie Herr Schimmelpfenning betonte — eine Schrittmacherfunkion zu anderen und stärkeren Drogen.

Das ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, genau das, was ich mir erlaubte, in meiner Haushaltsrede anzusprechen. Ich glaube, daß die Benutzung eines vielleicht gar nicht einmal so schädlichen Rauschgiftes dazu führen kann, enthemmend auf die betreffenden Benutzer dieses Giftes einzuwirken und den Reiz zu erhöhen, stärkere Rauschmittel zu benutzen. Deshalb meine ich, ist es eine echte Aufgabe für uns, zu versuchen, zumindest Klarheit in diese Dinge zu bekommen, auf der einen Seite durch Gutachten, und auf der anderen Seite ebenfalls eine entsprechende Aufklärung unserer Jugend im Interesse ihrer selbst durchzuführen. Aus diesem Grund, meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte ich Sie um Unterstützung unseres Antrags.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Lienhoop.

Abg. **Dr. Lienhoop** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über Rauschgifte kann man in jeder besseren oder auch nicht guten Illustrierten lesen, was man will. Die Meinungen teilen sich. Jedenfalls kann man beinahe sagen, daß die jungen Mediziner ihre Bildung darüber kaum noch in wissenschaftlichen Werken, sondern aus Illustrierten und Zeitschriften holen könnten. Ich habe auch die Zeitung gelesen, die Herr Brouwer zitiert hat, die sicherlich bei seiner Haushaltsrede noch nicht im Druck erschienen war, jedenfalls der Artikel noch nicht. Ich habe mir aber vor kurzer Zeit einen anderen Artikel von der Kriminalpolizei zur Verfügung stellen lassen, der sich betitelt: „Haschisch-Phantasien sehr dauerhaft." In der „Norddeutschen Volkszeitung" vom 28. 11. 1969 wird so etwas als Überschrift genannt: Viel Lärm um fast nichts.

Ich meine, daß die Rauschgiftgefahren und die Folgen ihres Genusses ernst zu beachten sind. Ich darf hier einflechten, daß die Rauschgifte Marihuana und Haschisch in ihrer Wirkung auf den Menschen noch nicht vollständig erforscht sind. Aber man kann sicher annehmen, daß sie als Schrittmacher für schwerere Suchtmittel dienen können. Mit diesen schwereren Suchtmitteln sind Opium, Morphium, Kokain und Heroin gemeint, die meistens nur solchen Personen zugänglich sind, die beruflich damit zu tun haben, also Ärzten und Krankenschwestern oder auch Patienten, die, wie zum Beispiel Kriegsversehrte, schon früher mit Morphium in Verbindung gekommen sind.

Meine Damen und Herren, man sollte die Dinge aber auch nicht schwärzer sehen, als sie sind. Als ich den Antrag von Herrn Brouwer las, habe ich mich erst einmal gründlich informiert, wie es damit in Bremen bestellt sei, und war deshalb bei verschiedenen Stellen, unter anderen auch bei der Kriminalpolizei. Dort erklärte man mir, daß man den einen oder anderen Fall entdeckt habe, es aber noch nicht so schlimm sei, um mit einer Warnpropaganda in die Öffentlichkeit zu gehen, da damit eher eine gewisse Neugier geweckt und ein entgegengesetzter Effekt ausgelöst werden könnte. Ich meine, da sei es schon besser, die Lehrer oder die Eltern aufzuklären, daß sie solche Symptome entdecken könnten, die sich in einer Wesensveränderung der Jugendlichen zeigen. Mit einer Aufklärung der Jugendlichen könnte ein negativer Erfolg eintreten, wie wir ihn nicht haben wollten.

Ich meine, daß die Bekämpfung der Suchtgefahr sicherlich stattfinden soll, daß dafür aber kein eigener Titel eingesetzt wird. Die Mittel, die wir im eben beschlossenen Antrag eingesetzt haben, könnten mit zur Bekämpfung der Suchtgefahren eingesetzt werden. Meinetwegen mag man den Betrag dort von 50.000 DM auf 60.000 DM erhöhen, aber einen eigenen Haushaltstitel einzurichten ist einfach nicht nötig. Ich stimme mit meiner Fraktion überein, Sie zu bitten, diesen Antrag abzulehnen.

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Schelter.

Abg. **Schelter** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bekämpfung der Rauschgiftgefahren besteht seit dem Bestehen des Opium und der illegalen Einfuhr. Der Antrag der NPD zielt zweifellos darauf hinaus, die Jugend vor dem Rauschgifteinnehmen zu bewahren, so Haschisch — man könnte im übertragenen Sinne sagen „hasch mich" —, LSD. Nun meine ich allerdings, daß die Koordinierung auf der Ebene der Verwaltungen — Gesundheitsverwaltung, Jugendschutz, Kriminalpolizei und andere Stellen — in lautloser Weise eine Aufklärung der Jugend vornimmt. Ich kann für die bremischen Gymnasien sagen, daß die Lehrerkollegien sich eingehend mit der Bekämpfung und mit der Aufklärung dieser Rauschgifte befassen. Mir ist wenigstens im stadtbremischen Raum kein Fall bekannt, wo einmal in der Schule versucht worden ist, Haschisch oder LSD oder ähnliche Rauschgifte einzunehmen.

Ich glaube, daß es auch schlecht ist, in den Kreis der Rauschgiftsüchtigen unsere Jugend weitgehend einzubeziehen. Bisher sind die Erfahrungen dahingehend, daß hier die Elternschaft wirklich einmal lobend genannt werden muß im Verein mit der Lehrerschaft, die diese Aufklärung in der Weise vornehmen, ohne daß es zu Lehrgängen oder zu Zusammenfassungen in den Schulen kommt.

Herr Hartjen und Senator Jantzen haben mit beredten Worten vorhin dargelegt, wofür die 50.000 DM für die Vorsorge und Aufklärung gedacht sind. Da hinein — wie Frau Hänecke schon ausführte — gehören auch eventuelle Maßnahmen, die der Aufklärung dienen sollen.

Ich bin persönlich der Meinung, daß es in Bremen noch nicht so weit ist, daß man mit großangelegten öffentlichen Aufklärungsaktionen tätig werden sollte und Einzelfälle nicht dramatisieren darf. Ich meine, daß die erwähnten Verwaltungen — ich hatte, wie auch Herr Dr. Lienhoop, ein sehr aufgeschlossenes Gespräch mit den Herren — für die Jugend in Verbindung mit der Elternschaft aufklärend wirken, und zwar vorbildlich. Es gibt Großstädte, wo natürlich Anlaß zur Besorgnis besteht. Das ist in Bremen nicht der Fall. Wir meinen, wenn die Notwendigkeit von öffentlichen Aktionen zur Aufklärung notwendig sein sollte, diese Mittel in den 50.000 DM enthalten sind.

Der NPD dürfte ja nicht entgangen sein, daß dieser Änderungsantrag — und darüber sprach man ja soeben — bereits vorlag, und eine Aufklärung ist ja auch gedacht gegen das Rauschgift, nur meine ich persönlich, daß die Notwendigkeit in der Form noch nicht gegeben ist.

Ich meine, daß der Alkoholismus auch eine Suchtgefahr ist, die viel größere Ausmaße annimmt, und daß wir unsere Aufmerksamkeit darauf lenken

sollten und es auch tun. Um so dankbarer können wir als Parlamentarier feststellen, daß die bremische Landesstelle gegen Suchtgefahren, ein freier Zusammenschluß der Wohlfahrtsverbände und anderer Institutionen, diese Hilfen für Alkoholgefährdete in einer Denkschrift zusammengefaßt hat. Dafür sind wir sehr dankbar.

Ich glaube, wir sollten die NPD bitten, ihren Antrag zurückzuziehen. Ihrem Anliegen ist Rechnung getragen dadurch, daß die Aufklärung in einem erhöhtem Maße dann erfolgt, wenn die Gefahr wirklich vorhanden ist. Man sollte aber nicht den Anreiz wecken mit großaufgemachten Plakaten, sondern man sollte, wie die Lehrerschaft an den Gymnasien, wie die Elternschaft — und das muß man auch mal offen zugeben, daß da sehr viel getan wird — aufklärend wirken. Letzlich kann man nicht nur immer alles auf die Behörden schieben. Im Elternhaus beginnt auch die Aufklärung, und hier hat die Elternschaft nach meiner Auffassung, wie die Lehrer, nicht versagt. Dafür haben wir ihnen Dank zu sagen.

Wir lehnen den Antrag der NPD, falls sie ihn nicht zurückzieht, ab.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hänecke.

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe volles Verständnis dafür, daß von der NPD dieser Änderungsantrag eingebracht worden ist, denn gerade dieser Fragenkomplex beschäftigt uns ja doch alle mit großer Sorge. Wenn Sie aber Gelegenheit hätten, in der Gesundheitsdeputation mitzuarbeiten,

(Abg. F i c h t n e r [NPD]: Haben wir nicht!)

— Sie haben ja nicht genügend Abgeordnete,

(Heiterkeit — Abg. F i c h t n e r [NPD]: Das war kein Vorwurf, sondern nur eine Feststellung! — Abg. S t ä c k e r [SPD]: Aber eine richtige Feststellung!)

ich habe Ihnen ja auch keinen Vorwurf gemacht —, dann wüßten Sie, daß wir uns auch hierüber unterhalten haben. Ich sagte Ihnen vorhin, daß es ein ganz besonderes Anliegen meiner Kollegen aus der CDU-Fraktion war, dieses Thema in den vorhandenen Themenkatalog mit aufzunehmen. Es ist damals in der Deputation nichts Gegenteiliges gesagt worden, im Gegenteil, wir hatten den Eindruck, daß alle Kolleginnen und Kollegen in der Gesundheitsdeputation unserer Meinung waren.

Wir sollten uns, meine ich, gar nicht die Mühe machen, Herr Dr. Lienhoop — wir als Laien jedenfalls nicht —, hier große Unterschiede aufzeigen zu wollen zwischen den leichteren und schwereren Rauschgiften. Ich meine, wenn man erst einmal ein kleines bißchen genascht hat,

(Stürmische Heiterkeit)

dann ist das nachher vielleicht so verlockend, daß man dann doch große Schwierigkeiten hat, wieder davon loszukommen.

Wenn wir, Gott sei Dank, jetzt noch nicht sagen müssen, daß bei uns in Bremen schon schreckliche Dinge passiert sind, so sollte uns das keineswegs abhalten, rechtzeitig zu beginnen, hier entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Aus Hamburg, Berlin, München, Bonn, Hannover sind mir

(Abg. H a u p t m a n n [FDP]: Frankfurt!)

— und Frankfurt natürlich — durch die Presse schon ganz tolle Sachen bekanntgeworden. Ich habe mir allerdings nicht die Mühe gemacht, diese Berichte zu überprüfen.

Wenn wir also, meine Damen und Herren von der NPD, Ihrem Antrag nicht unsere Zustimmung geben, dann aus dem Grund, weil wir meinen, daß man mit diesen 50 000 DM erst einmal beginnen soll, wirklich rationell zu arbeiten. Ich habe vorhin schon gesagt, daß wir nicht einmal hier ein bißchen und dann einmal dort ein bißchen hingeben sollten, sondern daß wir erst einmal eine Linie erarbeiten sollten, nach der dann dieses Geld ausgegeben wird. Und seien Sie bitte überzeugt davon, daß wir dann auch auf die Suchtgefahren hinweisen werden und versuchen, auf diesem Gebiet erzieherisch — wieder in Anführungsstrichen — etwas zu tun.

Ich hatte Gelegenheit, im letzten Sommer mit dem Vlothoer Arbeitskreis in Amsterdam zwei Jugendlokale anzusehen. Vielleicht ist Ihnen das Lokal „Paradiso" bekannt.

(Abg. E i l e r s [SPD]: Nein, ich verkehre da nicht! War es schön? — Heiterkeit)

Aus Schilderungen vielleicht, es ist ja so häufig in der Presse genannt worden, und es sind darüber soviele Berichte in der Bundesrepublik bekannt, daß man eigentlich schon voraussetzen muß, daß jeder einmal etwas darüber gelesen hat. Es war so furchtbar traurig, die Halbwüchsigen mit verglasten, in die Ferne gerichteten Augen sitzen zu sehen und das Gefühl zu haben, gar nicht gesehen zu werden. Sie waren völlig abwesend und bemerkten überhaupt nicht mehr, was um sie herum passierte. Es nahmen einige Damen und Herren aus den Ostblockstaaten an der Besichtigung teil. Eine Mutter sagte: Wenn das die Freiheit ist, die ihr euren Kindern hier im Westen geben wollt, dann muß man sich tatsächlich die Frage stellen, was für unsere Jugend besser ist.

(Abg. F i c h t n e r [NPD]: Das wollen wir doch gerade verhindern!)

Herr Fichtner, seien Sie überzeugt, daß wir wirklich versuchen wollen, aus diesen 50 000 DM heraus erst einmal die Sache in die Hand zu nehmen. Ob wir sie damit in den Griff bekommen, das wissen wir nicht, aber dann haben wir immer die Möglichkeit, glaube

ich, auf dem Wege einer Nachbewilligung die erforderlichen Mittel zu bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist hier so viel davon gesprochen worden, daß wir durch eine Aufklärung gegebenenfalls indirekte Propaganda für diese Rauschgifte machen könnten. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Sorge sind wir insofern enthoben, als die Presse und die Illustrierten genügend für die Publikation sorgen, und zwar bewußte Herunterspielung der Gefährlichkeit dieses Haschisch. Und ich glaube, daß es gerade deshalb unsere Aufgabe wäre, aufklärend zu wirken. Ich bezweifle, daß man mit einem Betrag von 50 000 DM, den Sie für die Aufklärung über Diabetes, die frühzeitige Erkennung des Krebses, et cetera, was alles sonst noch hier aufgezählt worden ist, ausgeben wollen beziehungsweise was unter diesem Titel durchgeführt werden soll, wird auskommen können.

Ich hatte auch darauf hingewiesen, daß es doch in jedem Fall richtig sei, daß die Mediziner endlich einmal durch ein Gutachten klären würden, inwieweit die Gefährlichkeit des angesprochenen Rauschgiftes gegeben ist. Aber ich möchte sagen, daß sich doch die Mediziner in irgendwelcher Weise auch damit beschäftigen und eine Publikation herausbringen sollten. Und diese Publikation kostet ja letzten Endes Geld, und deshalb wollten wir von der NPD aus einen besonderen Titel dafür haben und haben aus diesem Grund eben diesen Betrag eingesetzt.

Aus diesem Grund bedauere ich, daß ich auch unseren Änderungsantrag nicht zurückziehen kann, sondern ihn zur Abstimmung bringen lasse.

Präsident Engel: Meine Damen und Herren, wir sind nahezu an unsere Mittagspause herangekommen. Jetzt hätte das Wort Herr Senator Jantzen. Ich werde es ihm aber nur erteilen, wenn er mir zusagt, die Redezeit von etwa fünf Minuten einzuhalten. Könnten Sie das, Herr Senator, oder brauchen Sie längere Zeit?

(Senator Jantzen: Ich habe eben den Widerspruch meiner Kollegen gehört. Dennoch ist das, was ich zu sagen habe, so kurz, daß die Geschäftsordnung eingehalten werden kann!)

Nicht die Geschäftsordnung, sondern der Zeitplan! Herr Senator, Sie haben das Wort!

Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen Jantzen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte nur etwas zum Schluß über das gesagt haben, was Herr Brouwer am Schluß seiner Ausführungen gesagt hat, und diese dahingehend beantworten, daß das Bundesgesundheitsministerium — das Bundesgesundheitsamt — sich seit langer Zeit mit derartigen Forschungsaufträgen auf dem Gebiet Rauschgift beschäftigt, so daß hier Mittel für diesen Zweck in unserem Haushalt nicht bereitgestellt zu werden brauchen, weil wir von dem profitieren, was im Bundesgesundheitsamt geschieht.

Präsident Engel: Herr Menke, für Sie gilt das gleiche, was ich eben zu Herrn Senator Jantzen gesagt habe. Ich nehme an, daß Sie sich danach richten werden.

Sie haben das Wort.

Abg. **Menke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein Wort hat mich bewogen, noch einmal nach vorne zu kommen, nämlich das Wort, das Sie, Herr Dr. Lienhoop, sprachen: „Viel Lärm um fast nichts". Dürfte ich Sie bitten, mit mir darin übereinzustimmen, daß wir es umformulieren in: Viel Lärm um noch nicht viel.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Er hat doch nur zitiert!)

Wir stehen am Anfang einer Entwicklung, die wir sehr aufmerksam beobachten müssen.

Wenn ich mich dem Antrag meiner Kollegin Frau Hänecke anschließe, den Änderungsantrag der NPD abzulehnen, dann deshalb, weil ich einmal der Auffassung bin, daß das, was in dem vorhergehenden Antrag vorgesehen ist — nämlich 50 000 DM für Gesundheitserziehung —, einmal ausreichen, und zum anderen, weil ich der Auffassung bin, daß die Suchtbekämpfung nicht nur eine Frage von Haushaltstiteln ist, sondern auch eine Frage der personellen Ausstattung unserer Dienststellen innerhalb unseres senatorischen Ressorts Gesundheitswesen. Ich würde mich freuen, wenn wir bei späterer Gelegenheit noch einmal die Möglichkeit haben, diesem Anliegen gerecht zu werden, diese Dienststellen entsprechend stärker mit Personal auszustatten. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Wir haben zwar noch eine Wortmeldung vorliegen, aber ich unterbreche jetzt die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.58 Uhr)

*

Präsident Engel eröffnet die Sitzung wieder um 15.00 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

An unserer heutigen Nachmittagssitzung nehmen unter anderen als Zuhörer teil eine Klasse der Realschule Wigmodistraße, eine Klasse der Hauptschule Ritterhuder Straße, eine Klasse der Rembertischule,

ein Lehrgang mit Nachwuchskräften der Bremerhavener Stadtverwaltung.

Ich darf Sie alle, meine Damen und Herren, in unserem Hause recht herzlich begrüßen.

(Beifall)

Wir setzen die Beratung des Tagesordnungspunktes 2 fort.

Wir befinden uns in der Aussprache über den Änderungsantrag Nummer 310.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Lienhoop.

Abg. **Dr. Lienhoop** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich bedauere, daß während der Diskussion die große Mittagspause eingetreten ist und so das, was man sagen will, eigentlich den Anschluß an das Vorhergehende verloren hat. Immerhin, eines möchte ich nochmals besonders betonen, und nicht nur für das Haus, sondern diesmal auch für eine andere Stelle, die dringend unserer Unterstützung bedarf:

Wir sprechen von Rauschgiftgefahren und haben das Wort Suchtgefahren gebraucht, und ich meine jetzt unter den Suchtgefahren speziell den Alkoholismus. Wenn Sie, wie ich als Arzt, wüßten, wie da die Gefahr zugenommen hat, wohingegen ich von den anderen Rauschgiften in der Praxis, außer dem Morphium, in vielen Jahren nie was erfahren habe, aber täglich die Gefahren des chronischen Alkoholismus, auch bei Frauen, erleben muß, dann, meine Damen und Herren, verzeihen Sie bitte, daß ich auch einmal hier darauf hinweise, daß da eine Gefahr vorhanden ist, die täglich unserer Hilfe bedarf, wo das soziale Gefüge, die Gesundheit, die Familie gefährdet ist. Und wenn ich das jetzt im Allgemeinen ausdrücke, so behalte ich mir vor, bei anderer Gelegenheit einen namhaften Betrag von Ihnen für die Bekämpfung des Alkoholismus zu erbitten. Das scheint mir notwendig zu sein.

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Nummer 310.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Dafür NPD)

Ich rufe auf den Einzelplan

06 Bauwesen.

Hier ist eine allgemeine Aussprache vereinbart.

Ich eröffne die

allgemeine Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Iversen.

Abg. **Iversen** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Beim Landeshaushalt haben wir in jedem Jahr die Fragen der Landesplanung, der Ordnung in der Region angesprochen. Das haben wir gemeinsam getan, das sollten wir auch, meine ich, heute tun.

Im Haushalt ist eine Erhöhung der Mittel vorgenommen um 500 000 DM je Jahr. Das ist sicher gut und notwendig. Bei dieser Gelegenheit, glaube ich, sollte aber erneut ausgesprochen werden, was auch in der Deputation immer wieder zur Sprache kam: daß das Parlament irgendwie mitwirken sollte bei der Vergabe dieser Mittel und Informationen erhalten muß, wohin diese 2 Millionen DM per anno nun gehen. Aus der Rückschau ist zu sagen, daß die Informationen über die Ausgabe dieser Mittel immer sehr dürftig waren. Das hat die Baudeputation auch des öfteren beanstandet und gebeten, doch laufend informiert zu werden. Das sollte man mit Recht jetzt tun und fordern, nachdem die Mittel erhöht wurden.

Außerdem glaube ich die Frage stellen zu sollen, ob dieser Weg weiter beschritten werden sollte, ob es sinnvoll ist, wo wir doch wissen, daß Überlegungen angestellt werden über einen Staatsvertrag, Überlegungen, die dann folgen müssen für einen Planungsverband für die Region, Überlegungen, die bekannt sind über die Fördergesellschaft. Und wenn man dann beobachtet, was hat die gemeinsame landesplanerische Arbeit bisher zum Ergebnis gehabt, so glaube ich, muß man sich eingestehen, es war ein wenig dünn. Probleme wurden zwar angefaßt, aber in erster Linie, wie man als Kaufmann sagen möchte, hat man sich den problemlosen Artikeln gewidmet.

Aber die eigentlichen schwierigen und besonderen Aufgaben, die diese Region ordnen, zusammenfügen und schlagkräftig machen sollen, sind meines und unseres Erachtens nur möglich zu behandeln und zu einem Erfolg zu führen über einen Planungsverband. Und so, wie die Vorzeichen stehen, glaube ich, haben wir wohl eine berechtigte Hoffnung, daß das in Zukunft werden wird. Man kann nur wünschen, daß der Staatsvertrag, der ja für den Verband der Ausgangspunkt ist, nun nicht mehr lange auf sich warten läßt.

Die Gesellschaft zur Förderung der wirtschaftlichen Maßnahmen ist sicherlich notwendig. Man soll auch diese Gründung vorbereiten, aber praktisch tätig werden kann sie unseres Erachtens erst, wenn der Verband tätig geworden ist, der Verbandsplan durch den Verband und durch die Länder Niedersachsen und Bremen beschlossen ist. Aber in der Zwischenzeit hat sicherlich auch diese Gesellschaft manche gute Aufgabe der Untersuchung und der Feststellung. Also auch das ist aus unserer Sicht notwendig.

Bei den Überlegungen für die Landesplanung für die Region ist sicherlich auch ein Überdenken des Raumes notwendig. Und die Frage ist zu bedenken, ob der Raum um Wilhelmshaven einbezogen werden sollte. Bei den jetzigen Veröffentlichungen ist es immer ein wenig offen geblieben. Aber wir meinen,

daß dieser Raum mit in die Untersuchung einbezogen werden muß.

Dann, glaube ich, muß man etwas mit Bedauern festhalten, daß der Senat, soweit Informationen da sind, sich nicht eingeschaltet hat in die Gespräche, die das Land Bremen dennoch betreffen werden bei einer Gebietsreform im niedersächsischen Raum. Ich persönlich und auch meine Fraktion halten es für bedauerlich, wenn die Gebietsreform, wie sie vorliegt, die Weser zur Grenze macht, daß also unsere Region durch eine Verwaltungsgrenze getrennt wird.

Wenn hier noch Möglichkeiten des Gesprächs sein sollten — ich möchte annehmen, daß es noch so ist —, dann sollte man dieses Thema doch wieder aufgreifen. Es wäre wirklich für den organischen Ablauf, für das Geschehen in der Region, dem späteren Verband, etwas schwierig und unerfreulich, wenn der Strom direkt diese Verwaltungsgrenze sein würde. Es bieten sich andere Lösungen an. Sie sind ja auch von Fachleuten erarbeitet worden. Deshalb sollte man dieses Thema noch einmal überdenken.

In diesem Zusammenhang ist wissenswert, daß neben dem schon bestehenden Verband Großraum Hannover der Raum um Braunschweig als Verband in Vorbereitung ist, und der Raum um Osnabrück. Deshalb wäre es wünschenswert und sehr erfreulich, wenn die Region Weser/Jade der nächste Planungsverband sein könnte.

Dann sollte man die Zeit nutzen und Fachleute berufen. Ein Kreis von Juristen sollte die Satzung des Verbandes im Idealzustand erarbeiten und dann in die Planungsgremien der Parlamente bringen, denn es muß ja erst eine juristische Form gefunden werden, um dann auch wirklich zu sehen, ob das Ziel auf der parlamentarischen Ebene gutgeheißen wird und für die Region sinnvoll ist. Dasselbe wird notwendig sein aus der Erfahrung anderer Verbände, daß Fachleute von Rang und Ruf den Verbandsplan, den Idealplan — so darf ich einmal sagen — erarbeiten.

In diesem Zusammenhang ist auch festzuhalten, daß es wünschenswert ist, daß im neuen Jahr der nichtständige Ausschuß für die landesplanerischen Fragen wieder aktiv wird. Meines Erachtens sind für den Ausschuß doch noch einige Aufgaben, vielleicht sogar sehr viele Aufgaben da, die er mit klären helfen kann.

Ich habe bei diesem Fragenkomplex nur einige große Anliegen angesprochen, will auch nicht weiter ins Detail gehen. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, wenn wir uns in die Aufgaben des größeren Raumes begeben, daß es auch einer Überlegung wert ist — hier spreche ich eine Frage an, die sowohl den Landes- als auch den Stadthaushalt angeht und die auch vielleicht den Stadthaushalt Bremerhavens mit anspricht —, daß man unseren Grundstücksfonds, der heute auf drei Senatsbereiche verteilt ist, zu einem einheitlichen Grundstücksfonds zusammenfügen sollte, um zu vermeiden, daß verschiedene Verhandlungen geführt werden, bald von dieser, bald von jener senatorischen Ebene. Ich glaube, es lohnt sich, auch diesen Gedanken zu überprüfen und dem nachzugehen, ob es nicht sinnvoll ist, wenn wir für die Aufgaben der Region einen Grundstücksfonds und damit auch für die Stadtgemeinde haben. Verwaltungsmäßig wird dann auch manches übersichtlicher und leichter.

Die Fragen von übergeordneter Bedeutung für den Bauhaushalt der Stadtgemeinde möchte ich heute nicht ansprechen, weil es Fragen sind, die speziell die Stadt betreffen. Ich will nur noch eines sagen zu den Hinweisen auf den Flughafen. Die besonderen Anliegen werde ich dann im Zusammenhang mit unserem Antrag ansprechen.

(Abg. Klemmer [SPD]: Mit einem Ihrer Anträge!)

Mit einem der Anträge — mit unserem Antrag, Herr Klemmer! Ich glaube aber, daß man sich darüber klar sein muß, daß der Flughafen weiterer Förderung und Ordnung bedarf, auch wenn man seitens von Spezialisten und Fachleuten zu dem Ergebnis kommen sollte, es wäre sinnvoll, ihn zu schließen. Aber die Schließung wird man ja erst vornehmen können, wenn der neue Flughafen da ist, daß heißt also aus meiner Beobachtung und Sicht in etwa zehn Jahren.

(Abg. John [FDP]: Der Senat ist ja dazu gefragt worden!)

Aber man muß für diese zehn Jahre doch schon etwas tun.

Ich meine, in der allgemeinen Aussprache ist es sinnvoll, festzuhalten, daß man nicht unbedingt auf bundesrechtliche Regelungen warten muß,

(Senator Dr. Borttscheller: Sehr richtig!)

sondern genauso handeln sollte, wie beispielsweise Berlin gehandelt hat für seinen Flugplatz und für seine Umgebung, um der Bevölkerung zu dienen. Solche Überlegungen sind meines Erachtens im Parlament und in den Deputationen durchaus sinnvoll, und diesen Überlegungen sollten wir gemeinsam, meine ich, nachgehen.

Das mag zu den allgemeinen Ausführungen genügen. Den Stadthaushalt werde ich, wie gesagt, dann in der allgemeinen Aussprache gesondert ansprechen. Ich bitte, Ihre Aufmerksamkeit besonders den Überlegungen für die Region zu schenken. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Es spricht Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir ein besonderes Bedürfnis und ein Vergnügen zugleich, mich herzlich bei dem Abgeordneten Herrn Iversen zu bedanken, daß er mir Ge-

legenheit gegeben hat, zu einigen grundsätzlichen Fragen der Regional- und Landesplanung Stellung zu nehmen. Nicht immer gibt die Opposition einem Regierungschef eine solch gute Gelegenheit. Danke sehr!

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: So sind wir!)

Es ist die Frage gestellt worden, wie die gemeinsame Landesplanung mehr als in dem exekutiven Rahmen heute mit Fleisch, mit Leben, mit Blut, parlamentarischen Überlegungen, Überzeugungen angefüllt und angereichert werden kann. Es ist darauf hingewiesen worden, daß, wenn man in die Zukunft projektieren will, sich nicht an herkömmliche Planungsüberlegungen und an Grenzen festhalten, sondern wirklich den Mut haben sollte, einmal in die Zukunft zu schauen!

Das ist zwar eben nicht von Herrn Iversen ausgesprochen, mir aber regelmäßig von ihm vorgetragen worden. Deswegen darf ich das hier als eine Einheit behandeln. Ich bin mit ihm da völlig einer Meinung.

Die jetzige Form der bremisch-niedersächsischen Landesplanung ist zunächst ein Versuch, im unmittelbaren gebietlichen und regionalen Bereich zwischen Niedersachsen und Bremen längs der Weser in gemeinsamer Übereinstimmung wirtschaftliche, kulturelle und Erholungsbereiche aufzuzeigen und darzutun, wie sich später einmal die Konzentration der Bevölkerungsbewegungen niederschlagen wird. Aber ganz sicher ist damit nicht eine ganz bestimmte Planungsvorstellung abgestimmt, weil die Planungskompetenzen der jeweiligen Gebietskörperschaften, aber auch der Landesregierungen, damit nicht beeinträchtigt werden, sondern einfach nur Richtschnüre, Richtpunkte gesetzt worden sind für ein bestimmtes Handeln der Exekutive.

Ich glaube, bei aller Skepsis zu dieser Landesplanung, die ja doch überwiegend in Händen der Exekutive und nicht im gemeinsamen Bezug von Parlament und Regierung liegt, haben wir in unserer Region sehr deutliche, sehr vernünftige und sehr positive Ansatzpunkte einer gemeinsamen niedersächsischen-bremischen, schlicht einer gemeinsamen Regionalbetrachtung.

Nun sagt der Herr Abgeordnete Iversen: Aber wir wollen über diese bisherigen Exekutivmaßnahmen hinausgehen, in die Konkretisierung dessen einsteigen, was auf uns zukommt. Das mag die Abgrenzung des Raumes sein — hier war Wilhelmshaven angesprochen —, es mag die vertragliche Abgrenzung angesprochen sein, die juristische Judifikation, wie auch die Überlegung: Was kann man eigentlich in diesem Raume alles tun?

Er sprach von einem Staatsvertrag, einem Staatsvertrag, den der Senat der Landesregierung Niedersachsen angeboten hat, und zwar zunächst nur für einen regional beschränkten Bereich der Luneplate. Das Echo Niedersachsens ist — um es einmal so zu formulieren —: Wenn schon ein Staatsvertrag, dann nicht nur für ein spezielles Projekt am Unterweserkopf, sondern für einen größeren Bereich.

Der Senat in Bremen hat sich ganz eindeutig auch für die größere Entscheidung und größere Regelung ausgesprochen. Was offen ist, meine sehr verehrten Damen und Herren — und ich glaube, das bremische Parlament wird das sehr wohl mit uns gemeinsam beachten —, ist die Form der künftigen Zusammenarbeit. Herr Iversen hat apodiktisch gesagt: Planungsverband. Sicher, das ist eine Möglichkeit.

Die Sozialdemokraten waren früher die Auffassung, man müsse zu einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die im wesentlichen die spezifischen Interessen der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region sehen würde, eine Entwicklungsgesellschaft danebenstellen, nicht auf öffentlich-rechtlicher Grundlage, sondern auf privatrechtlicher Grundlage, um den jeweiligen Gebietskörperschaften die Planungskompetenzen voll zu erhalten, andererseits aber im Rahmen des gemeinsamen Gesprächs, der gemeinsamen Beschlüsse mit allen politisch tragenden Kräften in unserem Umland Konzeptionen zu entwickeln.

Ob es nun zu einer solchen Entwicklungsgesellschaft oder zu einem Entwicklungsverband oder Planungsverband kommt, oder ob es zu einem weiteren Schritt kommt, daß Entwicklung, Planung und Ausführung in etwa in andere Bereiche überlagert werden müssen, muß sehr gründlich untersucht werden, auch von diesem Hohen Haus, und zwar aus vielfältiger Beziehung untersucht werden. Ich würde mich heute auch nicht für den Senat festlegen wollen, was ist hier der bessere Weg, sondern offen sein für alle Vorschläge, die aus dieser Richtung aus Niedersachsen auf uns zukommen.

Das, worüber wir einig sind, ist, daß wir in diesen großen Beziehungen wirklich über herkömmliche bisherige Zusammenarbeit hinaus zu weitergehender vertiefender Planungskonzeption für den gesamten Raum kommen müssen und daneben, neben der Planungskonzeption, auch versuchen müssen, in unserer Region durch gemeinsame Anstrengungen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Wirtschaft in diesem Raum wesentlich gekräftigt und verstärkt wird. Und wenn wir von Wirtschaft sprechen, so meinen wir alle Teile der Wirtschaft. Die Grundstoffindustrie genauso wie die verarbeitende Industrie, wie auch die tertiären Wirtschaftsbereiche. Wir meinen die Industrie genauso wie Handel und Gewerbe, wir meinen alle die, die hier beteiligt sind an der Schaffung von volkswirtschaftlichem Produktiveinkommen.

Aber Sie werden mit mir der Meinung sein, wir sollten heute nicht die juristische Fiktion diskutieren, denn das liegt nicht in unserer Hand allein — da sind wir einig, Herr Iversen, wie ich annehme —, sondern das ist eine Frage auch, welche Vorstellungen in Niedersachsen entwickelt worden sind. Denn so schön ein Entwicklungs- oder Planungsverband für Osnabrück sein kann, so wenig weiß ich, ob er übertragbar ist auf eine Beziehung zweier Länder oder ob man nicht dazwischen Modifizierungen treffen muß zur einen oder zur anderen Seite. Das sind

Fragen, die wir der niedersächsischen Regierung angeboten haben für ein offenes Gespräch.

Ich muß sagen, die Schwierigkeiten in Niedersachsen liegen einfach in im Augenblick noch nicht klar abgrenzbaren Bereichen, ob die Vorstellungen — darf ich sie einmal auf Namen beziehen, ohne damit gleich Programme zu verbinden —, ob eine Vorstellung Möller nicht unter Umständen der Vorstellung Lehners widerspricht oder umgekehrt und ob es in Niedersachsen zu einer einheitlichen Vorstellung kommt. Im Positiven wie in der Abgrenzung natürlich.

Wirtschaftsförderung dagegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird man aus zwei verschiedenen Gesichtspunkten her betrachten müssen. Das eine, so glaube ich, ist die Frage, wie können wir insgesamt für den nordwestdeutschen Raum und speziell für unsere Region werben. Das war eines der Anliegen der auch von Ihnen gebilligten und mitfinanzierten Amerika-Fahrt, die nicht speziell zu begrenzen war auf Bremen und Bremerhaven oder auf die Unterweser allein, was die wirtschaftliche Ansiedlung anbelangt, sondern insgesamt zu werben für die Küste, aber im Rahmen der Küste selbst dazu beizutragen, daß unser Teil in diesem Küstenbereich so attraktiv ist, daß neue Möglichkeiten entwickelt werden.

Zweitens, wenn wir von Industrie- und Wirtschaftsansiedlung sprechen, meinen wir zunächst Stärkung und Förderung der einheimischen Wirtschaft und sodann zusätzliche Ansiedlung neuer Wirtschaft, denn wir möchten nicht etwa mit den Mitteln der einheimischen Wirtschaft die Konkurrenz ansiedeln auf Kosten der einheimischen Wirtschaft, sondern wir möchten die Palette unterschiedlicher Meinungen bereichern. Kein Widerspruch! Ich glaube, auch hier ist Übereinstimmung in diesem Hause. Auch Übereinstimmung mit den Kammern in unserem Raum.

Ob allerdings — und das sei dahingestellt — im Rahmen dieser künftigen gemeinsamen Zusammenarbeit, für die auf beiden Seiten das Echo positiv ist oder jedenfalls noch so klingt, gleich in welchem Rahmen auch immer, daraus konkrete Verbandsplanungen erwachsen oder gesellschaftliche Entwicklungsplanungen erwachsen, oder ob nur Prinzipien festgelegt werden, auf die wir uns gemeinsam einigen können, wird auch eine Frage des Selbstverständnisses von Niedersachsen sein, das ja nicht nur mit Bremen gemeinsame Überlegungen anstellen muß, sondern mit Hamburg auf der einen Seite, mit Nordrhein-Westfalen etwa im Raum Höxter-Holzminden, und bei Hannoversch-Münden auch mit dem Land Hessen noch zusammenarbeiten muß. Man muß also die hier etwas andere Position des befreundeten größeren Nachbarlandes sehr wohl mit sehen und auch den notwendigen Respekt für unter Umständen differenzierte Meinungen aufbringen.

Zweitens, so meine ich, sollten wir, was Planungskonzeptionen anbelangt, nicht den Ehrgeiz haben, allein zu glauben, daß man hier den Stein des Weisen gefunden habe. Das meine ich für Bremen insgesamt, aber in Bremen auch für jede politische Gruppierung einschließlich des Senats. Auch hier sind wir offen für jede Anregung, die in diesem Bereich entsteht, weil wir, wie ich glaube, nur aus gemeinsamer Diskussion und Anregung leben können.

Es ist gesagt worden, wir müssen dabei sowohl der regionalen Planung, der Konzeption also, als auch dem Bereich der Wirtschaftsförderung unser besonderes Augenmerk schenken. Und wenn wir von Wirtschaftsförderung sprechen, darf ich sagen, daß ich persönlich die Hoffnung habe, daß bankenneutral, wettbewerbsneutral, getragen von der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg-Bremen als einer gemeinsamen Anstalt des Landes Niedersachsen und Bremens eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft in kürzester Zeit gegründet werden kann, die aber nicht, wie der Name heißt, effektiv in der Lage wäre, aus Eigenem heraus die Wirtschaft zu fördern, sondern die für unseren Raum werben kann, Grundlagen erarbeiten kann für die wirtschaftliche Förderung und Angebote zur Förderung anzubieten hat.

Wenn es in die eigentliche wirtschaftliche Förderung geht, müssen beide Länder zur Kasse greifen, müssen die entsprechenden Parlamentarier in beiden Ländern auch die politisch finanziellen Konsequenzen ziehen. Es wäre auch gefährlich, wenn am Parlament vorbei finanzielle Transaktionen in einem Umfang betrieben werden, die unter Umständen Grundsatzfragen entscheidend in Frage stellen könnten. Und so meine ich, wird auch hier eine bestimmte gemeinsame Verantwortung von Parlament und Senat effektiv werden. Wir wissen doch aus der Erfahrung, daß man, wenn man diesen Weg von Gesellschaften geht, sie mindestens so eng an die gemeinsame Verantwortung der Regierung und des Parlaments anknüpfen muß, damit wir offen sehen, was sich in diesen Bereichen abspielt. Bis jetzt haben wir ja wohl aus der Erfahrung der vergangenen Zeit ein wenig gelernt. Bis jetzt ein wenig! Ich grenze das bewußt ein.

Wenn nun gesagt wird, wir müssen dabei auch Fachleute von Rang und Ruf haben, und die sollten bei der Verbandsplanung mitarbeiten, nun schön! Ich glaube, alles das, was für die regionale Entwicklung in unserem Raum notwendig sein wird, soll erarbeitet werden von sachkundigen Leuten, sollte diskutiert und kritisiert werden von fachkundigen Leuten nicht nur aus dem Parlament und darüber hinaus, sondern auch von denen, die in freier Wildbahn, abgesichert an der Universität oder nicht abgesichert ansonsten in der Wirtschaft, sich mit diesen Problemen beschäftigen und deren Rat und deren wissenschaftliche und auch menschlich-sachliche Erfahrung wir uns zunutze zu machen haben.

Wobei ich sagen muß, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir von Entwicklung der Region sprechen, dann dürfen wir sie nicht nur vordergründig in der wirtschaftlichen Entwicklung allein sehen, sondern wirtschaftliche Entwick-

lung der Region wird eine Frage sein des betrieblichen und gewerblichen Bereichs, wird eine Frage sein des primären, sekundären und tertiären Gewerbes, wird eine Frage sein der verkehrlichen Infrastruktur, wird eine Frage sein der allgemeinen Versorgung der Menschen und Unternehmungen mit Gas, Wasser und Strom und Abwässern und alles, was dazu gehört — Immission und Lärmschutz mag darin eingeschlossen werden, um auch die Anregung von Herrn Dr. Sieling aufzugreifen —, und wir müssen mindestens dabei sehen, daß im gleichen Umfang, gesehen auf das Jahr 1980 oder gar 2000, die kulturellen und Freizeitzentren von gleicher Bedeutung sein werden wie die künftigen Wohnstätten.

Alles das wird eine Einheit sein, und alles das wird nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen sein, aber wir werden uns in den Konzeptionen gemeinsam annähern.

Sehen Sie, wenn ich einen Satz sagen darf zu einer Debatte vom gestrigen Tag, dann den, daß wir ja hier ganz erstaunliche Erklärungen gehört haben über die heutige progressive Schulpolitik bestimmter Gruppen auch in diesem Parlament, die ich mit großer Freude entgegengenommen habe, dann bin ich andererseits ganz sicher, wir werden auch in diesem Hohen Hause uns, was Konzeptionen für die Region anbelangt, sehr wohl verständigen können; wobei es zum Schluß nur darauf ankommen wird, nicht mehr in ideologischen Gegensätzen zu arbeiten, sondern vielleicht im Gegensatz von mehr oder weniger Information zu leben.

Das Parlament sollte ein Interesse daran haben, die gleiche Information zu erlangen, wie eine Regierung sie hat.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr gut!)

Das ist eine Forderung der SPD als Opposition im Bundestag gewesen. Ich bin sicher, die CDU als Opposition im Bundestag wird die gleiche Forderung erheben.

(Abg. Klein [CDU]: Da gibt es auch keine Vertraulichkeit!)

Doch, die gibt es auch! Verzeihen Sie, Herr Klein, ich glaube, das ist falsch. Und da wird eine der ganz entscheidenden Fragen der Zusammenarbeit kommen, ob wir nämlich dann, wenn wir bereit sind, alle Informationsquellen zu öffnen, die Sie haben müssen, wenn Sie uns kontrollieren wollen oder wenn Sie uns mit Rat und Tat zur Seite stehen wollen, ob wir nicht einen Teil dieser Information tatsächlich in unserem gemeinsamen Interesse vertraulich behandeln müssen. Wobei wir uns darüber verständigen müssen, was ist vertraulich oder was ist so legitim, daß es in öffentlicher Sitzung angesprochen werden muß.

(Abg. Klein [CDU]: Kinder sind legitim!)

Ob Kinder immer legitim sind, weiß ich nicht.

(Heiterkeit)

Daß der „Kinderberg" legitim ist, unterstelle ich, daß wir darüber sprechen können auch.

(Abg. Klein [CDU]: Wir sind doch keine Kellerkinder!)

Nein, aber die Frage ist, Herr Klein, wir brauchen auch Ihr Einverständnis, wenn Sie zu Recht den Anspruch erheben, bessere und schnellere und sachdienlichere Informationen zu bekommen, daß Sie die Position auch derjenigen mit sehen müssen, die unter Umständen bestimmte Informationen nicht preisgeben können, es sei denn, man hat die Garantie, daß sie vertraulich behandelt werden. Das müssen wir nicht nur in unserem gemeinsamen Interesse, sondern auch im Interesse derjenigen, die von uns etwas wollen, nämlich das Gewerbe, die Industrie, der Handel und so weiter. Auch darüber kann man sich verständigen.

(Abg. Klein [CDU]: Natürlich!)

Einverstanden! Ja, ich stelle fest, es ist eben doch ein Wandel eingetreten. Der Schritt zur großen Reform auch in der Gesinnung ist eindeutig erkennbar.

(Zurufe von der SPD)

Und das akzeptiere ich!

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Nicht so schnell, Herr Bürgermeister!)

Verzeihen Sie, ich habe nicht von Ihnen gesprochen, Herr Dr. Schäfer, ich spreche jetzt ganz allgemein.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich spreche jetzt ganz allgemein, und das habe ich als positiv empfunden. Ich will es jetzt gar nicht konkretisieren auf jeden einzelnen. Ich behaupte nicht einmal von mir, daß ich immer in allen Fragen sehr reformfreudig bin. Im manchen bremenbezogenen Fragen bin ich ausgesprochen konservativ und bin ganz stolz darauf. Aber da, wo ich stolz darauf bin, sind Sie bisher ja immer dagegen gewesen. Aber das ist ja egal.

(Zuruf des Abg. Koschek [CDU])

Sehen Sie, auch das ist ein Irrtum. Meine Partei ist progressiv, aber wirft nicht die Geschichte über Bord, auch nicht die guten Erfahrungen, sondern wir denken darüber nach, was früher einmal falsch gemacht worden ist oder auch, was wir falsch gemacht haben, um es besser zu machen. Das nehme ich für mich in Anspruch, über eigene Fehler nachdenken zu können. Wenn Sie das nicht wollen, Sie müssen ja nicht über Ihre Fehler nachdenken, aber räumen Sie mir ein, daß ich über meine Fehler nachdenken darf.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Manchmal denkt es sich leichter, über die Fehler anderer nachzudenken! — Heiterkeit)

Herr Koschek reizt mich immer wieder zu freundlichen Gesprächen. Ich bitte um Entschuldigung, aber

es ist wirklich nett. Sie geben mir Gelegenheit, alles das zu sagen, was ich so gern im Wahlkampf sagen möchte. — Dabei halte ich meistens zurück, um Sie zu schonen.

(Abg. Koschek [CDU]: Da haben wir noch zwei Jahre Zeit!)

Im Bürgerschaftswahlkampf kämpfen wir doch gar nicht mehr gegeneinander, Herr Koschek, da verkaufen Sie Betten, ich vertrete die Politik, und wir sind zufrieden.

(Heiterkeit)

Wenn wir aber auf die Sachargumente von Herrn Iversen noch einmal zurückkehren könnten, dann meine ich, sollten wir ganz sachlich über einige Fragen gemeinsam nachdenken. Ich bitte Sie ganz herzlich, nicht nur in öffentlichen Sitzungen, sondern auch in anderen Sitzungen zu diskutieren, wie groß sollte der Raum sein, den wir wirklich schöpferisch erfassen können.

Ich bin mit Herrn Iversen der gleichen Meinung, daß der Raum Wilhelmshaven in die Planungsüberlegungen einbezogen werden muß.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Sicher!)

Das ist ganz sicher. Ich bin allerdings nicht sicher, und ich zweifle daran, ich habe es Ihnen schon mitgeteilt, daß wir etwa in der Lage wären, finanzielle Entwicklungsprojekte in Wilhelmshaven zu fördern. Das ist ja auch gar nicht erforderlich. Die Frage ist hier, wo müssen wir gemeinsame Planungen haben, wo können wir gemeinsam kooperieren, wo können wir nach gemeinsamen Lösungen suchen, und wo können wir öffentliche Mittel gemeinsam ansetzen. Das kann man hier nicht ad hoc abschließen. Ich möchte auch die Freiheit haben, mit Niedersachsen zu sprechen. Das sind alles Fragen, die zu lösen sind.

Nur kann ich jetzt schon sagen, wer glaubt, daß wir in Bremen so stark sind, Ostfriesland oder Wilhelmshaven finanziell zu unterstützen, überschätzt unser Leistungsvermögen. Das sage ich in aller Offenheit. Aber dafür einzutreten, daß in diesem Raume entsprechende Entwicklungen eintreten, die die ganze Küste gemeinsam verbessern, dafür werde ich mit Nachdruck eintreten, in Bremen, in Niedersachsen, in Bonn und wo es sein muß. Wir brauchen hier in diesem gesamten Raum neue volkswirtschaftliche Potenzen, neue Kräfte, die uns den Weg vorantreiben.

Lassen Sie mich zu zwei Dingen etwas sagen: Rund 20 Prozent der deutschen Bevölkerung leben im norddeutschen Küstengebiet, in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen, in Hamburg und in Bremen, das sind rund 12 Millionen Menschen. Das ist die gleiche Zahl wie im Ruhrgebiet! Als Strukturkrisen im Ruhrgebiet gewesen sind, haben alle Regierungen — auch die Oppositionsparteien — gemeinsam darum gekämpft, Strukturkrisen dort zu bekämpfen. Das war richtig. Wenn sich strukturelle Schwierigkeiten in anderen Bereichen Deutschlands zeigen, so an der Küste, meine ich, werden wir auch von der Bundesregierung erwarten können, daß sie mit uns gemeinsam bemüht ist, hier die Strukturschwierigkeiten zu beheben. Denn nicht die Frage steht, wie eng leben die Menschen aufeinander, sondern die Frage ist, was können wir tun, um gemeinsam die Regionen in Deutschland voranzubringen.

Hier habe ich allerdings die große Hoffnung aus der Regierungserklärung der neuen Bundesregierung, daß auch für diesen Raum sich andere Gesichtspunkte entwickeln werden als in der Vergangenheit. Ich sage das nicht als Vorwurf, denn in der Vergangenheit haben wir häufig unter Wirtschaftsförderung örtliche Förderungen in Aufbauorten und so weiter verstanden. Das langt einfach nicht mehr. Wenn wir Wirtschaftsförderung für die Zukunft betreiben wollen, müssen wir regionale Förderung betreiben. Das ist kein Vorwurf an eine frühere Bundesregierung, das ist eine Erkenntnis aus neuen Überlegungen, aus denen wir gemeinsam partizipieren können. Aus diesem Grund hoffe ich sehr, daß diese Konzeptionen sich auch für unseren Raum fruchtbar niederschlagen werden.

Ich bin persönlich glücklich darüber, daß der neue Bausenator, der im Augenblick ja noch in Bonn im Bundestag sein muß, in Bremen sich gerade diesen Problemen der regionalen Planungen besonders zuwenden wird und die Zusammenarbeit in unserem Raum als eine besonders politisch interessante Frage betrachtet. Sie werden also hier, Herr Iversen, als Deputierter in der Baudeputation einen fruchtbaren Gesprächspartner haben, so wie Sie es beim Kollegen Löbert oder auch beim Kollegen Blase hatten. Schreiben Sie deshalb nicht soviel, diskutieren wir mehr miteinander!

Aber eines sage ich jetzt im Vorletzten, nicht im Letzten! Es ist gesagt worden, warum hat sich denn nicht der Senat in Gespräche eingeschaltet um die Gebietsreform in Niedersachsen. Wir haben Damen in diesem Raum, und deswegen möchte ich ein Gleichnis nicht gebrauchen, das ich sonst bringen möchte.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Halten Sie sich nicht zurück!)

Nein! — Dann darf ich es sagen: Genausowenig wie mich ohne Lederhosen in ein Hornissennest setzen möchte, möchte ich in dieser Frage mit Niedersachsen sprechen.

(Abg. Jackisch [CDU]: Aber Sie waren doch in Hannover, Herr Bürgermeister!)

Sehen Sie, ich war nicht nur in Hannover, ich spreche auch in Hannover.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Aber nicht in Lederhosen!)

Ich spreche mit einer ganzen Reihe von Leuten — aber nicht in Lederhosen —, ich spreche beispielsweise mit befreundeten Mitgliedern des Kabinetts, ich spreche auch mit anderen mir sehr angenehmen,

werten Mitgliedern des niedersächsischen Kabinetts. Freundschaftlich werde ich zu Herrn Möller nicht sagen dürfen, aber er ist mir lieb und wert. Wir sprechen darüber, schön! Ich spreche auch in Oldenburg mit dem Verwaltungspräsidenten und mit vielen anderen auch über Fragen der Gebietsreform, aber ich spreche nicht im Auftrag der Landesregierung, denn die Entscheidung über den Umfang der Gebietsreform liegt doch in den originären Zuständigkeiten von Niedersachsen, die in diesem Lande entschieden werden müssen.

Zu dem Pulverfaß gebietlicher Veränderungen in Niedersachsen Stellung zu nehmen, mein Gott! Da stellen Sie sich hier hin und sagen, sprechen Sie mit Niedersachsen! Wir wagen ja nicht einmal über das Ortsamt Bremen-Nord zu sprechen. Da muß ich passen!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. Klein [CDU])

Na ja, Sie natürlich, Herr Klein, das ist klar. Aber ich muß in aller Freundschaft sagen, irgendwo hört mein Mut auf.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Jawohl!)

Ob mein Sachverstand aufhört, will ich dabei gar nicht untersuchen.

Aber natürlich sollten wir jetzt nicht qua Landesregierung, wohl aber als Kreis befreundeter Mitglieder auch in Niedersachsen Gespräche führen, aber nicht mit dem Ziel, Veränderungen herbeizuführen, sondern einmal die Situation unseres Raumes darzustellen. Die Entscheidungen müssen allein von Niedersachsen getragen werden. Die können wir ihnen nicht abnehmen. Wir hoffen nur, daß vernünftige Entscheidungen getroffen werden auch in Kenntnis der Probleme des Umlandes. Hessen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hamburg, alle, die in Grenzbereichen von Niedersachsen leben.

Natürlich, wenn Sie fragen, wäre die Weser eine Grenze, würde ich sagen, nein. Aber es gibt aus niedersächsischer Sicht ein Sachargument, das ich hier einmal ansprechen möchte. Die sagen, die Wasserverbandsverhältnisse im Bereich Weser und Elbe sind so, daß man voraussichtlich die Weser nicht zu einem Bestandteil eines gemeinsamen Kreises machen kann, weil sonst die wasserwirtschaftlichen Schwierigkeiten so gefährlich werden, daß die Niedersachsen darauf auch keine Antwort wissen. Es ist also manches zu einfach gesehen, wenn wir die Dinge nur deklamatorisch darstellen können. Wenn Sie fragen, mit wem arbeiten Sie lieber, würde ich sagen, keine Antwort hier. Privat würde ich Oldenburg sagen. Aber das ist keine Antwort für die Regierung.

(Heiterkeit)

So, meine ich allerdings, gibt es noch Gesprächsmöglichkeiten, die aber bitte nicht als Kabinettsüberlegungen anzusehen sind. Das werden Sie, Herr Iversen, hoffentlich mit mir verstehen. Da Sie ja relativ gute Beziehungen haben zu Niedersachsen, zum Kabinett, zu Planern in Niedersachsen, die auch, mit großem Erfolg nach meiner Meinung, für die Aufbaugemeinschaft mitarbeiten, sollten wir alles versuchen, gemeinsam zu Sachgesprächen zu kommen. Aber uns bitte nicht in den Hornissenkampf von Niedersachsen einmischen, und zwar nicht ohne Grund, und ich sehe einen solchen Grund nicht. Ich habe Schwierigkeiten in anderen Bereichen genug.

Nun ein letztes Wort noch, meine Damen und Herren! Herr Iversen hat gesagt, gemeinsamer Grundstücksfonds, nicht mehr drei Ressorts, vier Ressorts und so weiter. Erwarten Sie hier von mir heute noch keine Antwort. Aber daß wir diese Frage sachlich überlegen, ob es bessere Lösungen gibt, das darf ich Ihnen sagen, hier sind wir an der Arbeit. Wie es ausgehen wird, vermag ich im Augenblick noch nicht zu beurteilen.

Aber geben Sie mir dennoch die Gelegenheit, mich herzlich zu bedanken, daß Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, so aus dem Stegreif heraus einige Probleme aufzuzeigen, wie ich sie sehe. — Danke sehr!

(Abg. Meurer [CDU]: So sind wir! — Beifall)

Präsident Engel: Das Wort hat der Herr Senator Dr. Borttscheller.

Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr Dr. Borttscheller: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich freue mich ungemein, wirklich einer Meinung zu sein mit Herrn Iversen. In der Tat, sollte der Flughafen einmal aufgehoben werden — um Ihr Wort zu gebrauchen —, dann wird es sehr lange Zeit dauern, ich teile Ihre Auffassung, daß es mindestens zehn Jahre dauert, daß aber in diesen zehn Jahren etwas getan werden muß für die Daseinsfürsorge der Menschen, die unter dem Lärm leiden.

Sie haben gemeint, Herr Iversen, man sollte das Berliner Beispiel heranziehen. Nun, ich weiß nicht, ob Sie wissen, daß in Berlin die Besitzer von Wohnhäusern und die Inhaber von Wohnungen herangezogen werden zum Tragen der Unkosten der Schallschutzmaßnahmen. Ich weiß nicht, ob wir uns auf diesen Weg begeben können. Ich weiß nicht, ob Sie an diesen dornigen Weg gedacht haben. Ich ziehe zunächst vor, einen Umweg zu machen, nicht diesen dornigen Pfad zu beschreiten.

Ich habe Herrn Klein im Vorbeigehen draußen in der Wandelhalle zugerufen, denkt doch dran, daß eure Freunde in Bonn der CDU/CSU im Gleichklang gehen mit den Koalitionsparteien in Bonn, und macht einen Entwurf zum Schutz gegen Fluglärm in der Umgebung von Flughäfen, der gleich ist. Ich habe in der Deputation die Mitglieder der Deputation, soweit sie der Christlich-Demokratischen Union angehören, gebeten, für einen Entwurf zu sorgen. Das habe ich nicht von ungefähr gesagt, sondern

weil es mir am Herzen liegt, daß hier drei Parteien wirklich an einem Strang ziehen. Das ist leider Gottes nicht gelungen.

Ich habe kaum die Anregung gegeben gehabt, da kommen die Anträge von der FDP und von der SPD, die ausgehen von dem Entwurf des Gesetzes, wie es im Bundestag behandelt worden ist. Der Entwurf der CDU/CSU geht aus von dem Entwurf, wie er verstümmelt worden ist, darf ich wohl sagen, im Vermittlungsausschuß. Das eine läßt sich mit dem anderen nicht in Harmonie bringen. Sie sehen — wie Sie ja selbst wissen und auch von Herrn Bürgermeister Koschnick gehört haben — nichts vor an Entschädigungskosten für Schallschutzmaßnahmen, während der berühmte § 9 in dem Entwurf der Regierungsparteien voll enthalten ist.

Das ist aber noch nicht alles! Wer setzt die Lärmschutzbereiche fest? Nach § 4 — gleichlautend CDU/CSU, SPD, FDP — für Flugplätze ziviler Art der Bundesverkehrsminister, für militärische Flugplätze der Bundesverteidigungsminister: CDU/CSU in Mitwirkung und im Einvernehmen mit dem Bundesrat und mit Zustimmung des Bundesrats, während die beiden anderen Parteien auf den Bundesrat verzichten, was nicht heißt, daß sie damit durchgekommen wären.

Ich würde vorschlagen, wir sollten auch heute nochmal an unsere Freunde der CDU und CSU appellieren, möglichst e i n e n Entwurf herzustellen. Das nützt der Sache ganz beträchtlich.

Nun muß ich es mir versagen, mich jetzt schon des Weiteren zu verbreiten über den schidderigen Betrag, den Sie für Luftschallschutzmaßnahmen ausgeben wollen: 500.000 DM. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist, na, ein Läpperbetrag im Vergleich zu dem, der sehr wahrscheinlich, insbesondere, Freund Iversen, wenn Sie dem Berliner Muster folgen, auf uns zumarschieren wird. Ich würde also auch hier meinen — jetzt schon unter Vorwegnahme meiner Stellungnahme zu Ihrem Antrag —, Sie wären gut beraten, zu warten. Lassen Sie das Gesetz über die Bühne gehen in Bonn. Wir wären wirklich gut beraten, wenn wir das täten. Lassen Sie nicht verfrüht irgendwelche Beschlüsse fassen, die dann schwierig sind in der Verwirklichung.

Sie haben zur gemeinsamen L a n d e s p l a n u n g gesprochen. Das gibt mir Gelegenheit, kurz auf den Auftrag zurückzukommen, den Sie mir am 3. September gegeben haben, mit den anderen norddeutschen Ländern, insbesondere Niedersachsen zu verhandeln, ob sie nicht doch noch bereit seien, mit Bremen gemeinsam einen Flughafen zu bauen, einen großen Flughafen mit der nötigen Kapazität. Ich habe zweimal persönlich versucht, einmal telefonisch, meinen Kollegen von Niedersachsen zu erreichen. Er war und ist noch krank, und das Letzte, was er mir hat sagen lassen, seine Krankheit habe ihn sehr gehemmt und hätte ihn davon zurückgehalten, sich so massiv mit meinem Brief, in Ihrem Auftrag geschrieben, zu beschäftigen, wie wir dies gern gewünscht hätten.

In der Zwischenzeit hat sich ein Plan in die Öffentlichkeit begeben, daß im Raum von Münster ein neuer Großflughafen gebaut werden soll unter dem Aufwand von einer Milliarde DM. Das gibt zu bedenken: Eine Milliarde! Allein diese Größenordnung schließt aus, daß Bremen jemals allein in der Lage wäre, diese Riesensumme aufzubringen, geschweige denn von der Notwendigkeit, erst einmal dafür die nötigen Grundstücke zu beschaffen. Soweit sind wir noch nicht. Ich komme in d e m Augenblick auf den Auftrag, den Sie mir am 3. September gegeben haben, zurück, wenn ich eine exakte Antwort geben kann.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Lienhoop.

Abg. **Dr. Lienhoop** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich Herrn Iversen reden hörte und danach Herrn Bürgermeister Koschnick, da wollte ich mir insgeheim die Frage an den Herrn Präsidenten erlauben, in welchem Ressort wir uns eigentlich befinden.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich glaubte, es würde jetzt die Ziffer 606, Bauwesen, dran sein, und dazu wollte ich eigentlich meine Ausführungen machen, um über den weiten Wirtschaftsraum der Unterweser, über den etwas enger gewordenen Raum des Flughafens nun auf ein Teilgebiet in Bremen zu kommen, das sowohl wirtschaftlich wie auch baumäßig verhältnismäßig eng verbunden ist. Ich glaube, daß auch hier der Satz gilt, daß wir die Wirtschaft fördern sollten und alles getan werden sollte, was zur Stärkung und Förderung der Wirtschaft möglich ist. So eben die Worte von Herrn Bürgermeister Koschnick.

Nun habe ich da einen Teil unserer Stadt im Auge — ich nehme an, daß Stadt und Land heute gemeinsam in der Grundsatzdebatte behandelt werden —, der nun nicht so winzig klein ist, daß es sich hier um einige Häuser handelt, sondern um einen Stadtteil von 40 000 bis 50 000 Einwohnern, der der Größe nach sicherlich einer guten deutschen Mittelstadt zuzurechnen ist, der jetzt auch so etwas wie um seine wirtschaftliche Zukunft bangt. Das ist sicherlich pathetisch ausgedrückt, hat aber einen durchaus moralischen Grund.

Sie wissen, wenn ich den B e b a u u n g s p l a n 6 9 2 vor Augen habe — und Sie werden sicherlich auch noch Gelegenheit haben, sich mit ihm befassen zu sollen —, dann wissen Sie, daß in den vergangenen Jahren, Herr Ströh weiß schon, was ich sagen will, die wohl weise Bauleitung hier in Bremen eine Straße beschlossen hat, die quer durch den Stadtteil G r ö p e l i n g e n geht. Nun ist nichts gegen eine solche Straßenverbindung zu sagen,

(Abg. K l e m m e r [SPD]: Das ist doch Stadthaushalt!)

denn Verkehrsverbindungen sind überregional notwendig, und man kann es dem Stadtkern nicht zumuten, ohne einen Verbindungsweg nach seinen nordbremischen Stadtteilen zu sein. Nun ist es so, daß wir schon nach Bremen-Nord und Lesum kommen können sowohl auf der Werftstraße, wie noch nach weiteren Planungen, aber dem sind da sehr große Hindernisse entgegengesetzt.

(Abg. Klemmer [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Aber zunächst möchte ich Herrn Klemmers Frage beantworten, Herr Präsident!

Präsident Engel: Herr Klemmer, Sie haben durch Herrn Dr. Lienhoop schon die Bereitwilligkeit gehört. — Bitte!

Abg. **Klemmer** (SPD): Herr Dr. Lienhoop, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß Sie ähnlich wie der Kollege Iversen sich in einem Irrtum befinden, wenn Sie den Komplex, den Sie angerissen haben, hier im Landeshaushalt abhandeln wollen?

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Klemmer, in der Interfraktionellen Sitzung ist in groben Zügen vereinbart worden, daß die Grenzen durchaus flüssig sein können, und das ist hier der Fall.

Bitte, Herr Dr. Lienhoop!

Abg. **Dr. Lienhoop** (FDP): Herr Klemmer, ich darf bemerken, daß das, was der Herr Präsident eben gesagt hat, mir bereits bekannt war, und ich sagte einige Sätze vorher schon, daß wir Stadt- und Landeshaushalt wohl zusammen behandeln sollten, und zwar in der Grundsatzdebatte. Sonst hätte ich mich erst am Montag zum Wort gemeldet.

(Abg. Klemmer [SPD]: Jetzt geht alles durcheinander!)

Nun, der Stadtteil Gröpelingen, den ich eben erwähnte, den Sie sich vorstellen müssen, der aus dem Gebiet zwischen der Gröpelinger Heerstraße, beziehungsweise aus dem geplanten Gummiweg im Norden, und im Westen aus der Werftstraße besteht, läuft nun Gefahr, durch die neu geplante Dockstraße vollständig zerschnitten zu werden, wobei die Dockstraße jetzt eine Tangente durch den Stadtteil Gröpelingen von der Werftstraße zur Werftstraße bildet und hier einen Teil Gröpelingens mit etwa 14 000 Einwohnern abschneiden würde. Das wäre noch nicht das schlimmste. Diese Straße soll aber noch die Hauptverkehrsstraße werden, die nicht nur durch Verkehrsinseln allein der Gefahr des Verkehrs entkleidet werden soll, sondern durch den Lasterverkehr, den Containerverkehr dann sicherlich in zwei ungleich große Teile zerlegt wird. Da dann auch noch die Lindenhofstraße — wer Gröpelingen kennt, weiß, was ich meine — zu einer Hauptverkehrsstraße gemacht werden soll, der kann dann erleben, daß dieser bisher so lebensfrohe und wirtschaftstüchtige Stadtteil Gröpelingen buchstäblich geviertelt wird.

Dagegen haben nun die Gröpelinger Einwohner durch ihren Bürgerverein, ihre Interessenverbände massiv Einspruch erhoben, und diesem Einspruch sind wir nachgegangen. Wir haben diese Einwendungen untersucht und müssen soweit feststellen — jedenfalls ich, der ich dabei war —, daß diese Proteste durchaus zu Recht erfolgen. Warum sollte es nicht möglich sein, die Werftstraße mit einigen geringeren Mitteln auszubauen — ich will jetzt nicht ins Detail gehen — und die Dockstraße als einen internen Stadtverkehrsweg zu belassen?

Solch ein Stadtteil wie Gröpelingen, der, wie ich sagte, mit 40 000 Einwohnern der Größe einer Mittelstadt entspricht, hat sein Wirtschaftsrecht und sein eigenes Wirtschaftsleben. Diese Interessenverbände, die ihre Wirtschaft vorantreiben wollen, haben die Möglichkeit dazu. Wenn ihnen aber ein großer Ortsteil abgeschnitten wird, und nicht nur, daß er abgeschnitten wird, sondern daß dieser nunmehr als abgeschlossener Ortsteil der Gewerbeklasse I zugeschlagen werden soll, dann kann man sich vorstellen, daß dieser Ortsteil wirtschaftlich eines Tages tot sein wird und der ganze Stadtteil Gröpelingen wirtschaftlich langsam, aber ziemlich sicher dann wohl nicht mehr ein Aufleben, sondern ein Ableben erleben wird.

Hier den Finger drauf zu halten und diese Sachen weiter zu verfolgen, zu untersuchen, vor allen Dingen die sehr positiven und brauchbaren Gegenvorschläge des dortigen Interessenverbandes und des Bürgervereins und der Architekten anzusehen und zu prüfen, ernsthaft durchzuprüfen, das soll hier mein Anliegen sein. Ich würde darum bitten, daß wir uns mit diesem Punkt der Gröpelinger Planung mehr befassen sollten. — Danke schön!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Engel: Meine Damen und Herren, ich hatte eben darauf aufmerksam gemacht, daß in der Interfraktionellen Sitzung doch ins Auge gefaßt war, daß die Grenzen zwischen Abschnitten, die sowohl im Land als auch in der Stadt verhandelt werden, flüssig sein könnten. Ich würde aber dem Hause dringend empfehlen, beim Landeshaushalt doch nicht Einzeldinge anzusprechen, wie Sie es eben gemacht haben, Herr Dr. Lienhoop. Das sollten wir uns wirklich für die Verhandlung des Stadthaushalts vorbehalten.

Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Ramke.

Abg. **Ramke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich spreche nicht über Landesplanung, denn ich meine, man sollte nicht nur mit der Peitsche ins Wasser knallen, um Wellen zu machen.

(Beifall bei der CDU — Bürgermeister Koschnick: Bravo!)

Deswegen, weil der Bezirk auch ziemlich eingegrenzt ist, über den wir an dieser Stelle grundsätzlich

sprechen können, möchte ich zu einigen anderen Punkten kommen. Aber ich möchte das Wort von Herrn Bürgermeister Koschnick aufgreifen, wo er sagte, wir lernen aus unseren Fehlern, was falsch gemacht worden ist, muß besser gemacht werden oder reformiert werden. Das ist an und für sich der Aufhänger, an dem ich jetzt anfange.

Als Herr Senator Löbert als Interims-Senator das Bauressort übernahm, sagte er zu uns Mitgliedern der Baudeputation: „Meine Herren, verlangen Sie nicht von mir, daß ich zusätzlich zu meinem großen Ressort für das Innere hier im Bauressort noch Reformen durchführen werde."

Herr Senator Löbert hat sich bemüht, das Schiff mit Schlagseite durch die Klippen zu steuern, und wir haben es bis zum heutigen Tage auch soweit hinbekommen. Aber seit Mittwoch dieser Woche haben wir einen neuen Bausenator, und dem möchten wir für die Zukunft einige Reformvorschläge mit auf den Weg geben.

Ich glaube, ein Punkt, den wir hier anschneiden müssen, weil er teilweise schon aus dem Jahr 1906 stammt, ist die Bremische Bauordnung.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Sehr wahr!)

Die Bremische Bauordnung ist die einzige Bauordnung in der Bundesrepublik, die im Fachhandel nicht zu bekommen ist.

(Heiterkeit bei der CDU — Abg. Fischer [CDU]: Das ist vertraulich!)

In entsprechenden Katalogen der Fachbücher steht unter Bauordnungen der Länder: Im Fachhandel nicht zu erhalten.

(Abg. Klein [CDU]: Aber antiquarisch! — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Auch nicht!)

Natürlich werden mir einige Herren entgegnen, man kann das Buch kaufen. Jawohl! Aus dem Grund, weil sich Berufsverbände bereiterklärt haben, das Buch unter der Hand zu drucken und zu vertreiben.

(Heiterkeit)

Ich meine, es reicht nicht aus, daß ein Bürger, der aufgrund der Bauordnung irgendwelche Auflagen, Bedingungen oder Gebote erhält, nicht einmal die Möglichkeit hat, diese Gesetze im freien Buchhandel, wie jedes andere Gesetz auch, kaufen zu können. Es ist jetzt erforderlich, daß wir diese Bauordnung endlich einmal auf den Tisch dieses Hauses bekommen. Den Mitgliedern der Deputation für das Bauwesen ist dieser Referentenentwurf vorgelegt worden. Diskutiert worden ist dieser Entwurf noch nicht! Wir kommen allein nicht nur mit Dienstanweisungen und Richtlinien durch; dazu ist das ganze Gebiet der Baugesetze zu komplex geworden.

In diesem Zusammenhang Bauordnung ist es meiner Ansicht nach erforderlich, daß wir gemeinsam mit dem Bausenator auch noch eine andere Sache — ich habe jetzt nicht antiquarische Sache gesagt — durchsprechen müssen. Das ist das sogenannte Göhler-Gutachten. Auch dieses Göhler-Gutachten liegt den Deputierten in der Baudeputation seit ungefähr eineinhalb Jahren vor. Wir haben dieses aber noch nicht diskutiert. Sehr häufig erleben wir es immer wieder, daß irgendwelche Umstrukturierungen und Beförderungen daran scheitern oder zumindest erschwert werden, weil tatsächlich keine Klarheit über die endgültige Konstruktion oder Strukturierung der bremischen Bauverwaltung vorliegt. Ich meine, das ist eine Aufgabe für die Zukunft, die wir uns vornehmen sollten. Ob alles vom Göhler-Gutachten anerkannt wird, kann man nicht sagen; es bildet immerhin eine Diskussionsgrundlage.

Ich glaube, wir haben auch noch einen weiteren Punkt, den wir jetzt ansprechen sollten, das ist das Liegenschaftsamt. Durch die Umstände in der Vergangenheit ist das Liegenschaftsamt zunächst ausgeklammert worden aus der Zuständigkeit des Bauressorts. Es ist also zu fragen, ob in der Zukunft das Liegenschaftsamt weiterhin beim Bauressort bleiben soll, ob es dem Finanzressort zugeschlagen werden soll oder einer anderen Institution. Ich greife die Worte von meinem Herrn Kollegen Iversen auf, der gesagt hat: Grundsätzlich sollte man diesem Liegenschaftsamt alle Grundstücksfonds unterordnen, damit auch der Abgeordnete die Möglichkeit hat, zu sehen, was fließt in den Topf hinein, was kann bezahlt werden.

Einen weiteren Punkt, den wir haben, und der unterliegt ebenfalls dem Liegenschaftsamt, ist die Bewirtschaftung der Grundstücke. Meine Damen und Herren, ich spreche jetzt nicht von der Bewirtschaftung der Grundstücke, soweit sie sich auf Dienstgebäude beziehen, sondern von der Bewirtschaftung der Grundstücke, soweit sie im fiskalischen Besitz sind. Da haben wir manchmal das Gefühl, daß mehr Geld für Renovierung und Unterhaltung aufgewandt wird, als was wir überhaupt an Mieten und Pachten wieder hineinbekommen werden. Es ist unbedingt erforderlich, daß dieser Posten einmal durchforstet wird. Der Staat soll sich von Grundstücken und Häusern trennen, die für ihn wirtschaftlich unrentabel geworden sind und soweit er sie als Vorratsgelände nicht mehr benötigt.

(Beifall bei der CDU)

Es ist in der letzten Vergangenheit festgestellt worden, daß wir aus lauter Humanitätsduselei noch Grundstücke behalten, die wir tatsächlich besser abstoßen sollten.

Wenn ich gleich gefragt werden sollte, welche Häuser ich meine, so kann ich Ihnen welche zur Verfügung stellen,

(Abg. Ströh [SPD]: Zur Verfügung stellen?)

die jetzt noch im Besitz der Stadtgemeinde sind.

Meine Damen und Herren, ein anderer Punkt im Rahmen dieser Grundsatzdebatte ist, daß die Beteiligten seitens der Behörde und der Bauwirtschaft nicht immer sehr glücklich darüber sind, wie die Bebauungspläne zeitlich behandelt werden. Die Bauwirtschaft ist — man nennt sie ja auch die Industrie der wandernden Fabriken — sehr stark wetterabhängig. Deswegen ist es ein Unding, wenn Bebauungspläne — und ich gehe hier auch mit Kollegen von der SPD-Fraktion überein — unwahrscheinlich lange den Weg durch sämtliche Ämterbefragungen durchlaufen, daß es Wochen und Monate dauert, ehe sie wieder zur Beschlußfassung zurückkommen.

(Abg. Marianne Häneckе [CDU]: Jahre!)

Ich meine, hier sollte einmal seitens des Bauressorts geprüft werden, ob man nicht irgendwelche Vereinfachungen schaffen könnte. Dinge, die vollkommen klar sind, sollten in einem verkürzten Verfahren erledigt werden. Das ist etwas, was wirklich rationell durchgedacht werden könnte.

(Beifall bei der CDU)

Ein letzter Punkt, auf den uns vielleicht noch Antwort erteilt wird, ist der Punkt Sperrwerke. Wir sehen ja in unserem jetzigen Haushaltsanschlag — Land, Herr Präsident —,

(Heiterkeit)

daß wir dort zirka 6 Millionen DM als Ausgaben für 1970 drin haben, außerdem, daß dort Zuschüsse vom Bund drin sind. Es würde hier das Haus wohl interessieren, wie es jetzt auch um die rechtliche Angelegenheit bestellt ist und wann wir mit dem Baubeginn rechnen können.

Als letzten Punkt, Herr Präsident, möchte ich die Kanalsanierung ansprechen, und zwar weil es sich in diesem Fall nach Ihren Worten ja um flüssige Grenzen handelt.

(Heiterkeit — Glocke)

Präsident Engel: Ich muß Sie bitten, die sanfte Mahnung, die ich vorhin ausgesprochen habe, etwas zu beherzigen. Wenn solche Einzeldinge aus dem Stadthaushalt angesprochen werden sollen, dann halte ich es doch für richtiger, sie werden dann beim Stadthaushalt vorgetragen.

Abg. **Ramke** (CDU): Herr Präsident, dann möchte ich die Sache jetzt zurückstellen und beende hiermit meine Ausführungen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Bürgermeister Koschnick hat vorhin betont, mit welcher Freude er wahrgenommen habe, daß wir ihm hier Gelegenheit zu einem Auftritt gegeben hätten.

(Bürgermeister Koschnick: Auftritt haben Sie gesagt! — Heiterkeit)

Herr Bürgermeister, ich möchte einige Punkte, die Sie gebracht haben, kurz aufgreifen und Ihnen damit die Möglichkeit geben, vielleicht noch einmal etwas dagegen zu sagen. Besonders dankbar bin ich Ihnen, daß Sie sogar Termine deswegen abgesagt haben.

Einer Ihrer großen Vorgänger, Herr Bürgermeister,

(Heiterkeit — Abg. Fichtner [NPD]: Sagen Sie doch: noch größeren!)

hat mich wenige Wochen, nachdem ich in das Parlament eingezogen war, einmal mit meinem Beruf apostrophiert. Das hat damals Schwierigkeiten über Monate hinweg gegeben. Schließlich hat dann Herr Bürgermeister Kaisen erklärt, daß das nicht ganz in Ordnung gewesen sei. Sie haben vorhin von einem weiteren Beruf gesprochen, von dem unseres Freundes Koschek.

(Bürgermeister Koschnick: Keine Namen nennen! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Keine Schleichwerbung!)

Herr Bürgermeister, ich habe wohl aufgemerkt, daß Sie davon gesprochen haben, daß Herr Koschek in der Freizeit Betten verkaufe, Sie aber Politik vertreten würden. „Vertreten" würde ich anerkennen!

Nun ein Wort zur Gebietsreform. Meine Damen und Herren, die Gebietsreform ist ein harter Zankapfel für Niedersachsen und das niedersächsische Parlament. Ich glaube, wir tun gut daran, uns da herauszuhalten. Wir können natürlich wohl auf Parteiebene Gespräche in einzelnen Gruppen darüber führen — das ist hier gestern schon einmal angesprochen worden —, aber offiziell Einfluß nehmen zu wollen, würde ich für falsch halten. Es steht uns ja auch gar nicht zu.

Ich möchte nur an folgendes erinnern: Die Kreisstadt in dem Großkreis wird — ganz gleich, ob es Wesermünde bleibt oder ob es Osterholz-Scharmbeck werden wird — die Luneplate in ihren Kreis einbezogen bekommen. Wir sollten uns daher nicht vorweg schon mit der kommenden Großkreisstadt überwerfen, da wir ja an der Luneplate irgendwie interessiert sind.

(Abg. Götze [SPD]: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister Koschnick hat weiter davon gesprochen, daß die Regierung bereit sei, uns alle Informationsquellen weitgehend zur Verfügung zu stellen. Das möchte ich mit Dank aufnehmen. Ich räume ein, wir haben auch schon in der zurückliegenden Zeit manches zur Verfügung gestellt bekommen. Ich möchte aber, gerade im Hinblick auf das, was ge-

stern hier zwischen Herrn Senator Thape und Herrn Klein debattiert worden ist, darauf hinweisen, daß das natürlich nicht für die Opposition heißen kann, daß wir, nachdem wir etwas offiziell erfahren haben, einen Maulkorb umgebunden bekommen.

Eine Information kann nichts nützen, wenn wir nicht in der Lage sind, anschließend in diesem Hause über Dinge aus der Information zu debattieren. Ich meine, die „Vertraulichkeit" ist hier falsch beleuchtet worden. Es gibt vertrauliche Sitzungen, aber nicht jedes Wort, das in der vertraulichen Sitzung gesagt worden ist, ist damit vertraulich. Die Finanzdeputation geht einen sehr vernünftigen Weg: Alle Vorlagen sind dort vertraulich, bis sie in der vertraulichen oder nichtöffentlichen Sitzung ausgehandelt worden sind. In diesem Moment aber, wo die Sitzung beendet ist, erklärt der Finanzsenator, für welche der Vorlagen die Vertraulichkeit bestehen bleibt, und nur diese Punkte dürfen dann nicht in der Öffentlichkeit behandelt werden.

(Abg. Götze [SPD]: Und das alles wollen Sie in die Bürgerschaft bringen?)

Nein, Moment mal! Ich glaube, man sollte so vorgehen, daß als vertraulich akzeptiert wird, was besonders als vertraulich erklärt worden ist. Man darf aber hier nicht erklären, daß eine Aussage, die eine Behördenvertreterin im Beirat Lesum in einer nichtöffentlichen Sitzung gemacht hat, als vertraulich zu behandeln ist, nur weil diese Aussage von der Behördenvertreterin in einer vertraulichen Sitzung gemacht worden ist. Diese Frage nach der Schulkonzeption, um die es gestern ging — in bezug auf die Schulangelegenheiten in Lesum —, ist ja nun wirklich nicht vertraulich.

(Abg. Kähler [SPD]: Aber die Einzelheiten!)

Ein Letztes zu den Ausführungen von Herrn Bürgermeister Koschnick zum Fluglärmschutz. Herr Bürgermeister, Sie haben vorgestern abend versucht, eine Antwort auf meine Aussage in der Haushaltsrede in bezug auf den Fluglärmschutz zu geben. Sie haben es nicht nur einmal versucht, Sie haben mehrere Anläufe genommen und versucht, die Sache doch noch irgendwie hinzukriegen. Nach den Ausführungen von Herrn Senator Borttscheller vorhin sehe ich jetzt viel klarer. Herr Senator Borttscheller hat — dem Inhalt nach — gesagt, wir sollten uns hüten, voreilig Zahlungsverpflichtungen zu übernehmen, solange der Bund nicht entschieden habe. Ich glaube, Herr Bürgermeister, unter dieser Sicht müssen wir Ihre damalige in der BBZ vom September gemeldete Äußerung doch wohl als wahltaktische Äußerung sehen, die zumindest voreilig war.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Meine Damen und Herren, wir haben inzwischen fünf Redner eingetragen. Ich schlage vor, jetzt in die Kaffeepause einzutreten, und zwar bis 16 Uhr 40.

(Unterbrechung der Sitzung: 16.09 Uhr.)

*

Präsident Engel eröffnet die Sitzung wieder um 16.43 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Meine Damen und Herren, während der Pause wurden mir Beschwerden über die Führung der Rednerliste zugeleitet. Um in Zukunft jeglichem Mißverständnis in dieser Beziehung vorzubeugen, schlage ich dem Hause vor, daß wir von der Regelung der Geschäftsordnung ab jetzt strikt Gebrauch machen. Da heißt es, wer zu reden wünscht, erhebt sich bei Eröffnung der Beratung von seinem Sitz und bittet ums Wort. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, sich diese Wortung der Geschäftsordnung genau zu merken und danach zu verfahren. Auf diese Art und Weise können Differenzen vermieden werden.

(Abg. Ströh [SPD]: Gilt das für die bisherigen Wortmeldungen auch, Herr Präsident?)

Wer in der Rednerliste enthalten ist, bei dem ist es in Ordnung. Nur wer sich neu zum Wort meldet, möchte bitte nach der Geschäftsordnung verfahren.

(Abg. Kauffmann [CDU]: Herr Ströh braucht ständig einen Übersetzer!)

Ich verstehe Ihre Ungeduld, Herr Ströh, Sie stehen aber in der Rednerliste.

Nunmehr hat Herr Bürgermeister Koschnick das Wort.

(Bürgermeister Koschnick: Jetzt schon? Darf ich mir erlauben, meine Wortmeldung zurückzunehmen; erst soll der Abgeordnete Dr. Schäfer kommen!)

Dann hat Herr Senator Löbert das Wort!

Senator für Inneres Löbert: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Der von mir sehr geschätzte Abgeordnete Herr Ramke, Mitglied der Baudeputation, hat davon gesprochen, daß das Schiff Schlagseite hätte. Wenn ich die alten Häuser einmal als Beispiel nehme, will ich eher davon reden, daß das Schiff zuviel Tiefgang hat.

(Abg. Fichtner [NPD]: Der Käpt'n geht aber gerade!)

Durchaus! Ich meine, wir sollten — nicht mehr unter meinem Vorsitz — dieses Problem einmal auf-

greifen. Ich kenne nicht den Bestand der stadteigenen Häuser. Ich meine nur, man kann nicht einfach sagen, alles abstoßen. Wenn ich an das „Havenhaus" in Vegesack denke —

(Abg. Ramke [CDU]: Ausgerechnet das! So war es nicht gemeint!)

ja, ich war kürzlich mit Ihnen dort —, so meine ich, wäre es jammerschade, wenn die Stadt ein solches Haus abstoßen würde. Ich bin darüber hinaus auch der Meinung, daß man bei jedem stadteigenem Gebäude überlegen sollte, ob man es verkauft oder ob man es nicht lieber für Austauschzwecke benutzt, um Regulierungen und sonstige Dinge besser durchführen zu können. Ich bin nicht in der Lage, heute hier über jedes Grundstück Auskunft geben zu können. Das war auch sicher nicht der Sinn der Anfrage. Aber man sollte sich darüber unterhalten. Vielleicht kann Ballast abgeworfen abgeworfen werden, damit das Schiff schnellere Fahrt hat.

Herr Dr. Lienhoop hat hier von dem Bebauungsplan 692 gesprochen, Gröpelingen! Am Freitag voriger Woche hat in Gröpelingen eine Versammlung der dortigen Bürger stattgefunden. Der Leiter des Stadtplanungsamtes, Herr Eilers, und der Leiter des Amtes für Straßen- und Brückenbau, Herr Kurp, haben an dieser Besprechung teilgenommen. Das hatten wir verabredet. Dadurch, daß wir nun diese Woche Bürgerschaftssitzungen haben, liegt weder Herrn Dr. Rosenberg noch mir bisher ein Bericht vor. Ich hatte aber bereits vorher ein Schreiben der Interessenten der Gröpelinger Einwohnerschaft beantwortet, daß wir ihre Bedenken gegen die bisher vorgesehene Planung sehr gründlich in der Baudeputation beraten würden. Welche Möglichkeiten sich da aufzeigen, bedarf der Untersuchung.

Nun hat Herr Ramke hier von der Bremischen Bauordnung gesprochen. Sie liegt bei mir hier nebenan im Entwurf auf dem Schreibtisch. Das ist ein so dicker Schinken. Herr Baudirektor Hofmann war der wesentliche Bearbeiter oder Entwerfer dieser Landesbauordnung. Sie läuft zur Zeit bei den Trägern der öffentlichen Belange um. Ich bin mit Ihnen der Meinung, Herr Ramke, daß es im Interesse der Bauträger und der ganzen Bauwirtschaft dringend notwendig ist, daß man beim Senator für das Bauwesen recht bald zur Verabschiedung dieser Landesbauordnung kommt.

Nun ist davon gesprochen worden, daß die Bebauungspläne sehr lange umlaufen. Das ist ganz zweifelsohne der Fall. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist nicht nur in Bremen so, das ist in jeder Großstadt so. Es sind etwa 42 Träger öffentlicher Belange, die nach dem Bundesbaugesetz gehört werden müssen. Es kommen immer neue Wünsche von Institutionen an die Bauverwaltung heran, die gern auch im Umlaufverfahren noch mit beteiligt werden möchten. Wir haben kürzlich gerade mit Herrn Eilers darüber gesprochen. Obwohl er Verständnis hat, daß der eine oder andere vorher noch den Bebauungsplan haben möchte, hat er doch dringend davor gewarnt, weil das immer noch zusätzliche Arbeit und womöglich noch eine längere Bearbeitungsdauer benötigt. Wünschenswert wäre es auf alle Fälle, wenn gerade die Bebauungspläne etwas zügiger durchlaufen würden.

Es sind hier auch die Sperrwerke — damit ist sicher das Lesum-Sperrwerk, das Hunte-Sperrwerk und das Ochtum-Sperrwerk gemeint — angesprochen worden. Die Planfeststellungsverfahren laufen zur Zeit. Auf dem rechten Weserufer hat die Anhörung bereits stattgefunden. Es liegen eine ganze Die Anhörungen auf dem linken Weserufer auf oldenburgischem beziehungsweise auf bremischem Gebiet werden in den nächsten Wochen stattfinden.

Eines, glaube ich, muß hier vor diesem Hause mit aller Deutlichkeit gesagt werden, und zwar verbindlich gesagt werden: daß Bremen nicht die Absicht hat, wenn dieses Sperrwerk an der Lesum zuerst fertiggestellt sein sollte, es schon in Betrieb zu nehmen. Da sind wir wirklich gegenüber den Niedersachsen und den Bewohnern der Wesermarsch verpflichtet. Erst, wenn alle drei Sperrwerke funktionsfähig sind, können sie in Betrieb genommen werden. Noch eine Voraussetzung ist notwendig, und zwar die Ufersicherung auf dem linken Weserufer gegenüber von Bremen-Nord. Dort sind zahlreiche Betriebe angesiedelt. Es wäre also nicht zu verantworten, ein oder alle Sperrwerke vorher in Betrieb zu nehmen, bevor nicht die Ufersicherung fertiggestellt ist.

Ich weiß aber von unserem Wasserwirtschaftsamt, daß es sich fortdauernd bemüht hat, in Zusammenarbeit mit den niedersächsischen Behörden hier auf einen Nenner zu kommen. Man hatte sogar einmal angeboten, Bundesmittel, die Bremen zur Zeit nicht gebrauchen konnte, nach Niedersachsen einfließen zu lassen. Da hat der Bund aber nicht zugestimmt. Wir helfen also den Niedersachsen, wo wir können, und wir müssen, wenn unser Sperrwerk fertig ist und die anderen noch nicht, und es sollte eine Sturmflut kommen, damit fertig werden. Meine Damen und Herren, das muß hier einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden, und ich glaube, bei unserer guten Katastrophenschutzordnung und unseren vielen Hilfstruppen, die wir hier haben und bei unseren gut ausgerüsteten Deichverbänden werden wir das dann wohl auch schaffen.

Es ist hier das Göhler-Gutachten angesprochen worden. Ich bin — dazu will ich mich ganz offen bekennen — nicht in der Lage, hier heute darüber Auskunft zu geben, welchen Wert es für die Neuordnung der bremischen Bauverwaltung hat. Soweit ich den jetzigen Bearbeiter, Herrn Göhler, allerdings kennen gelernt habe — und ich weiß ja, daß noch ein anderer Herr dieses Hauses daran mitgearbeitet hat —, muß ich wohl sagen, daß doch eine ganze Reihe guter Gedanken darin enthalten sind, die hoffentlich bald dazu führen, daß

dies oder jenes innerhalb der Bauverwaltung verändert werden kann.

Meine Damen, meine Herren, das sind eigentlich die Punkte, die hier angesprochen worden sind, zu denen ich mich äußern kann. Falls noch weitere Punkte hier nachher angeschnitten werden, bin ich gern bereit, aus meiner kurzen Interimszeit in der Bauverwaltung, soweit es mir möglich ist, darauf Antwort zu geben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Nunmehr hat das Wort der Abgeordnete Ströh.

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nehmen Sie mir es bitte ab, ich hätte mich nicht zu diesem Einzelplan zum Wort gemeldet, aber nachdem Herr Dr. Liehoop in einer — na, ich will mir vom Herrn Präsidenten keine Rüge einhandeln — meiner Meinung nach angreifbaren Form versucht hat, bestimmte Schwierigkeiten in Gröpelingen aufzuzeigen, um damit politische Punkte zu sammeln, bleibt mir nichts anderes übrig,

(Oho-Rufe bei der FDP)

als zumindest darauf hinzuweisen, meine Damen und Herren, daß wir uns in der Haushaltsberatung der Bürgerschaft befinden, und nicht in einer Deputationssitzung. Ich meine, das, was Sie hier vorgetragen haben, Herr Dr. Liehoop, gehört zunächst einmal in die Baudeputation.

Das Haus, Herr Präsident, ist doch sicherlich überfordert, wollte es sich über Einzelheiten eines Bebauungsplans, bevor er überhaupt in der Deputation beraten worden ist, schon jetzt eine Meinung bilden. Wo kämen wir hin, Herr Dr. Liehoop, wenn jedes Mitglied dieses Hauses vorab zu Einzelproblemen seines Stadtteils Stellung nehmen wollte? Dann wären wir im nächsten Jahr mit den Haushaltsberatungen noch nicht fertig. Ich möchte Sie doch wirklich bitten, in Zukunft von solchen Dingen Abstand zu nehmen.

(Abg. Koschek [CDU]: Hier hat jeder das Recht dazu!)

Präsident Engel: Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, muß ich meine zu Anfang gemachten Ausführungen in das Gedächtnis zurückrufen. Ich stelle gerade fest, daß der Abgeordnete Klemmer sich nach der alten Methode zum Wort meldete. Ich habe es zufällig gesehen. Aber ich bitte doch in Zukunft, damit alle Mißdeutungen ausgeschlossen werden, bei der Wortmeldung nach der Geschäftsordnung zu verfahren.

(Abg. Klemmer [SPD]: Ich melde mich jetzt zum Wort, Herr Präsident! — Heiterkeit)

Nun mehr hat das Wort der Abgeordnete Ernst.

Abg. **Ernst** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte eine ganz kurze Stellungnahme abgeben.

(Abg. Eilers [SPD]: Das ist angenehm, Herr Kollege!)

Ich glaube auch, daß man dadurch die Zeit der Haushaltsberatungen stark reduzieren könnte, wenn immer so verfahren würde.

Zu dem Problem des Flughafens: Die Fraktion der FDP hat sich mit dem Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr in Verbindung gesetzt, um in Erfahrung zu bringen, was weiterhin dort ansteht, und wir haben ja in einer der letzten Sitzungen bereits unsere Meinung vertreten, daß zum Schutz der in der Flughafenzone A und B wohnenden Bevölkerung Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Aber unter zwei Punkten läßt sich diese Problematik zusammenfassen: Man kann erstens sagen, der bestehende Flughafen muß ausgebaut werden beziehungsweise er muß funktionsfähig bleiben, weil in den nächsten zehn Jahren ein noch zu konzipierender Großflughafen nicht erstellt sein wird. Damit zusammen hängt sicherlich auch dann das Problem der Schallschutzmaßnahmen und sonstiger Maßnahmen. Zweitens, die Aktivität muß weiterhin betrieben werden, mit Niedersachsen zu Gesprächen über den Bau eines Großflughafens zu kommen. Das zum Flughafenproblem.

Dann zur Landesplanung ganz kurz: Die FDP hat das Problem größerer Planungsräume oder Planifikationsräume — ganz so, wie Sie wollen, um auf dem Gebiet etwas zugute zu tun für die, die das Wort „Planung" nicht so sehr abkönnen — behandelt. Das wissen Sie. Und wir sind da zu folgenden Punkten gekommen, die ich nochmals aufzählen möchte: Erstens, es muß ein größerer Raum bei zukünftigen Betrachtungen berücksichtigt werden. Zweitens, dieser Raum kann nicht endgültig definiert werden, weil vielzuviel Imponderabilien eine Rolle spielen. Drittens, man kann sich aber aus den beiden voher angeführten Gründen neuer wissenschaftlicher Methoden bedienen. Ich hatte seinerzeit auf die Entwicklungsgesellschaften hingewiesen. Sie werden sich zwischenzeitlich damit befaßt haben. Denn die ganze Problematik, die auch vom Herrn Bürgermeister angesprochen wurde, liegt ja darin, die Probleme im Bereich des Verkehrs — —

(Zurufe: Das Mikrophon ist ausgefallen, wir hören nichts!)

Aber es wird ja auf alle Fälle übertragen.

(Zurufe: Nein, nein! — Heiterkeit)

Nach außen hin!

(Stürmische Heiterkeit — Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Zwischenfrage des Abdeordneten Dr. Sieling beantworten?

Abg. **Ernst** (FDP): Ja, er hat mich doch aber sicherlich nicht verstanden!

(Erneute Heiterkeit)

Haben Sie mich verstanden, Herr Dr. Sieling?

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Da ich hier vorn sitze, habe ich Sie gerade noch verstehen können!)

Bitte schön.

Präsident Engel: Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Kollege, darf ich Ihren Worten entnehmen, daß es für die FDP-Fraktion einschließlich der Senatoren der FDP beschlossene Sache ist, zu einem Großflughafen zu kommen?

Abg. **Ernst** (FDP): Herr Dr. Sieling, ich spreche jetzt hier für die Fraktion der FDP. Das ist die Beantwortung ihrer ersten Frage. Zur zweiten Frage haben Sie mich sicherlich nicht richtig verstanden. Das liegt eben daran, daß die Übertragung nicht klappte!

(Heiterkeit und Beifall)

Daß wir nämlich, solange ein Großflughafen nicht erbaut worden ist — wir befinden uns ja noch im Gespräch mit Niedersachsen —, wir diesen alten Flughafen funktionsfähig halten müssen und auch entsprechende bauliche Maßnahmen vornehmen müssen. Ist das in Ordnung so? Sind Sie zufrieden oder wollen Sie von mir eine Stellungnahme?

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Kollege Ernst, die Kollegen im Plenum können Fragen an Sie stellen, aber Sie nicht!

Abg. **Ernst** (FDP): Gut! Herr Dr. Sieling stellt keine Frage mehr, ich muß also annehmen, daß Sie das verstanden haben und einverstanden sind.

(Heiterkeit)

Ich möchte also zum Schluß kommen und feststellen, daß dieses Problem der Großraumplanung, das erörtert wurde, von der FDP-Fraktion angegenommen wird, und es liegt eben darin unsere Stärke: Es geht ihr nicht um Gleichmacherei oder Egalisierung, sondern unsere Stärke liegt in der kooperativen Handlung, die wir in Zukunft in verstärktem Maße mit den anliegenden Ländern betreiben müssen. Das ist die Stellungnahme der FDP zu diesem Problem. — Ich danke!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Bürgermeister Koschnick hat vorhin in gut gesetzten Worten Ausführungen über Regionalplanung gemacht, wie er sie sieht und wie sie sich in den letzten Jahren nach seiner Sicht entwickelt habe. Er hatte in seiner Regierungserklärung im Jahr 1967 erläutert, daß zum Beispiel der Staatsvertrag soweit forciert werden könnte, daß er spätestens in zwei Jahren, praktisch 1969, wohl so weit sein könnte.

(Bürgermeister Koschnick: Das steht nicht darin, weder gesagt noch geschrieben!)

Wir bedauern sehr, daß die Entwicklung doch nicht so gelaufen ist, um in dieser Vorstufe „Erstellung des Staatsvertrags", der das Fundament darstellt, und damit in der Regionalplanung weiterzukommen. Ich möchte damit kein Werturteil oder die Frage nach einem Schuldigen stellen, sondern nur eine Feststellung treffen. Denn von diesem Vertrag Bremen-Niedersachsen hängt letzten Endes das weitere Geschehen innerhalb unserer Region ab.

Herr Bürgermeister Koschnick hat in dankenswerter Weise, das muß hier festgehalten werden, dort, wo er die Möglichkeiten hatte, immer wieder dieses Problem in den Vordergrund gestellt, ob das in Bremerhaven oder in Oldenburg war. Es war immer die Forderung nach dem Staatsvertrag, die im Raum stand.

Wie gesagt, es ist zu bedauern, daß die Lösung des Problems nicht weitergeht. Daß es aber kein Vorbild gibt für einen derartigen Staatsvertrag, ist nicht zutreffend. Ich darf darauf hinweisen, meine Damen und Herren, daß in Süddeutschland derartige Staatsverträge schon geschlossen worden sind, und zwar ein Vertrag, der den Raum Ulm/Neu Ulm beinhaltet, also zwischen Bayern und Württemberg, der andere zutreffend für das Rhein-Neckar-Gebiet, mit dem Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg ebenfalls über die Ländergrenzen geltende Abmachungen getroffen haben.

Ich möchte diese Fakten als Beitrag zu dem hier anstehenden Problem bekannt geben: In der Bundesrepublik sind tatsächlich schon Vorgänge geschaffen, um eine vergleichbare Grundlage für einen Staatsvertrag zwischen Bremen und Niedersachsen zu haben. — Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zwei Bemerkungen zu Herrn Dr. Schäfer. Ich habe natürlich in meiner Regierungserklärung darauf hingewiesen, welche wichtigen Voraussetzungen für die Entwicklung des Landes Bremen die Kooperation mit Niedersachsen und die enge Zusammenarbeit sind und wie notwendig es ist, über die Grenzen hinaus

zu planen, als wenn es keine Grenzen geben würde. Unbestritten nachzulesen! Es ist nicht nachzulesen, daß ich von zwei Jahren gesprochen habe, denn ich weiß genau, daß zum Vertragsabschluß zwei Partner gehören, und daß nicht einer oktroyieren und einseitig Zeiten bestimmen kann.

Das schließt aber gar nicht aus, daß es bei mir eine Zeit gab, wo ich persönlich der Meinung war, wir wären schon viel näher am Ziel, als wir es heute sind. Das ist die Situation von heute. Ich darf aber auch nicht sagen, daß es nicht weitergeht. Die Gespräche laufen, und die Fragen sind nicht ganz einfach zu lösen, um so mehr nicht, weil die zwei Partner im niedersächsischen Kabinett gleich stark sind und von daher versuchen, natürlich ihre Meinungen mit etwas dezidierter Grundhaltung durchzusetzen. Das Problem von zwei gleichen Partnern im Kabinett soll es ja nicht nur im nordwestdeutschen Raum gegeben haben. Das ist die Schwierigkeit.

Wir möchten handeln, aber wir müssen doch einfach warten, welche Möglichkeiten sich mit Niedersachsen ergeben. Ich meine, in Niedersachsen muß man das Problem Hamburg, muß man das Problem Hessen und Nordrhein-Westfalen gleichermaßen sehen. Ich glaube, das ist ein kleiner Unterschied gegenüber uns.

Natürlich gibt es zwei Staatsverträge in Neu Ulm/Ulm und im Rhein-Neckar-Gebiet. Aber es gibt keinen Staatsvertrag, wo so unmittelbar die vitalen Landesinteressen berührt werden wie in diesem Raum. Auch das muß man sehen. Bei dem Staatsvertrag Neu Ulm/Ulm geht es um die wesentliche Frage, wie man zwei Gebiete, zwei Großgemeinden zu einer gleichen Region macht. Im Rhein-Neckar-Gebiet geht es um das Problem Ludwigshafen, Heidelberg, Mannheim. Aber auch da ist nicht unmittelbar das gesamte vitale Interesse eines Landes berührt. In Hamburg und in Bremen werden in jedem Fall immer gleichermaßen die vitalen Interessen des einen Landes, die des Stadtstaates, wie auch die übrigen Interessen einer großen Gebietskörperschaft berührt. Daher ergeben sich einige Schwierigkeiten mehr.

(Glocke)

Präsident Engel: Sind Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten Klein zu beantworten?

Bürgermeister Koschnick: Es wird mir eine angenehme Aufgabe sein.

Präsident Engel: Bitte, Herr Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Bürgermeister, wäre es nicht trotz dieser Schwierigkeiten in Niedersachsen möglich, daß Sie hier dem Hause Ihre eigenen Vorstellungen betreffend Kooperation mit Niedersachsen etwas konkreter darlegen würden, zum Beispiel Akzent auf loser Entwicklungsgesellschaft ohne Delegation von Planungshoheiten oder, wie ich meine, fortschrittlicher Planungsverband mit Bündelung von Planungshoheiten?

Bürgermeister Koschnick: Der Abgeordnete Klein hat mich gefragt, ob ich in der Lage bin, und darauf antworte ich mit einem klaren Ja. Wenn er fragt, ob ich jetzt bereit bin, das zu tun, antworte ich mit einem klaren Nein, und zwar nicht aus Bosheit, sondern weil wir im Gespräch sind. Aber die Frage, Herr Abgeordneter Klein, in welchen Bereichen wir kooperieren können, welcher Weg der bessere ist, darüber bin ich gern bereit, in einem Gremium mit Ihnen zu diskutieren, wo die Vorentscheidungen fallen können. Aber erwarten Sie heute keine öffentliche Diskussion. Ich möchte das Kabinett in Hannover nicht in Schwierigkeiten bringen. Ich darf mich auch bei Herrn Dr. Sieling für seine Erklärung bedanken, daß wir das hier nicht weiter erörtern. Aber diskutieren unter uns natürlich sofort!

Ich möchte aber als eine besondere pikante Bemerkung für mich hier anfügen, daß der Herr Abgeordnete Dr. Lienhoop die Frage aufgeworfen hat: Warum diskutieren wir eigentlich bei diesem Haushaltsabschnitt über die Regionalplanung und über die Wirtschaft? Gehört das nicht mehr zum Wirtschaftsbereich, als in diese Debatte? Warum hier zu Baufragen?

Ich darf festhalten, daß ich von der Senatsbank aus, obwohl es mir nicht zusteht, gleichwohl bemerkt habe, daß auf diese Fragen des Herrn Dr. Lienhoop die CDU-Fraktion erheblichen Beifall geklatscht hat. Ich kann darauf nur erwidern, ich habe zu der Frage der Landesplanung Stellung genommen, weil ein Abgeordneter der CDU diese Fragen hier aufgeworfen hat und ich es für meine Pflicht halte, wenn ernsthafte Argumente kommen, darauf zu antworten. Das, glaube ich, ist im Interesse des Parlaments. Warum die Antragsteller dann allerdings gegen ihren eigenen Kollegen klatschen, weiß ich nicht. Ich wollte jedenfalls meine Referenz gegenüber dem Abgeordneten Iversen machen.

Auch zu Herrn Ramke noch einen einzigen Satz. Zum Bereich L i e g e n s c h a f t s a m t habe ich bereits gesprochen. Ich bin der Meinung, wir müssen überlegen, was sollten wir in der Zukunft tun, wie sollten wir es kooperieren und zuordnen und, wenn möglich, alle Grundstücksbereiche in einer Hand. Darüber diskutieren wir. Aber bitte, keine Vorentscheidungen hier. Lassen Sie uns im Senat darüber sprechen, wir kommen dann darauf zurück.

Nun hat der Herr Abgeordnete Dr. Sieling mich — und ich glaube zu Recht, so darf ich sagen — insoweit gerügt, daß ich bei einer ansonsten sehr freundschaftlichen Kontroverse mit dem Abgeordneten Koschek auf den Beruf von Herrn Koschek hingewiesen und von der Möglichkeit, in der Freizeit Betten zu verkaufen, gesprochen habe. Ich nehme das ausdrücklich hier zurück, obwohl ich sagen muß, daß ich, als ich in seiner Nähe wohnte, Betten von ihm gekauft habe und sehr gut darunter schlafe.

(Abg. Dr. S i e l i n g [CDU]: Schleichwerbung!)

Aber wenn das nicht mehr gewünscht wird, daß ich das sage, werde ich das nie wieder sagen.

(Heiterkeit)

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich — —

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Bürgermeister, bevor Sie anfangen: Es wird von dem Abgeordneten Uhde eine Frage zu stellen gewünscht.

Bürgermeister Koschnick: Bitte!

Präsident Engel: Bitte, Herr Uhde!

Abg. **Uhde** (SPD): Herr Bürgermeister, ich würde den Vorschlag machen, daß Sie künftig nicht unter den Betten schlafen, sondern in den Betten des Herrn Koschek schlafen wollen.

(Heiterkeit)

Bürgermeister Koschnick: Ich gebe mich völlig geschlagen, Herr Abgeordneter Uhde!

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Ja, was so ein richtiger Redakteur ist!)

Natürlich! Ich hatte die Decken gemeint, nicht die Betten, ich bitte um Entschuldigung.

Aber nun möchte ich noch einiges zu den Dingen sagen, die Herr Dr. Sieling gesagt hat. Ganz kurz! Erstens, ich möchte nicht, daß, wenn der Fraktionsvorstand der CDU Informationen von mir erhält, deswegen an die lange Kette genommen und daß diese Informationen generell zu einem Maulkorb führen werden. Aber wir müssen ein Selbstverständnis unter uns haben, daß es Informationen gibt, die von vornherein vertraulich behandelt werden müssen, oder wenn jemand meint, er könne sie nicht vertraulich behandeln, daß wir uns darüber unterhalten können, um einmal eventuell auch den Schaden aufzuzeigen, der durch eine vorzeitige Information eintreten kann. Wenn wir uns darüber verständigen, sind wir uns einig.

(Abg. Klein [CDU]: Natürlich! — Abg. Filzen [CDU]: Ja!)

Auf der anderen Seite aber glaube ich, wird es, was Planungen anbelangt, was Entwicklungen anbelangt, was langfristige Zielsetzungen anbelangt, da wo sie konkretisiert werden müssen, sehr notwendig sein, viel mehr als manchmal in der Vergangenheit im kleineren Kreise darüber zu sprechen, um unsere Grundstückspolitik, um unsere Wirtschaftspolitik, um unsere anderen Fragen nicht in Zweifel zu ziehen oder aber durch unser eigenes Verschulden Kosten auf uns zukommen zu lassen, die wir gemeinsam nicht vertreten wollen. Wenn wir uns darin verständigen oder wenn wir die eigene Vertragsposition nicht verschlechtern wollen, daß wir die entsprechenden Fragen vertraulich behandeln, dann werden wir weiterkommen. Und ich glaube auch nicht, daß die Fraktion der SPD hier anderer Meinung ist. Es muß doch sicher sein, bestimmte Fragen, die wir vertraulich behandelt wissen wollen, auch so zu behandeln, oder aber zu erklären, jetzt können wir sie nicht weiter als vertrauliche Informationen belassen. Dann wissen wir, woran wir sind. Darum bitte ich!

Ich möchte zur wahltaktischen Erklärung Koschnicks zum Fluglärm nichts mehr sagen. Sie haben ja Anträge dazu gestellt, und mein Kollege Dr. Borttscheller hat einige Erklärungen dazu abgegeben. Sie werden keinen Gegensatz zwischen Koschnick und Dr. Borttscheller in dieser Frage rekonstruieren oder konstruieren können. In dieser Frage streiten wir nicht. Umfang, Art und Möglichkeiten müssen untersucht werden beim Lärmschutz.

Beim Lärmschutz ist eine wesentliche Frage, die das ganze Parlament sehen sollte, in Bonn wie hier, die Frage nämlich, welcher Teil von Lärm zu Schutzbedürfnissen führt. Nicht jeder Lärm, denn dann sind wir in Bremen aufgeschmissen bei unserer Werftindustrie und so weiter. Es geht also um ganz bestimmte Dinge, die wir sehen müssen. Die Abgrenzung muß erfolgen, sei es durch Verwaltungsakt, sei es durch Gesetz. Der Vorschlag ist, laßt es uns gemeinsam in der Bundesrepublik machen, so kommen wir am besten über die Runden. Wenn es in Bonn nicht klar geht, müssen wir einen eigenen Weg gehen. Das ist die Position. Herr Kollege Dr. Borttscheller wird Weiteres dazu sagen!

Nun lassen Sie mich ein letztes Wort sagen, um auch meine Referenz den Freien Demokraten gegenüber zu erweisen. Sie, Herr Abgeordneter Ernst, haben eben darauf hingewiesen, daß es Ihr ernsthafter Wille wäre — der Freien Demokraten —, mit allen anliegenden Ländern gut zu kooperieren. Darf ich fragen: Haben Sie eine Teilung Niedersachsens bei Ihrer Formulierung vorgenommen? Bisher haben wir nur ein Land, das um uns anliegt.

(Heiterkeit)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Klemmer.

(Abg. Klemmer [SPD]: Ich verzichte, Herr Präsident!)

Dann hat das Wort der Abgeordnete Koschek.

Abg. **Koschek** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß dem Herrn Bürgermeister meine Betten soviel Freude bereiten.

(Heiterkeit)

Nur wäre ich ihm sehr dankbar, wenn er die Werbung nicht in diesem Hause machen würde, sondern außerhalb dieses Hauses, denn wegen unserer Namensähnlichkeit läuft er nämlich Gefahr, daß die Kunden an seiner Tür stehen und Betten kaufen wollen.

(Stürmische Heiterkeit)

Andererseits bin ich mit ihm nämlich auch schon verwechselt worden,

(Oho-Rufe und erneute stürmische Heiterkeit)

daß Bürger vor meiner Tür standen mit Bittgesuchen, meine Damen und Herren!

(Heiterkeit und Zurufe)

Präsident Engel: Herr Koschek, das war kein Diskussionsbeitrag, sondern eine persönliche Erklärung. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich auch in dieser Frage nach unserer Geschäftsordnung richten würden.

(Abg. Koschek [CDU]: Man soll jede Möglichkeit ausnutzen, Herr Präsident! — Heiterkeit)

Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine solche Referenz, wie Herr Bürgermeister Koschnick sie eben den Freien Demokraten hier angedeihen ließ, darf man nicht unbeantwortet lassen.

Sehr verehrter Herr Bürgermeister Koschnick, ich denke dabei an ein Wort von Ihnen vor wenigen Tagen anläßlich einer Zusammenkunft, als Sie von Ihrem Respekt gegenüber dem Parlament insgesamt sprachen und ich dann sagte, Herr Bürgermeister Koschnick, wir kommen bei Gelegenheit darauf zurück. Ich tue es jetzt!

Meine Damen und Herren, ich will hier keinen langen Diskussionsbeitrag mehr liefern. Zur Sache ist hier schon einiges gesagt worden. Aber ich wollte nur ganz kurz auf folgendes eingehen: Der Herr Kollege Dr. Lienhoop hatte vorhin die Absicht, vielleicht in Verkennung der Auslegung der Beschlüsse in der interfraktionellen Zusammenkunft, Dinge aus dem Landeshaushalt und aus dem Stadthaushalt miteinander zu verbinden. Er hatte jedenfalls die Absicht, wichtige Dinge hier dem Hause vorzutragen, und ich glaube, nur so sollte man diese Dinge auch sehen.

Aber, Herr Kollege Dr. Sieling, Sie haben eine Zwischenfrage gestellt zu der Frage Flughafen, und Sie fragten, wenn ich mich recht erinnere: Ist denn die FDP-Fraktion mit ihren FDP-Senatoren dieser Meinung, daß dieses und jenes geschehen sollte?

Ich will Ihnen darauf eine Antwort geben: Zunächst ist also die FDP-Fraktion ein Teil dieses Hauses, wie andere Fraktionen auch, und die Mitglieder, die die FDP in diesen Senat entsandt hat, gehören eben dem Senat an. Das ist ein Prinzip, eine Binsenwahrheit, das mit der Gewaltenteilung zusammenhängt.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr formell!)

Wenn sich nun gewisse Übereinstimmungen zwischen Fraktionsmitgliedern der Freien Demokraten und den Mitgliedern der FDP im Senat ergeben, kann ich das in gar keiner Weise bedauern, sondern im Gegenteil!

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Aber rein zufällig! — Abg. Klein [CDU]: Rein zufällig!)

Herr Kollege Dr. Sieling, es ist hier sehr viel von Kooperation gesprochen worden. Bei allem Respekt vor dem Prinzip der Gewaltenteilung sind wir der Auffassung, daß man die Aufgaben, die uns gestellt sind, eigentlich nur dann lösen kann, wenn man auch auf dieser Ebene im positiven Sinne miteinander kooperiert.

Der Kollege Ernst hat schon Ausführungen dazu gemacht, welche Auffassung die Freien Demokraten in der Frage des Flughafens vertreten, und ich möchte es noch einmal unter die Formel stellen, damit es ganz klar wird: Wir sind der Auffassung, daß eine tun und das andere nicht lassen. Das heißt doch im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo wir nicht wissen, wann wir einen nordwestdeutschen Großflughafen bekommen werden, der sich aus der von Herrn Bürgermeister Koschnick eben so reizend erwähnten Zusammenarbeit zwischen Niedersachsen und Bremen — ich darf erweitern — und den übrigen norddeutschen Küstenländern ergeben wird, wann wir also diesen Flughafen bekommen werden.

Es muß doch wohl aus wirtschaftlichen Gründen unter Einbeziehung der Schallschutzmaßnahmen, auf die ich im einzelnen jetzt hier nicht eingehen will, erreicht werden, daß dieser Flughafen erhalten bleibt, um die Möglichkeiten, die Bremen auf wirtschaftlichem Gebiet und auf dem Gebiet des Luftverkehrs hat, zu erhalten und zu fördern. Das ist in etwa unsere Auffassung. Das haben wir in Versammlungen in der Öffentlichkeit, in der Korrespondenz mit der Interessengemeinschaft gegen den Fluglärm immer wieder vertreten, und wir werden sie weiter vertreten. Ich meine, das ist eine Basis, von der aus man weiterarbeiten kann, einerseits Bestehendes entsprechend zu erhalten, einer modernen Form anzupassen, aber den Blick in die Zukunft nicht dafür zu verlieren — und dabei muß ich nochmals auf meine Haushaltsrede eingehen unter dem Stichwort Region Unterweser —, diese Dinge also sehr ernsthaft im Auge zu behalten und von der Planung dann eines Tages in die Durchführung umzusetzen.

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Änderungsanträge liegen zum Einzelplan 06 nicht vor.

Wir fahren fort mit dem Einzelplan

07 Wirtschaft.

Auch hier ist eine allgemeine Aussprache vorgesehen. Die

allgemeine Aussprache

ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Franke.

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Verlauf vergangener Haushaltsdebatten, insbesondere auch der Verlauf am 15. 10. 1969 — was ist denn?

(Zuruf: Da bittet jemand ums Wort!)

Präsident Engel: Das ist schon notiert!

(Abg. Oltmanns [FDP]: Das kann ich aber nicht wissen! — Abg. Böhrnsen [SPD]: Das ist jetzt aber eine Methode. Da spricht doch jemand! — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Aufstehen, Namen nennen und hinsetzen! — Abg. Böhrnsen [SPD]: Herr Dr. Franke, fragen Sie doch, ob Sie reden dürfen!)

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Kann ich jetzt reden, Herr Präsident?

Präsident Engel: Bitte schön!

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Meine Redezeit beginnt jetzt aber erst! Der Verlauf vergangener Haushaltsdebatten, insbesondere aber der Verlauf am 15. 10. 1969, als es um Wirtschaftsstruktur- und Wirtschaftsförderungsmaßnahmen ging, insbesondere aber auch der Verlauf der eben geführten Debatte zum Haushaltsplan 06 gibt doch wohl zu einigen grundsätzlichen Bemerkungen Veranlassung.

Dabei möchte ich auch gleich vorwegschicken, daß ich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebe. Ich biete auch keine Patentlösung an zur Beseitigung irgendwelcher Schwierigkeiten. Ich möchte allerdings einen Diskussionsbeitrag liefern, der eventuell die sachliche Diskussion fördert. Ich meine, daß wir heute allen Anlaß haben, und zwar mehr denn je, gewisse Mißverständnisse, auf die ich noch zu sprechen komme, auszuräumen, um Lösungsmöglichkeiten zu finden auf dem Hintergrund unserer technisch so rasant fortschreitenden Zeit, aber auch im Hinblick auf die sich im politischen Umbruch befindliche Umwelt, und zwar nicht nur bei Studenten oder Schülern, sondern auch heute bei jungen Arbeitnehmern, bei Lehrlingen, also insbesondere innerhalb derjenigen Arbeitnehmer, die nachwachsen.

Ich behaupte hier, daß der Arbeitnehmer von 1975 bis 1980 nicht mehr der gleiche Typus sein wird wie derjenige im Jahr 1969. Ich sage das im Interesse des Fortbestandes unseres Zweistädtestaates, der ja mit Recht so hartnäckig, soweit es die politische Selbständigkeit anlangt, verteidigt wird, zumal die politischen und wirtschaftlichen Grenzen immer weiter auseinanderklaffen. Das wird künftig ja wohl noch mehr der Fall sein. Wir haben also allen Anlaß, gewisse Tabus elastisch zu korrigieren, denn der Erfolg oder Mißerfolg wird im wesentlichen jedenfalls von harten wirtschaftlichen Daten und Fakten, das heißt von der Wirtschaftskraft unseres Landes, abhängen.

Damit bin ich bei den zirka 40 Millionen DM, die der Haushaltsplan 07 für den Senator für Wirtschaft und Außenhandel ausweist. Jetzt kann man sehr wohl sagen, das ist immerhin mehr als in der Vergangenheit, man kann auch sagen, wenn man diese Summe isoliert betrachtet, das ist viel zu wenig. Beide Standpunkte gehen nach meiner Auffassung von einer falschen Betrachtungsweise aus. Man macht es sich damit zu leicht und setzt sich obendrein dem berechtigten Vorwurf eines engstirnigen Ressortdenkens aus.

Ich sage das ganz bewußt auch im Hinblick auf die beiden Anträge der Opposition bezüglich der 3 Millionen DM oder im Hinblick auf die 20 Millionen DM für den Grundstücksfonds. Auch hierauf komme ich im einzelnen noch zurück. Ich meine nämlich, wenn wir über den Haushaltsplan 07 Wirtschaft grundsätzlich diskutieren wollen, müssen wir uns zunächst vergegenwärtigen, daß der Bereich Wirtschaft in Bremen im Grunde genommen durch mehrere Ressorts verwaltet wird. Das muß man sich zunächst einmal vor Augen halten: Daß also diese 42 Millionen DM oder gut 40 Millionen DM eben nicht ressortmäßig zu werten sind!

Wir müssen zum Beispiel sehen, daß allein von dem Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr, der ja nun mit Sicherheit in den Bereich Wirtschaft einzubeziehen ist, zirka sechsmal soviel verwaltet beziehungsweise ihm zur Gestaltung zur Verfügung stehen und für den Bereich Wirtschaft im Raume Bremen auch verplant werden können, das heißt für Maßnahmen, die eindeutig wirtschaftlichen Charakter tragen —, wenn ich zum Beispiel an die Summen für den dort vorhandenen Grunderwerb erinnere, an den Ausbau der Hafenanlagen, Eisenbahnanlagen, Energiekosten für Dritte, Flughafen, Kajeverlängerung und -neuschaffung und so weiter und so fort!

Ähnliches gilt auch für die fast nahezu zirka 200 Millionen DM für den Bereich des Senators für das Bauwesen. Denn dort finden wir zum Beispiel mindestens 4 Millionen DM für Landesplanung, eine Summe, die sich ja durchaus auch bei dem Senator für Wirtschaft und Außenhandel hätte wiederfinden können. Dort finden wir Summen für Planungsschäden. Wir finden dort immerhin eine erhebliche Summe für Grunderwerb, nämlich über 40 Millionen DM, insgesamt für Grunderwerb ausgewiesen in den drei Haushaltsplänen Wirtschaft, Häfen, Schiffahrt und Verkehr und Bau: 67 Millionen DM. Dazu kommen dann noch wieder die revolvierenden Mittel aus Grundstücksveräußerungen, die allein im Jahr 1968 an die 40 Millionen DM betragen haben.

Aber selbst die Position Kleingärtner gehört in den Rahmen dieser Betrachtung. Das mag zunächst lächerlich klingen, dennoch — wenn ich an das Beispiel Bayernstraße erinnern darf —, gerade diese

Millionen-Summen, die zwar für Kleingärtner beim Bau ausgewiesen werden, werden für Industrieansiedlungszwecke verwandt.

Im Rahmen dieser Gesamtschau muß man meines Erachtens auch verschiedene Haushaltstitel aus Inneres, Bildung und nicht zuletzt aus Finanzen sehen, wenn ich an die Summen für Zins- und Amortisationsdienste erinnern darf. Lediglich aus dem senatorischen Bereich Arbeit, der sicherlich ebenfalls in den Bereich Wirtschaft mit einzubeziehen ist, vermag man Summen ähnlicher Größenordnung nicht zu entnehmen. Betrachtet man bei dieser Gesamtschau die für den senatorischen Bereich Wirtschaft eingeplanten zirka 40 Millionen DM, dann sind sie sicherlich im Vergleich zu den von mir erwähnten anderen Ressorts bemerkenswert gering.

Wenn ich jedoch losgelöst von jeglichem Ressortdenken die Gesamtsumme sehe, die das Land Bremen für seine W i r t s c h a f t s k r a f t ausgibt, dann können wir doch wohl mit Recht darauf stolz sein, und wir sollten es auch verkünden, schon um unsere eigene Position nach draußen, das heißt unsere Wettbewerbssituation und unsere Konkurrenzsituation zu Dritten mit Nachdruck zum Ausdruck zu bringen.

So gesehen, sind die Anträge der Opposition meines Erachtens deshalb völlig zusammenhanglos, weil sie im luftleeren Raum hängen, da sie nicht projektbezogen sind. Denn die 40 Millionen DM reichen für die augenblicklichen konkreten Vorhaben völlig aus. Mir ist kein Projekt bekannt, das etwa wegen fehlender 3 Millionen DM, Frau Förster, etwa fallengelassen werden müßte.

(Glocke)

Präsident Engel: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage von Frau Förster zu beantworten?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Ja!

Präsident Engel: Bitte, Frau Förster.

Abg. Ingeborg **Förster** (CDU): Sind Sie der Meinung, Herr Dr. Franke, daß für die Wirtschaftsförderung bislang genug getan worden ist?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Nein, das meine ich nicht! Darauf komme ich gleich noch zu sprechen. Wenn Sie mich hätten ausreden lassen, hätte ich auch Ihre Frage gleich mit beantwortet. Ich will nämlich zum Ausdruck bringen, daß wir zum Beispiel allein in den letzten beiden Jahren 26 Millionen DM, die vorher nicht ausgewiesen waren, für die Hemelinger Häfen ausgegeben haben. Ich darf darauf hinweisen, daß Sie ja selbst aus Ihrer Arbeit in der Deputation wissen, daß ein projektbezogener Antrag mit 5,04 Millionen DM, der auch in diesem Haushaltsplan nicht ausgewiesen ist, sich aber bereits auf dem Weg zur Finanzdeputation befindet und infolge des Koalitionsabkommens, was Ihnen aber bekannt ist, dort behandelt werden wird und so gut wie sicher bereits über die Bühne gegangen ist.

Andererseits — und das will ich hier auch klar zum Ausdruck bringen — sind besondere Großvorhaben, die auf uns zukommen müssen, und die wahrscheinlich in Kürze auf uns zukommen werden, mit dieser Summe, ob jetzt Häfen, Schiffahrt und Verkehr oder Bau oder Wirtschaft, selbstverständlich noch nicht zu lösen. Dieses Hohe Haus wird wahrscheinlich in Kürze über Summen zu entscheiden haben, die die Größenordnung von Ihren 3 Millionen DM, auch nicht einmal dieser 20 Millionen DM, weit überschreiten werden, wo wir unter Umständen um Summen über 100, 150 oder noch mehr Millionen zu entscheiden haben.

Dann geht es um die Frage, ob wir dieses Land noch höher verschulden wollen, wie wir den Verschuldungsgrad unseres Landes in Kauf zu nehmen haben oder in Kauf nehmen müssen. Hier wird eine echte mutige politische Entscheidung zu treffen sein.

Ihre Anträge, wenn wir sie jetzt im luftleeren Raum stehen lassen, verführen doch nur zur Kleckerei oder zur Flickschusterei, und das wollen wir doch vermeiden, Frau Förster, das wissen Sie doch auch, wir haben doch schon oft genug in der Wirtschaftsdeputation über diese Fragen gesprochen. Ich meine nämlich, und davor möchte ich Sie eigentlich bewahren, daß diese Anträge im Grunde genommen nur das Feigenblatt einer schamhaft verdeckten Pflichtübung darstellen, und dafür sollten wir uns eigentlich zu schade sein.

Zusammenfassend: Die dem Senator für Wirtschaft und Außenhandel zur Verfügung stehende Summe mag sich im Vergleich zu anderen senatorischen Bereichen gering ausweisen, und es ist auch richtig, daß zum Beispiel der Herr Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr etwa sechsmal soviel zu verplanen und zu gestalten hat. Das ändert aber nichts daran, daß im Rahmen einer Gesamtschau für die wirtschaftliche Gestaltung Bremens Summen zur Verfügung gestellt werden, die doch weiß Gott mit Stolz nach draußen hin verkündet werden können. Und auf diese Gesamtschau kommt es nach meiner Auffassung an, denn jede andere Betrachtungsweise läuft einfach Gefahr, in ein schmalspuriges Ressortdenken zu verfallen, welches im Bundesgebiet — nicht nur hier, im gesamten Bundesgebiet — der Exekutive gegenüber immer wieder vorgeworfen wird und das ich uns Parlamentariern ersparen möchte, schon damit uns derartige Vorwürfe nicht zurückgegeben werden können.

Wenn man im Rahmen dieser Gesamtschau feststellen muß, daß der bremische Bereich Wirtschaft durch mehrere Ressorts verwaltet und gestaltet wird, ergibt sich nämlich eine einzige Frage, und das ist die Frage nach der K o o r d i n a t i o n z w i s c h e n d i e s e n R e s s o r t s. Und dann macht man es sich auch wiederum zu billig, wenn man diese Frage allein und nur an die Exekutive richten würde, denn wer das übersieht, übersieht nämlich, daß diese Frage zunächst auch einmal an uns selbst, an das Parlament zu richten ist. Und so frage ich nämlich: Findet eine ausreichende Koordinierung und eine

erfolgversprechende Koordinierung zum Beispiel zwischen den einzelnen sich gegenseitig berührenden Deputationen beziehungsweise deren Mitgliedern statt? Macht sich nicht gerade hier auch bei uns ein Ressortdenken breit, welches für uns negative Konsequenzen zur Folge hat? Und wir haben doch eben gerade die Diskussion erlebt! Denn woher kam es denn, daß wir uns eben plötzlich bei „Bau" in einer Wirtschaftsdebatte wiedergefunden haben und plötzlich die Dinge anfingen, uns ein bißchen aus den Händen zu gleiten?

Ich meine jedenfalls, daß wir uns selbst, milde ausgedrückt, in die Augen zu sehen haben. Und ich darf daran erinnern, daß zum Beispiel am 15. Oktober die Mitglieder der Deputation für Häfen, Schiffahrt und Verkehr, insbesondere diejenigen der fragenden Opposition, sich völlig in Schweigen gehüllt haben. Weil dem so ist, frage ich jetzt den Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr und den Senator für Wirtschaft und Außenhandel: Bestehen zwischen beiden unterschiedliche Auffassungen zum Beispiel über das „Wie" der Ausnutzung unseres Standortvorteils seeschifftiefes Wasser für Industrieansiedlung?

Denn der Senator für Wirtschaft hat damals in seiner Rede wörtlich ausgeführt — ich darf zitieren —: „Industrieflächen sollten in unserem Gebiet folgende Eigenschaften aufweisen: Sie sollten soweit wie möglich am seeschifftiefen Wasser mit ausgebauten Kajen liegen. Der wesentlich standortbildende Faktor unseres Gebietes ist nämlich das seeschifftiefe Wasser. Die Möglichkeiten, die der Strom für Zwecke der Industrieansiedlung bietet, müssen auch unmittelbar der Industrie zugeführt werden. Dementsprechend sollten wir davon ausgehen, hier Industrien anzusiedeln, die auf die Funktion des Wasserweges angewiesen sind."

Da der Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr sich hierzu nicht in dieser Form geäußert hat, sondern mit Ausnahme von Industrieansiedlungsprojekten wie Hemelinger Häfen und Klöckner aus dem Jahr 1953 lediglich vom Ausbau von weiteren Hafenbecken und Hafenanlagen sprach und er ja auch nicht in die Diskussion eingeschaltet wurde, wäre ich für ein klärendes Wort Ihrerseits, Herr Senator, außerordentlich dankbar.

(Senator Dr. B o r t t s c h e l l e r : Ich habe mich schon gemeldet! — Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Klein beantworten?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Ja, bitte!

Präsident Engel: Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Ich möchte anknüpfen an die Frage der Kooperation: Was halten Sie davon, Herr Kollege Dr. Franke, daß die CDU-Fraktion schon vor mehreren Jahren, und gerade wegen der mangelnden Kooperation auf diesem Gebiet, hier in diesem Hause den Vorschlag unterbreitet hat, einen Bürgerschaftsausschuß einzurichten, und Ihre Fraktion hat es abgelehnt! Hat sich auf diesem Gebiet etwas geändert?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Ich will das weder mit ja noch mit nein beantworten, auch nicht mit „Jein", sondern ich meine, daß dieser Vorschlag, wenn er von Ihnen seinerzeit gekommen ist — es muß vor meiner Zeit gewesen sein, das weiß ich nicht mehr — —

(Abg. K l e i n [CDU]: Ich habe es selbst gesagt!)

Na gut, wenn Sie es gesagt haben, dann muß das neu überdacht werden. Wenn der Vorschlag gut ist, Herr Klein, und wir uns alle einigen und der Sache dienen können, wären wir sicherlich von unserer Fraktion die letzten, die so etwas nicht mitmachen würden.

(Abg. K l e i n [CDU]: Das ist ein Fortschritt!)

Ich hoffe, daß Sie damit einverstanden sind.

(Glocke)

Ich möchte noch eine weitere Frage stellen.

(Glocke — Glocke)

Präsident Engel: Nein, jetzt nicht, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Ich habe noch zwei Fragen, ich müßte sonst nochmal hierherkommen.

Präsident Engel: Ich setze voraus, daß das Haus einverstanden ist.

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Ich habe noch eine weitere Frage mit Rücksicht auf unseren Industrieservice. Auch hier wäre ich dankbar, Herr Senator, wenn Sie vielleicht hinsichtlich der in der Deputation bereits angesprochenen langen Fristen bei der Industrieansiedlung infolge des langen Umlaufweges hier die Gedanken entwickeln würden, die zu einer Beseitigung dieser Fristen beigetragen haben.

Ich möchte insbesondere auch nochmals an die Frage nach dem Zustandekommen der Verkehrswerte bei den Grundstücksverkäufen erinnern, die ja gerade bei uns im Bereich Wirtschaft besondere Schwierigkeiten gemacht haben durch die starre Handhabung seitens des Gutachterausschusses. Auch hier wäre ich dankbar, wenn der Senat zu dieser Frage Stellung nehmen würde.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Senator Dr. Borttscheller.

Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr Dr. Borttscheller: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich bin, schon bevor ich ins Parlament gewählt worden bin, damit groß geworden, daß Bremen unterindustrialisiert sei. Das ist nicht zu bestreiten. Und weil es so ist, habe ich es mir sehr angelegen sein lassen, den schmalen Bereich,

den wir damals zur Verfügung hatten, zu vertiefen, zu versuchen zumindest, daß die Industrie auf breitere Beine gestellt wird. Ich habe damals — es klingt vielleicht eingebildet, es stimmt aber trotzdem — gesagt, daß man auf dem einen Bein von Häfen und Handel nicht stehen kann und daß die Industrie ein sehr starkes zweites Bein unbedingt haben muß.

Weil es so ist, habe ich tätigsten Anteil genommen als Fraktionsvorsitzender der Bürgerschaftsfraktion der Freien Demokratischen Partei an den ersten Planungen für die Ansiedlung der Klöckner-Hütte. Die Klöckner-Hütte ist gottlob damals gegründet worden unter erheblichen Leistungen, Herr Franke, auf die wir in der Tat sehr stolz sein können. Die Vorleistungen Bremens von damals machen sich heute bezahlt. Zur Zeit werden in die Hütte ungefähr 750 Millionen DM investiert. Das ist eine Summe, die da und dort in diesem Haus nicht genügend honoriert wird.

Wenn Sie die 750 Millionen DM zusammennehmen mit den anderen Investitionen nur auf privater Basis, so kommt eine Schätzung des Finanzsenators auf weit über 2 Milliarden DM. Die gleiche Schätzung hat Herr Dr. Schäfer angestellt. Ich habe ihn zwischen Tür und Angel einmal gefragt: „Wie hoch schätzen Sie eigentlich, was zur Zeit im privaten Bereich investiert wird?" Da sagte er, 2 Milliarden. Das war, bevor die Klöckner-Hütte sich entschlossen hat, den Betrag von ursprünglich einer halben Milliarde nochmals um eine Viertelmilliarde zu erhöhen. Heute können wir tatsächlich davon sprechen, daß die Werte etwa bei 2,3 Milliarden DM liegen. Vergleichen Sie einmal diese Beträge nur für Erweiterungen bestehender Betriebe mit den Beträgen, die wir vor uns haben, wenn es da und dort um die Ansiedlung neuer Betriebe geht!

Dies ist ein allgemeines Bekenntnis, das ich abgelegt habe. Schon bei der Planung der Neustädter Häfen habe ich darauf gedrungen, daß die beiden Deputationen für Wirtschaft und Außenhandel, Häfen, Schiffahrt und Verkehr, und auch einmal die Finanzdeputation gemeinsam tagten, um das große Unternehmen durchzuplanen, durchzudenken. Von meiner Seite, von meiner Deputation ist gesagt worden, es gehe nicht nur darum, drüben am linken Weserufer neue Hafenbecken auszuschachten, Hafenumschlag zu treiben, sondern auch Hafenbecken zu bauen nur für die Industrie am seeschifftiefen Wasser.

Wenn es so ist, wenn von Anfang an mein Gedanke war, so zu operieren, kann mir heute niemand sagen, ich würde engstirnig denken, ich würde ressortmäßig denken. Im Gegenteil, ich denke bremisch. Wenn ich gesagt habe, die Industrie muß ein dickeres Bein bekommen, so muß man das eine tun und das andere nicht lassen. Ich gehe sogar soweit — obwohl ich weiß, daß der Kollege Eggers in Obervieland ganz große Pläne bewegt, die auch schon den Senat beschäftigt haben —, in dem engsten Bereich, der zu mir gehört, Industrie am seeschifftiefen Wasser ansiedeln zu lassen, wenn morgen ein Betrieb kommt, der dahin will und nirgends anders.

Allerdings muß ich bekennen, daß ich in allererster Linie bei der Industrieansiedlung an Bremerhaven denke. Ich habe mehrfache Verhandlungen mit ganz großen Konzernen geführt und habe immer gesagt, geht doch nach Bremerhaven, da habt ihr doch alles, da ist Gelände vorhanden, ihr liegt am seeschifftiefen Wasser, ihr habt den Zugang zu der Außenweser unmittelbar an der See. Seltsamerweise waren manche Konzerne, selbst wenn man mit Engelszungen redete, nicht dazu zu bringen, ihren Blick von Bremen abzuwenden. Es wurde immer wieder gesagt, wir wollen nach Bremen. Ich will Ihnen ersparen zu sagen, warum: Universität, geistiges Leben und all diese Sachen.

Ich werde aber nicht darin erlahmen, dies immer wieder allen Leuten, die zu mir kommen — sie kommen ja nicht nur zu Herrn Eggers —, zu sagen. Ich habe erst gestern gesagt, wir sind wie siamesische Zwillinge. Er hat das nicht ganz gelten lassen, wahrscheinlich paßt ihm so das Zusammenwachsen mit mir nicht ganz. Er ist ja von der anderen Couleur. Ich bin ja auch von einer anderen Farbe. Aber in der Sache selber gehören wir zusammen. Sie werden von mir niemals irgendwie annehmen können, daß ich auch nur versuche, ihm Prügel zwischen die Beine zu werfen, wo es um bremische Dinge geht.

Nun, die 2 Milliarden, die 2,3 Milliarden DM halten Sie fest im Gedächtnis. Ich wäre dankbar, wenn auch die Presse davon Notiz nehmen würde. Es ist sehr viel mehr zu schaffen, wenn man bestehende Industrien, bestehende Werke immer wieder durch neue Investitionen auf Hochglanz bringt, als neue Industrien, so sehr sie erwünscht sind, anzusiedeln. Was die Erweiterung der Klöckner-Hütte anlangt, so führten unsere Vorleistungen von damals zu den Investitionen Klöckners von heute. Sie kosten uns so gut wie nichts, weil wir vorgeleistet haben.

(Abg. Klein [CDU]: Also müssen wir fortschreiten!)

Ich glaube, dieser Überblick genügt. Ich wäre dankbar, wenn ich von Herrn Franke die Bestätigung bekäme, daß das, was ich gesagt habe, ihm genügt.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Engel: Meine Damen und Herren! Unter der Voraussetzung, daß wir die uns gesetzte Zeit für die Beendigung der Beratungen einhalten wollen, bin ich in der Lage, noch einem Sprecher das Wort zu erteilen. Wir haben noch drei Redner eingetragen.

(Senator Eggers: Ich zum Schluß!)

Aber, Herr Senator, ich darf Ihnen schon von vornherein sagen, daß Sie heute abend nicht mehr an die Reihe kommen. Um 18 Uhr machen wir Schluß mit den Beratungen.

(Senator Eggers: Herr Präsident, ich möchte nur zusammenfassen!)

Dann müßten Sie jetzt das Wort nehmen, sonst müssen wir das in der nächsten Woche machen.

Meine Damen und Herren, nunmehr hat der Abgeordnete Oltmanns das Wort.

Abg. **Oltmanns** (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir über Probleme der Wirtschaft unseres Landes sprechen, können wir dieses nicht tun, ohne auch die wirtschaftlichen Entscheidungen, die in Bonn getroffen werden, zu berücksichtigen und außerdem mit in die Betrachtungen einzubeziehen, daß das Land Bremen ringsherum von Niedersachsen umgeben ist.

Es ist in der Einzelplanberatung 06 Bau bereits viel über Landesplanung gesprochen worden. Ich darf aber, weil es sich um eine Wirtschaftsdebatte handelt, darauf hinweisen, daß ich ganz kurz auf die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die ich für außerordentlich bedeutungsvoll halte, zu sprechen komme. Der Herr Bürgermeister hat in Oldenburg vor Journalisten erklärt, daß er damit rechnet, daß in diesem Winter die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wirklichkeit wird.

Warum halten meine Freunde und ich diese Wirtschaftsförderungsgesellschaft für so bedeutungsvoll? Ich meine, im Gegensatz zu Landesplanungen, wobei Hoheitsakte erforderlich sind, ist dieses bei einer Gründung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft nicht notwendig, so daß hier wirtschaftliche Vereinbarungen auf Bankenebene getroffen werden können, die schließlich letztlich der Bevölkerung des Raumes von Bremen und Unterweser zugute kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft hat sich zur Aufgabe gestellt, ein Instrument zu sein, das seinerzeit von unserem Finanzsenator ins Gespräch gebracht worden ist und inzwischen unter Einschaltung aller zuständigen Ressorts zu einer festen Form entwickelt werden konnte.

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft hat die Funktion, auf dem Sektor der Industrieansiedlung und Wirtschaftsförderung in enger Bindung an die anderen regionalen Einrichtungen, insbesondere die gemeinsame Landesplanung und die praktischen Maßnahmen zu verwirklichen. Auch wenn es neben dieser Wirtschaftsförderungsgesellschaft noch andere Überlegungen innerhalb der Unterweserregion geben wird, stellt sie doch das eigentliche Instrument der beiden Länder dar, woraus sich ihr besonderer Rang ergeben wird.

Daraus folgt, daß sie durch ihre Aufgabenstellung, insbesondere in der Form von Aquisition von Unternehmen und der Information, eine Ergänzung der Wirtschaftsverwaltung darstellt. Wir sollten in Übereinstimmung mit Niedersachsen alles tun, daß diese Wirtschaftsförderungsgesellschaft möglichst bald ihre Tätigkeit aufnehmen kann, damit sie mit den Vorarbeiten der Durchführung von einzelnen Projekten, wie Werbung, und mit der Aquisition und Wirtschaftsberatung beginnen kann.

(Abg. Klein [CDU]: Sie dürfen das nicht nur wertmäßig sehen, es sind da auch noch andere Überlegungen anzustellen!)

Vielen Dank!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich meine, auch im Hinblick auf die Anträge der CDU über die zusätzliche Ausweitung unseres Haushalts, einmal um 20 Millionen DM und einmal um 3 Millionen DM, auf die Herr Dr. Franke schon eingegangen ist, hier kurz erwähnen zu dürfen, daß es besser und fruchtbarer wäre, wenn wir alle in diesem Hause uns bemühen würden, uns da zu engagieren, damit diese Wirtschaftsförderungsgesellschaft recht bald Wirklichkeit wird. Im übrigen kommen wir ja auch noch bei der Behandlung der Anträge auf diese Punkte zu sprechen.

Im übrigen, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben meine Freunde und ich uns an Bonner Freunde gewandt mit der Bitte, in Bonn eine kleine Anfrage an die Bundesregierung zu richten. Diese wurde von dem Staatssekretär für Wirtschaft, Herrn Dr. Arndt, beantwortet. Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten darf ich kurz darauf eingehen.

Es handelt sich um die Frage: Ist die Bundesregierung der Meinung, daß der Wirtschaftsraum Unterweser für die Entwicklung der Schiffahrt, des Handels und der Industrie der Bundesrepublik Deutschland von großer Bedeutung ist?

Herr Dr. Arndt antwortete darauf wie folgt:

„Nach Auffassung der Bundesregierung ist die weitere Entwicklung des Wirtschaftsraums Unterweser für die Seeschiffahrt, die Häfen, den Außenhandel und für die deutsche Industrie von großer Bedeutung. Der Unterweserraum bietet unter anderem gute Möglichkeiten für die Ansiedlung von Industrien, die auf die überseeische Einfuhr von Rohstoffen angewiesen sind. Der von den Ländern Bremen und Niedersachsen aufgestellte Plan zur Entwicklung eines Industriegebietes im Bereich der Luneplate bei Bremerhaven findet daher die besondere Beachtung der Bundesregierung".

Hieraus wird ersichtlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß der Bund helfen will, in dieser Region mitzuwirken. Es setzt allerdings voraus, daß Niedersachsen und Bremen sich erst selbst einmal einig werden müssen.

Zu Beginn meiner Ausführungen habe ich darauf hingewiesen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß bei unseren wirtschaftlichen Betrachtungen für unser Land auch Rücksicht genommen wird auf die Entscheidungen, die in Bonn gefällt werden.

Vor kurzem ist ja bekanntlich eine Aufwertung unserer Währung durchgeführt worden, die natürlich auch zurückschlägt auf die Wirtschaft im Land Bremen. Es sind die Werften, die Reedereien und die Fischerei, die hiervon besonders betroffen werden. Ich möchte auch daran erinnern, daß gestern und vorgestern über dieses Problem gesprochen und insbesondere von Herrn Fischer auf die Schwierigkeiten, die sich hier ergeben haben, aufmerksam gemacht wurde.

Ich möchte auf das Für und Wider einer Aufwertung hier nicht näher eingehen, weil es ja besonders im Wahlkampf angeklungen ist, daß die FDP und SPD sich für eine Aufwertung stark gemacht und die

CDU/CSU dagegen gesprochen haben. Aber kurz nach der Wahl fiel dann auch bei der CDU/CSU die Entscheidung, indem Herr Kiesinger und Herr Strauß sich für die Freigabe des Wechselkurses entschieden und somit auch eingesehen haben, so meine ich, daß eine Aufwertung nunmehr nicht mehr zu umgehen war.

(Heftiger Widerspruch bei der CDU — Starke Unruhe)

In dieser Beziehung, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind aber stark betroffen, und zwar im selben Augenblick, als die Aufwertung durchgeführt wurde, die Reedereibetriebe. Die Reedereien schließen die Frachtraten im wesentlichen auf Dollar- und Pfundbasis ab, und das bedeutet, daß bei der Rückwechslung dieser Beträge in D-Mark ein Verlust bis zu 9 Prozent entsteht, die Verpflichtungen jedoch, die die Reeder haben, in D-Mark zu erfüllen sind, beispielsweise Lohn- und Gehaltszahlungen, Sozialversicherung, Zinszahlung und dergleichen mehr.

(Weiterhin starke Unruhe)

Lassen Sie mich jetzt auf die Fischerei eingehen, insbesondere selbstverständlich auf den Fischereihafen in Bremerhaven, wie sich dort die Lage auf dem Fischereimarkt darstellt. Es wird Sie interessieren, daß der Frischfischabsatz und die Frischfischanlandungen abnehmen und die Produktion von Frostfisch entsprechend zunimmt. Ganz kurz einige Zahlen, die dieses belegen mögen:

Im Jahr 1967 hatten wir Gesamtanlandungen von rund 182 000 Tonnen Frischfisch, und im Jahr 1968 148 000 Tonnen. Das heißt eine Minderung von rund 20 Prozent auf dem Frischfischsektor. Bei der Produktion von Frostfisch ergaben sich folgende Zahlen: 1967 eine Produktion von 63 500 Tonnen.

(Starke Unruhe — Glocke)

Präsident Engel: Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe!

Abg. **Oltmanns** (FDP): 1967 eine Produktion von 63 500 Tonnen, und 1968 eine Produktion von rund 93 000 Tonnen. Das bedeutet für den Frostfischsektor eine Zunahme von 46 Prozent.

Diese Zahlen beweisen, daß die Umstrukturierung der Flottenkapazitäten, was Frisch- und Frostfisch betrifft, sich entsprechend der Vorstellungen der Hochseefischerei entwickelt hat. Es besteht kein Zweifel, daß diese Verlagerung von dem absatzschwach gewordenen Frischfischmarkt zu dem laufend steigenden Frostfischmarkt sich positiv für die deutsche Hochseefischerei auszuwirken begonnen hat.

Es muß berücksichtigt werden, daß ein moderner Fischmarkt heute aber nicht mehr allein von dem Inlandsgeschäft leben kann, sondern daß er sich auch im Exportgeschäft engagieren muß, um eine größere Marktbreite zur Absicherung der Produktion zu haben. Die Seefrostproduktion bietet sich für eine Ausweitung der Märkte besonders an.

Durch die D-Mark-Aufwertung ist die deutsche Seefischerei besonders betroffen worden, und infolge der vollen Liberalisierung der Einfuhr und der durch Auslandskonkurrenz verschärften labilen Marktlage wird sich die Aufwertung existenzbedrohend auf die Fischerei auswirken. Die Seefischerei ist seit 1962 Gegenstand eines Strukturprogramms der Bundesregierung, das in verlorenen Zuschüssen und Darlehn gewährt wurde, im übrigen auch in der mittelfristigen Finanzplanung fortgeführt wird. Der mit diesem Programm eingeleitete Gesundungsprozeß würde durch die Aufwertung ernstlich gefährdet, wenn nicht deren Folgen wie bei der Landwirtschaft aufgefangen würden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, entschuldigen Sie bitte, wenn ich Ihre Aufmerksamkeit noch einen Augenblick in Anspruch nehme. Ich komme dann gleich zum Schluß. Es ist angenehm von uns vermerkt worden, daß sich hier in Bremen eine Arbeitsgemeinschaft gebildet hat, und zwar eine Arbeitsgemeinschaft der mittelständischen Wirtschaft. Zu dieser Arbeitsgemeinschaft gehören die Handwerkskammer Bremen, der Deutsche Gewerbeverband, der Landesverband des Bremischen Gaststätten- und Hotelgewerbes, der Fachverband des Lebensmitteleinzelhandels sowie die Mittelstandsgruppen der FDP und der SPD. Leider mußte die Mittelstandsvereinigung der CDU auf Wunsch ihres Vorsitzenden, Herrn Krauss, wieder gestrichen werden.

(Abg. Klein [CDU]: Wir sind ihm dankbar!)

Erster Vorsitzender dieser Arbeitsgemeinschaft wurde der Senator a. D. Wolters,

(Abg. Fischer [CDU]: Halten Sie den für richtig?)

und der Zweite Vorsitzende der der CDU angehörende Präses der Handwerkskammer, Hermann Schlüter.

(Abg. Klein [CDU]: Na und?)

Die Ziele dieser Arbeitsgemeinschaft: Kooperation in Handel und Handwerk, Gewerbe- und Industrieansiedlung, Verbesserung und Ausbau der Gewerbeförderung durch Landes- und Bundesmittel.

(Zurufe von der CDU — Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Frage des Abgeordneten John beantworten?

Abg. **Oltmanns** (FDP): Gern!

Präsident Engel: Bitte, Herr John!

Abg. **John** (FDP): Herr Kollege Oltmanns, ist es Ihnen vielleicht entgangen, daß vor einigen Tagen in der Presse stand, daß jetzt auch die Mittelständische

Vereinigung der CDU sich an der von Ihnen erwähnten Arbeitsgemeinschaft beteiligen werde?

(Lachen bei der CDU — Abg. K l e i n [CDU]: Das haben Sie falsch gelesen! Versichern Sie das bloß nicht an Eides statt! — Abg. J o h n [FDP]: Ich habe nur eine Frage gestellt!)

Abg. **Oltmanns** (FDP): Entschuldigen Sie, Herr John, ich habe davon nichts gelesen. Wenn dem aber so sein sollte, würde ich mich sehr darüber freuen. Denn je mehr sich dieser Arbeitsgemeinschaft anschließen, um so stärker wird eine solche Gemeinschaft.

(Abg. K o s c h e k [CDU]: Ich werde Ihnen darauf antworten! — Heiterkeit bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Wolters hat auf die Macht der Lobbyisten der Großwirtschaft hingewiesen und machte darauf aufmerksam, daß die mittelständische Wirtschaft bisher an einer Unterrepräsentation gelitten hat, und daher die Entscheidung, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

(Abg. K l e i n [CDU]: Und für öffentliche Gelder!)

Wir Freien Demokraten freuen uns über die Initiative Bremer Kaufleute und Handwerker und wünschen dieser Gemeinschaft, daß sie ihre Ziele erreicht. Wir wünschen jedenfalls guten Erfolg.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Engel: Meine Damen und Herren, wir unterbrechen jetzt die allgemeine Aussprache zu dem Einzelplan 07 und fahren am 10. Dezember mit der Tagesordnung fort.

Ich danke den Vertretern des Senats und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 18.00 Uhr)

Druck: Hans Krohn, Bremen